

Kopiervorlagen (Lösungen) **Politik**

Berufliche Bildung

Autoren

Dirk Haupt
Christopher Hempel
Andrej Keller
Thomas Schwörer

Ernst Klett Verlag
Stuttgart · Leipzig

1. Auflage

1 6 5 4 3 2 1 | 18 17 16 15 14

Alle Drucke dieser Auflage sind unverändert und können im Unterricht nebeneinander verwendet werden. Die letzte Zahl bezeichnet das Jahr des Druckes.

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis §52 a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Fotomechanische oder andere Wiedergabeverfahren nur mit Genehmigung des Verlages.

Auf verschiedenen Seiten dieses Heftes befinden sich Verweise (Links) auf Internet-Adressen.

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle wird die Haftung für die Inhalte der externen Seiten ausgeschlossen. Für den Inhalt dieser externen Seiten sind ausschließlich die Betreiber verantwortlich. Sollten Sie daher auf kostenpflichtige, illegale oder anstößige Inhalte treffen, so bedauern wir dies ausdrücklich und bitten Sie, uns umgehend per E-Mail davon in Kenntnis zu setzen, damit beim Nachdruck der Verweis gelöscht wird.

© Ernst Klett Verlag GmbH, Stuttgart 2014. Alle Rechte vorbehalten. www.klett.de

Autoren: Dirk Haupt (Leipzig), Christopher Hempel (Leipzig), Andrej Keller (Butzbach), Thomas Schwörer (Mannheim)

Redaktion: Dirk Haupt, Leipzig

Herstellung: Krystyna Schütze

Bildassistentz: Annett Semmler

Satz: Nele Müller, Leipzig

Reproduktion: Meyle+Müller GmbH+Co. KG, Pforzheim

Druck: Medienhaus Plump GmbH, Rheinbreitbach


Printed in Germany
ISBN 978-3-12-800488-4




9 783128 004884

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieses Heft möchte Sie dabei unterstützen, Ihren Unterricht abwechslungsreich und schülergerecht zu gestalten. Es enthält eine umfangreiche Zusammenstellung von Kopiervorlagen zu wichtigen Themenbereichen Ihres Lehrplans. Alle Arbeitsblätter lassen sich lehrwerksunabhängig im Unterricht einsetzen. Die bereitgestellten Materialien **M** zu aktuellen politischen und sozialen Fragen werden gegebenenfalls durch Verweise auf weitere Recherche- und Informationsmöglichkeiten im Internet  unterstützt.

Sie können die Arbeitsblätter ganz unterschiedlich einsetzen – vor allem dienen sie dem Ziel, Ihre Schülerinnen und Schüler zu selbstständigem Lernen anzuregen. Knappe informierende Texte und Materialimpulse erleichtern den Einstieg in die Arbeit. Sie helfen, gelerntes Wissen zu wiederholen, anzuwenden oder zu vertiefen. Auch für abschließende Zusammenfassungen oder für kurze Leistungskontrollen eignen sich die Kopiervorlagen. Bestimmte Aufgaben auf den einzelnen Kopiervorlagen lassen eine umfangreichere Beantwortung zu. In diesen Fällen wird den Schülerinnen und Schülern durch ein Symbol \rightarrow  die Hinzunahme eines zusätzlichen Lösungsblattes empfohlen. Wenn kontinuierliches Arbeiten schwierig ist, z. B. aus stundenplantechnischen Gründen, helfen Ihnen die Kopiervorlagen, schnell wieder den roten Faden zu finden und in kurzer Zeit Orientierungswissen zu vermitteln.

Das Unterrichtsniveau Ihrer Klassen entscheidet mit darüber, welche Arbeitsblätter Sie einsetzen und wie Sie es tun. Bei mehrseitigen Kopiervorlagen können Sie es bei einer Seite belassen oder mit der zweiten, manchmal dritten Seite Umfang und Anspruch an die Themenbearbeitung steigern. Insgesamt bauen die Arbeitsblätter nicht systematisch aufeinander auf, sondern sind als einzelne Bausteine in Ihrem Unterricht einsetzbar.

Am Ende des Bandes (ab S. 94) finden Sie individuell erweiterbare Lösungshinweise, die den Erwartungshorizont der Aufgabenstellung skizzieren. Des Weiteren sind die Arbeitsblätter mit den eingetragenen Lösungen unter dem Online-Code **ek52cf** abrufbar.

Im Sinne einer besseren Lesbarkeit der Texte wurde entweder die männliche oder weibliche Form von personenbezogenen Hauptwörtern gewählt. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

Wir wünschen Ihnen Spaß am Experimentieren und viel Erfolg im Unterricht!

Ihr Autorenteam

Inhaltsverzeichnis

1 Jugend und Familie

Familie im Wandel	5
Familienmodelle	7
Jugendkulturen	8
Suchtgefahr	9
Soziales Engagement von Jugendlichen	10
Mediennutzung	11

2 Bildung und Beruf

Angebot und Nachfrage – Lehrstellenmarkt	12
Gefragt in Alltag und Beruf – Kompetenzen	13
Lebenslang lernen	14
Was ein Studium bringt!	15
Arbeitswelt im Wandel	16
Berufsbilder in der digitalen Welt	17

3 Soziale Sicherheit – soziale Gerechtigkeit

Armut in Deutschland	18
Neue Beschäftigung – atypisch und prekär?	20
Mindestlöhne – was ist gerecht?	21
Arbeitslosigkeit und ihre Folgen	22
Sozialstaat der Zukunft	23
Unsichere Zukunft – droht Altersarmut?	24
Immer älter ohne Kinder	25

4 Politische Strukturen

Machtkontrolle durch Gewaltenteilung	26
Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts	27
Die Auslegung von Grundrechten	29
Der Bundesrat im Prozess der Gesetzgebung	32
Bundeskanzlerin und Bundesregierung	33
Der Bundespräsident	35
Föderalismus – schwerfällig oder innovativ?	36

5 Mitwirkung und Repräsentation

Wahlen zum Deutschen Bundestag	37
Parteien und ihre Programme	39
Abgeordnete unter Druck	41
Massenmedien – unentbehrlich für die Demokratie?	43
Netz-Projekte	45
Bürgerinitiativen	46
Volksbegehren und Volksentscheid	47
Gewerkschaften im Wandel	49
Betriebsrat – Interessenvertretung der Beschäftigten	50
Politikverdrossenheit	51
Wehrhafte Demokratie	52

6 Nachhaltig wirtschaften und weltweiter Umweltschutz

Nachhaltig wirtschaften	54
Weniger Auto fahren	55
Essen mit Verantwortung	57
Energie(w)ende!?	58
Hochtechnologie statt Kohle	59
„Energiehunger“	60
Klimawandel weltweit	61

7 Die Europäische Union

Erfolgsprojekt Europäische Union	62
Staats- und Unionsbürgerschaft	63
Die Entwicklungsgeschichte der EU	65
Die Außengrenze der EU	66
Das Institutionengefüge der EU	67
Der Lissabon-Vertrag	68
Das Europäische Parlament	70
EU-Erweiterung	71
Die Euro-Krise	72
EU-Freizügigkeit: Notwendigkeit oder Segen?	73

8 Globale Wirtschaft und Entwicklung

Globalisierung ist, wenn ...	74
Globale Wirtschaft	75
Internationale Kapitalmärkte – Kasinokapitalismus?	77
Global Player – Fluch oder Segen?	78
Digital ist besser! – Die Vernetzung der Welt	79
Fairer Handel – weltweit	80
Wachsende Städte	81
Hunger bekämpfen	83
Flucht und Migration weltweit	85

9 Internationale Politik

Die Vereinten Nationen	86
Internationaler Terrorismus	88
NATO – Schutzschirm oder stumpfes Schwert?	89
Bundeswehr – eine neue Armee?	90
NGOs – Akteure der internationalen Politik	91
Menschenrechte – weltweit	92
China – die neue globale Führungsmacht?	93
Lösungen zu 1	94
Lösungen zu 2	95
Lösungen zu 3	97
Lösungen zu 4	100
Lösungen zu 5	103
Lösungen zu 6	107
Lösungen zu 7	108
Lösungen zu 8	112
Lösungen zu 9	115
Notizen	118

Familie im Wandel

M1 Jugendliche und ihre Familienorientierung

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Familie – nein danke? Wie erklären Sie sich die Spannung zwischen Wunsch und Wirklichkeit, die die Ergebnisse der Studie zeigt?

Die Familiengründung wird aufgeschoben, weil die Wege in den Beruf und in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis länger geworden sind. Junge Frauen wissen, dass auf ihnen die Hauptbetreuungslast liegen wird und warten auf den richtigen Zeitpunkt für die „Babypause“. Der kommt dann evtl. nicht mehr.

A2 Beruf – nein danke? Fassen Sie die Aussagen des Diagramms in kurzen Thesen zusammen.

70,6% aller Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren und zwei erwerbstätigen Partnern folgte 2010 einem Familienmodell, wonach der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit arbeitet. Hingegen gibt es den umgekehrten Fall bei nur 2% aller Fälle. Frauen steckten also im Jahr 2010 immer noch in der überwiegenden Mehrheit der Fälle zugunsten der Familie beruflich zurück.

Daraus kann geschlossen werden, dass in Bezug auf die erhobenen Haushalte ein traditionelles Familienmodell im Jahr 2010 in Deutschland vorherrschte. Dies kann daran liegen, dass es zu wenige Betreuungsmöglichkeiten außerhalb der Familie gab und zu wenige Väter sich aus traditionellen Rollenmustern lösen wollten. Mithin können aber auch Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen als Grund vermutet werden.

M2 Erwerbstätigkeit und Familie

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

M3 Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A3 Kinder und Karriere? Erklären Sie stichpunktartig, warum ein bundesweiter Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz eingeführt wurde (M3). Nehmen Sie auch die Ergebnisse der Aufgabe 2 zu Hilfe. Überlegen Sie sich mögliche praktische Veränderungen im Hinblick auf die Statistik zur Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern (M2).

Die Betreuung/Versorgung von Kindern war/ist immer noch überwiegend Aufgabe der Mütter, weil es u.a.

→ zu wenig Betreuungsmöglichkeiten für Kinder außerhalb der Familie gab,

→ noch zu wenige Väter gibt, die sich aus überholten Rollenmustern lösen,

→ es noch gravierende Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen gibt.

Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz soll es v.a. Frauen mit Kindern ermöglichen, besser entscheiden zu können, wie sie ihre Erwerbsbiografie gestalten wollen. Karriere und Kinder sollen keinen Widerspruch bilden. Es ist anzunehmen, dass die Daten aus M3 sich zugunsten einer stärkeren Frauenerwerbsarbeit verändern. Die Lernenden können auch eine Recherche nach diesbezüglich aktuellen Daten beginnen.

A4 Gerechte Arbeitsteilung im Haushalt? Wie könnte ein partnerschaftliches Lebenskonzept in der Familie gelingen? Stellen Sie eine Liste der anfallenden Arbeiten in einem Haushalt zusammen. Verteilen Sie die Arbeit anschließend gerecht auf alle Familien- bzw. Haushaltsmitglieder.

Beachten Sie: Die Frage zielt auf ein „partnerschaftliches“ Lebenskonzept, nicht auf die gegenwärtige Arbeitsteilung im Haushalt.

	Wer macht was?	Wie oft?	Wann?
Wohnung aufräumen			
Wohnung putzen			
Wäsche waschen			
Wäsche legen und bügeln			

Familienmodelle

Was wir unter einer Familie verstehen, ist historischem Wandel unterworfen. Traditionell bestand eine Familie aus einem verheirateten Ehepaar aus Mann und Frau mit mindestens einem gemeinsamen leiblichen Kind. Dieses Familienmodell ist nach wie vor am stärksten verbreitet, allerdings steigt die Zahl alternativer Lebens- und damit auch Familienmodelle stetig: Paare wollen oder dürfen nicht heiraten, sie trennen sich und finden neue Lebenspartner usw. Das Verständnis von Familie hat sich diesen verändernden Realitäten angepasst: In Deutschland zählt das Statistische Bundesamt (2014) ca. 8,1 Mio. Familien, in denen 12,9 Mio. Kinder unter 18 Jahren leben. Diese Zahl umfasst dabei alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, unabhängig von weiteren Merkmalen wie Ehe oder Verwandtschaft. Nicht die Konstellation, sondern die Funktion einer Familie ist entscheidend: Kinder haben elementare Bedürfnisse, die erfüllt werden müssen.

A1 Gibt es „die“ Familie noch? Benennen Sie mögliche Familienmodelle. Beurteilen Sie, inwieweit man noch von der „einen“ Familie sprechen kann.

→ Kinder mit ihren leiblichen verheirateten oder nicht verheirateten Eltern

→ Pflege- oder Adoptiveltern, die nicht leibliche Kinder aufnehmen

→ Kinder mit ihren alleinerziehenden Müttern oder Vätern

→ „Regenbogenfamilien“ (Kinder mit zwei gleichgeschlechtlichen Partnerinnen bzw. Partnern)

→ „Patchworkfamilien“ (mindestens ein Kind aus früherer Beziehung eines Elternteils)

Die „eine“ Familie gibt es nicht mehr, da alle Formen von Familie nach wie vor dieselben Funktionen für das einzelne Kind und die Gesellschaft erfüllen (sollen), da inzwischen eine große Vielfalt an Familienmodellen existiert.

A2 Ursachen des Wandels? Beschreiben Sie Ursachen und Bedingungen, die für die im Text oben benannte Pluralisierung von Familienmodellen verantwortlich sind.

Wertewandel/Individualisierung – „Normalbiografien“ werden immer mehr zu „Wahlbiografien“ mit einer großen Anzahl individueller Auswahl- und Entscheidungsmöglichkeiten. Damit einher geht der Wandel der Ehe, die keine materielle Notwendigkeit mehr darstellt. Dies ist v.a. in der zunehmenden Emanzipation der Frau und einem verändertem Rollenbild (steigende Bildungsbeteiligung und Erwerbstätigkeit) begründet. Zudem steigt auch generell die gesellschaftliche Akzeptanz alternativer Lebensformen. Der Kinderwunsch kann besser kontrolliert werden und ist keine Notwendigkeit mehr für z.B. Altersvorsorge.

A3 Konsequenzen des Wandels? Benennen Sie Herausforderungen und Probleme, die sich aus der zunehmenden Verbreitung alternativer Familienmodelle ergeben und die einer politischen Lösung bedürfen. Erarbeiten Sie zu einer der familienpolitischen Herausforderungen einen begründeten Lösungsvorschlag und stellen Sie diesen in der Klasse zur Diskussion.

→ Gewährleistung einer Vereinbarkeit von Berufs- bzw. Karrierewünschen und Familie (z.B. Ausbau Kinderbetreuung)

→ gleichberechtigte Unterstützung und Förderung auch alternativer Familienmodelle ohne Benachteiligungen (z.B. Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und Möglichkeiten zur Adoption von Kindern)

→ Gewährleistung vergleichbarer Entwicklungschancen für Kinder (z.B. Kindergrundsicherung)

Jugendkulturen

Jede Jugendkultur bietet denen, die sich ihr zugehörig fühlen, die Möglichkeit, Gemeinsamkeit zu erfahren, sich kreativ auszudrücken, sich abzugrenzen oder zu rebellieren – gegen den Mainstream oder gegen die etablierte Erwachsenenwelt. Eine Jugendkultur kann sich dabei z. B. über bestimmte Werte und Einstellungen definieren, über politische Ziele oder ein Lebensgefühl, einen Kleidungsstil oder eine bestimmte Musikrichtung. Hip-Hopper, Punks, Gothics, Gamer, Ökos und viele andere Jugendkulturen lassen sich nie abschließend kategorisieren, weil sie sich permanent verändern, neu entstehen, verschwinden. Als eine relativ neue Jugendkultur werden die Hipster wahrgenommen – junge Menschen mit einer ursprünglich individualistischen und eher apolitischen Lebenshaltung und auffälligen Insignien wie Röhrenjeans und Nerdbrillen.

M1 Spielkarte aus dem „Hipsterquartett“

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Jugendkulturen – von Bedeutung? Erläutern Sie die Bedeutung von Jugendkulturen für den Einzelnen sowie für eine Generation insgesamt.

Bedeutung für den Einzelnen	Bedeutung für die Jugendlichen einer Generation
→ Jugendkulturen bieten Orientierung	→ Akzeptanz und Einfluss einer Jugendkultur auf eine Generation sind sehr unterschiedlich
→ dienen als Sozialisationsinstanz/tragen zur Entwicklung eigener Identität bei (Individualität/Kreativität)	→ sie können sich als meinungsbildende Gruppen/kulturelle Vorbilder etablieren, an denen sich Jugendliche orientieren oder aber auch abgrenzen
→ bieten Gefühl von Zugehörigkeit und Geborgenheit, bei Abgrenzung vom Elternhaus und Erwachsenengeneration insgesamt	

A2 Hipster – eine Jugendkultur der Gegenwart? Stellen Sie mithilfe von M1 Merkmale zusammen, die einen Hipster auszeichnen. Diskutieren Sie, inwieweit Jugendkulturen (auch) durch Zuschreibungen von außen entstehen.

Individualistische und eher apolitische Einstellung; Arbeit an „Projekten“ als Verweis auf eher prekäre Beschäftigungsverhältnisse (v.a. in der Kultur- und Kreativbranche); Besuch illegaler Open-Airs und Nutzung sozialer Medien als typische Freizeitaktivitäten; Affären als Hinweis auf freiheitliche sexuelle Vorstellungen; typische Modeaccessoires: Jutebeutel, Röhrenjeans, Nerdbrillen usw.


In Bezug auf den Hipster fällt auf, dass diese Bezeichnung, die v.a. in den Medien kursiert, inzwischen eher abfällig verwendet wird. Insofern ist das ein Beispiel dafür, wie eine Gruppe, die sich durch einige gemeinsame Merkmale auszeichnet, von außen kategorisiert wird.

A3 Jugendkulturen der Gegenwart – Charakteristika. Die Jugend der Gegenwart gilt als unpolitisch und konsumorientiert. Nehmen Sie zu dieser Aussage Stellung. Was zeichnet Ihre Generation heute aus? Formulieren Sie drei Schlagwörter und stellen Sie diese in der Klasse zur Diskussion.

1) individuelle Schülerlösung

2)

3)

A4 Jugendkulturen vor Ort. Welche Jugendkulturen existieren in Ihrer Schule und Ihrer Stadt? Recherchieren Sie über eine lokal etablierte Jugendkultur der Gegenwart und stellen Sie diese in einer kurzen Präsentation vor. → 


Suchtgefahr

M1 Deine kleinen Augen machen mich so sentimental

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

Sucht – worin besteht die Gefahr?

A1 Unterhalten Sie sich in einem Schreibgespräch mit einem frei gewählten Gesprächspartner aus der Klasse über den Erfahrungsbericht von Jakob Bär. → 

A2 Nehmen Sie dafür ein leeres Blatt Schreibpapier und notieren Sie abwechselnd Ihre Gedanken. Hängen oder legen Sie die Seiten anschließend aus und lesen Sie die „Gespräche“. → 

Soziales Engagement von Jugendlichen

M1 Aktivitäten von Jugendlichen


Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 „Liegt im Trend: Aktiv sein für andere!“ Stimmt diese These? Überprüfen Sie die Aussage mithilfe der Tabelle. → 

A2 Wo würden Sie sich engagieren? Nennen Sie drei Bereiche oder Organisationen, in denen Sie bereits mitarbeiten oder gern mitarbeiten würden.

Bereich/Organisation	Würde mich hier engagieren:	Bin bereits hier aktiv:
<i>individuelle Schülerlösung</i>		


A3 Warum engagieren sich Jugendliche?

Beschreiben Sie Ihre persönliche Motivation oder die Gründe, die andere Jugendliche für ihr soziales Engagement anführen. → 

Mediennutzung

A1 Sind Sie online? Notieren Sie drei soziale Netzwerke (wie z. B. Facebook), die Sie kennen. Tragen Sie in der Tabelle ein, ob Sie sie nutzen und wenn ja, wie und wofür.

Internet-Plattform	Nutze ich für ...
<i>individuelle Schülerlösung</i>	

A2 Risiken und Nebenwirkungen? Was können Sie tun, um die Gefahren beim Benutzen von Online-Netzwerken so gering wie möglich zu halten? Recherchieren Sie die Empfehlungen von Stiftung Warentest oder die Hinweise aus dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). → 

A3 Gewinner oder Verlierer? Seit der Verbreitung der neuen Medien entwickeln sich unterschiedliche Nutzertypen. Zwei Extreme lassen sich unterscheiden: „User“ und „Loser“.

a) Wie würden Sie – im Gegensatz zum intelligenten „User“ – den „Loser“ beschreiben?

„USER“ 😊	„LOSER“ ☹️
Menschen mit einem schnellen und sicheren Zugriff auf die jeweils gewünschten Informationen und Daten. Im Umgang mit den neuen Medien haben sie gelernt, deren Stärken zu nutzen und deren Risiken zu minimieren. Sie recherchieren zielsicher, können hochwertige Informationen von „Datenmüll“ unterscheiden und nutzen die Möglichkeit zu spielen und zu kommunizieren, ohne ihr Zeitbudget aus dem Blick zu verlieren.	<i>„Loser“ der Informationsgesellschaft sind Menschen, die den Umgang mit den</i>
	<i>neuen Techniken entweder gar nicht beherrschen oder diese nicht zielgerichtet</i>
	<i>nutzen können. Die Vielfalt der neuen Eindrücke und das unüberschaubare</i>
	<i>Informationsangebot erzeugen bei ihnen Verwirrung und Planlosigkeit. Sie lassen</i>
	<i>sich durch die neuen Medien manipulieren, zum Geldausgeben verleiten und</i>
	<i>verschwenden ihre Zeit mit wahllosem Surfen oder endlosen Spielen.</i>

b) Was könnte unternommen werden, um aus „Losern“ „User“ zu machen?

Jeder sollte die Möglichkeit haben, sich für den Umgang mit den neuen Medien zu qualifizieren. Dazu müssten Schule und Ausbildung (auch Weiterbildung) Gelegenheiten schaffen. Die Vermittlung von Medienkompetenz muss ein wichtiges Bildungsziel in der Informationsgesellschaft sein.

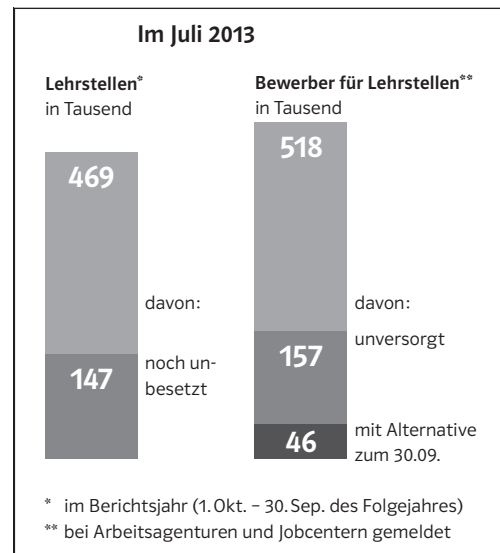
Angebot und Nachfrage – Lehrstellenmarkt

Das duale System führt zu einer praxisnahen Berufsausbildung und versorgt die Wirtschaft mit qualifizierten Arbeitskräften. Die Ausbildungsordnung und der Unterricht in der Schule sorgen dafür, dass die Betriebe nicht einseitig nach ihrem speziellen Bedarf ausbilden. Allerdings funktioniert das System nur, wenn viele Betriebe bereit sind, auszubilden – auch über ihren eigenen Bedarf hinaus. Ein Gleichgewicht zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Lehrstellen ist jedoch nur schwer herzustellen. In manchen Berufen können die Unternehmen ihren Bedarf an Auszubildenden nicht mehr decken; andere Ausbildungen sind völlig überlaufen. Dazu kommen regionale Unterschiede: Gegenden mit einem Mangel an Bewerbern (z. B. in Oberbayern) und solche mit Bewerberüberhang (z. B. in Mecklenburg-Vorpommern).

A1 Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt? Lesen Sie den Text und schauen Sie sich die Grafik an. Erklären Sie, warum es immer schwierig sein wird, auf einem Arbeitsmarkt Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht zu bringen.

Jugendarbeitslosigkeit zählt zu den drängendsten sozialpolitischen Herausforderungen einer Gesellschaft. Im Unterschied zu flexiblen Warenmärkten lassen sich auf einem Arbeitsmarkt Angebot und Nachfrage aber nicht so einfach steuern und über einen (Gleichgewichts-)Preis in ein ausgeglichenes Verhältnis bringen. Selbst wenn viele junge Erwachsene eine Ausbildungsstelle und zugleich viele Unternehmen Auszubildende suchen, kann es sein, dass das Angebot nicht den Vorstellungen der Jugendlichen entspricht. Oder die Arbeitgeber ihrerseits haben andere Vorstellungen von den Kompetenzen und der Qualifikation der Bewerberinnen. Beides lässt sich nicht so schnell ändern, sondern braucht Zeit, damit z. B. politisch gesetzte Anreize wirken können.

M1 Situation am Lehrstellenmarkt



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

A2 Strafe zahlen? Als Maßnahme gegen den Lehrstellenmangel wird vorgeschlagen, dass alle Betriebe, die nicht ausbilden, eine Ausbildungsabgabe bezahlen sollen. Nehmen Sie Stellung.

Für eine Ausbildungsabgabe spricht, dass sich jeder Betrieb gut überlegt, ob er nicht doch ausbilden könnte. Gegen eine Ausbildungsabgabe spricht, dass Betriebe, die einfach keine geeigneten Bewerberinnen finden können, doppelt gestraft wären.

A3 Überangebot? In den nächsten Jahren werden die Bewerberzahlen zurückgehen, und die Zahl der angebotenen Lehrstellen wird steigen. Stellen Sie dar, was sich dadurch für die Betriebe und die Bewerberinnen verändert.

Ähnlich wie auf einem Wohnungsmarkt, auf dem ein Überangebot herrscht und die potenziellen Mieter in die komfortable Situation geraten, sich eine Wohnung unter vielen aussuchen und den Mietpreis (in bestimmtem Rahmen) mitbestimmen zu können, ist es für junge Erwachsene günstig, wenn viele Lehrstellen angeboten werden und die Zahl der Bewerberinnen sinkt. Allerdings nützt ihnen die Situation nur, wenn das Angebot vielfältig ist und sie die Qualifikation mitbringen, die gesucht wird.

Gefragt in Alltag und Beruf – Kompetenzen

Unter **Schlüsselqualifikationen** fasst man alle Fähigkeiten zusammen, die jemand braucht, um auf neuartige Anforderungen im Privatleben und im Beruf reagieren zu können. Welche Fähigkeiten sind das? Und in welchen Situationen kommen sie zum Einsatz?

A1 Sind Sie fähig? Ordnen Sie die folgenden zwölf Schlüsselqualifikationen den passenden Beschreibungen zu.

Reflexionsfähigkeit – Konfliktfähigkeit – Belastbarkeit – Kommunikationsfähigkeit – Fleiß/Selbstdisziplin – Eigenverantwortung – Lernbereitschaft – Einfühlungsvermögen – Initiative – Handeln mit Weitblick – Offenheit – Teamfähigkeit

Beschreibung der Fähigkeit	Auf den Begriff gebracht
„Ich kann mit schwierigen Situationen umgehen.“	Konfliktfähigkeit
„Ich habe Ziele und verfolge sie.“	Eigenverantwortung
„Ich komme gut mit anderen aus.“	Teamfähigkeit
„Ich will andere verstehen.“	Einfühlungsvermögen
„Ich berücksichtige auch die Auswirkungen meines Tuns.“	Handeln mit Weitblick
„Ich denke oft darüber nach, was ich kann und was ich will.“	Reflexionsfähigkeit
„Ich handle überlegt, auch wenn ich Stress habe.“	Belastbarkeit
„Ich bin offen für Neues.“	Offenheit
„Ich bin aktiv und ergreife Chancen.“	Initiative
„Ich bin fleißig und mache, was zu tun ist.“	Fleiß/Selbstdisziplin
„Ich gehe auf andere Menschen zu und drücke mich situationsgerecht aus.“	Kommunikationsfähigkeit
„Ich möchte ständig dazulernen.“	Lernbereitschaft

A2 Mehr als fachlich kompetent! Warum reicht es in der heutigen Arbeitswelt nicht aus, einfach nur fachlich kompetent zu sein? Orientieren Sie sich bei Ihrer Antwort an einem möglichen Berufsbild.

individuelle Schülerlösung

Den Lernenden soll die Notwendigkeit sogenannter „Soft Skills“ anhand eines von ihnen bestimmten Berufsbildes deutlich werden.

Soziale Kompetenzen sind vor dem Hintergrund einer Vielzahl ineinandergreifender Arbeitsprozesse im Wirtschaftsleben und immer komplexer werdenden Team- und Aufgabenstrukturen bedeutend.

Lebenslang lernen

M1 Unternehmerische Investition

A1 Bildung ist teuer!? Betrachten Sie die Infografik und beantworten Sie folgende Fragen:

- Wie viel Geld geben Unternehmen in Deutschland prozentual für Weiterbildungspersonal aus?
- Wie viel Geld geben die Unternehmen prozentual für die drei wichtigsten Weiterbildungsmaßnahmen aus?
- Was verstehen Sie unter „Lernen in der Arbeitssituation“?

a) 9,4% ($97,- \text{€} \times 100 / 1035,- \text{€}$)

b) 75,7% ($783,- \text{€} \times 100 / 1035,- \text{€}$)

c) „Lernen in der Arbeitssituation“ („Training on the job“) = Unterweisungs- und Schulungsmaßnahmen durch Vorgesetzte oder Kolleginnen

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A2 Bildung lohnt sich!? Welchen Nutzen haben Unternehmen und Mitarbeiter von Weiterbildung? Nennen Sie für beide Seiten je drei Vorteile.

Unternehmen	Mitarbeiter
→ Arbeitsabläufe und -ergebnisse verbessern	→ Aufstiegschancen nutzen
→ Wettbewerbsfähigkeit steigern	→ den eigenen Arbeitsplatz sicherer machen
→ Mitarbeiterpotenziale ausschöpfen	→ Motivation und Arbeitszufriedenheit steigern

A3 Mein „lebenslanger Lernweg“. Informieren Sie sich über Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in drei unterschiedlichen Berufen. Beschreiben Sie jeweils einen Weg, auf dem Sie Schritt für Schritt Ihre persönliche Qualifikation steigern könnten.

individuelle Schülerlösung

Was ein Studium bringt!

Die Zahl der Studienanfänger steigt Jahr für Jahr. Darunter sind auch immer mehr junge Menschen, die kein klassisches Abitur nachweisen können, wenngleich ihr Anteil bisher mit rund 2,5% relativ niedrig ist. Die Kultusministerkonferenz drängt aber weiter darauf, dass sich die Hochschulen qualifizierten Bewerbern öffnen und neue, flexible Studienmodelle entwickeln. Dabei bleibt eine Frage offen: Lohnt sich ein Studium überhaupt?

A1 Lohnt sich ein Studium? Beschreiben Sie die nebenstehende Statistik und beurteilen Sie begründet, ob sich ein Studium „lohnt“. Begründen Sie anschließend, weshalb eine solche Statistik nur begrenzte Aussagekraft hat.

Die Statistik verdeutlicht den Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und durchschnittlichem Brutto-Jahreslohn. Dabei zeigt sich, dass ein Hochschulabschluss bereits einige Jahre nach dem Berufseinstieg (der jedoch später stattfindet) zu einem deutlich höheren Einkommen führt. Ein Studium lohnt sich finanziell und mittelfristig also. Zu beachten ist u.a., dass die Statistik auf aktuellen Durchschnittswerten basiert und damit weder für alle Studiengänge gilt, noch als Prognose misszuverstehen ist.

M1 Bruttojahresentgelte im Durchschnitt

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A2 Argumente für und gegen das Studieren. Sammeln Sie weitere Argumente für und gegen ein Studium. Worin bestehen die Chancen, worin die Probleme, Hürden, Risiken? Diskutieren Sie die Argumente anschließend in der Klasse und vervollständigen Sie die Tabelle.

Argumente für ein Studium	Argumente gegen ein Studium
→ höheres Einkommen über die gesamte Lebensspanne	→ kein/geringes Einkommen während der Studienzzeit
→ bessere Aufstiegschancen im eigenen Unternehmen	→ ggf. Aufgeben eines Jobs für die Investition Studium
→ reagiert auf Anforderungen der Wissensgesellschaft	→ immer mehr junge Menschen studieren, dadurch kommt es
→ Studienzzeit bringt neue Erfahrungen und Kontakte	zu einem Mangel an Facharbeitern

A3 Studieren mit oder ohne Hochschulreife: Möglichkeiten. Informieren Sie sich im Internet über Ihre Möglichkeiten, ein Studium aufzunehmen. Lohnt sich ein Studium aus Ihrer ganz persönlichen Sicht? →

Die Internetseite www.studierenohneabitur.de bietet umfassende Informationen zum Thema „Studieren ohne Hochschulreife“.

Arbeitswelt im Wandel

Die industrielle Revolution beschert Europa seit 300 Jahren eine rasante wirtschaftliche Entwicklung. Sie ist auch **eine Revolution der beruflichen Arbeit**. Denn der Einsatz von immer mehr und immer intelligenterer Technik, der die Produktivität der Arbeit so immens steigert, wirkt sich auch unmittelbar auf die Arbeitsplätze aus. Zuerst entstanden neue Tätigkeiten, dann neue Berufe. Da, wo Maschinen die menschliche Arbeitskraft ganz ersetzen – z. B. in der automatisierten Fertigung –, fielen Arbeitsplätze weg. Zugleich entstanden neue an anderer Stelle im Produktionsprozess. Eine Spirale kam in Gang: eine Spirale, die den arbeitenden Menschen zwingt, mit der Entwicklung der Wirtschaft Schritt zu halten. Das zeigt sich heute in vielen Wirtschaftszweigen und an vielen Berufsbildern.

A1 Wie wirkt sich der technische Fortschritt in der Arbeitswelt aus?

a) Nennen Sie Auswirkungen von technischen Veränderungen auf den Arbeitsprozess.

1. Rationalisierung, 2. Qualitätssteigerung, 3. Arbeitserleichterung, 4. Flexibilität, 5. Orts- und Zeitunabhängigkeit der Arbeit

b) Erklären Sie den Begriff „Informationsgesellschaft“.

Der Begriff „Informationsgesellschaft“ hat sich als Sammelbegriff für eine moderne hoch technisierte Arbeitsgesellschaft eingebürgert, die auf dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie (JKT) in den verschiedensten Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft beruht.

A2 Welche Folgen ergeben sich aus dem ökonomischen Wandel für den arbeitenden Menschen? Zählen Sie stichwortartig einige neue Anforderungen an Arbeitnehmer auf.

Mehr und anderes Fachwissen („Lebenslanges Lernen“), Eigeninitiative und selbstständiges Arbeiten, soziale Kompetenzen, zeitliche Flexibilität und räumliche Mobilität.

A3 Wie entwickelt sich die Gesellschaft? Vervollständigen Sie die Übersicht.

	Agrargesellschaft	Industriegesellschaft	Informationsgesellschaft
Hauptziel	<i>Überleben, Erfüllen der Grundbedürfnisse</i>	Sicherheit	Lebensqualität
Transport	zu Fuß, Pferdewagen, Kutsche	<i>öffentliche Verkehrsmittel: Bus, Bahn, Auto</i>	<i>Auto, Hochgeschwindigkeitszug, Flugzeug</i>
Medien	<i>Zeitung/Zeitschrift</i>	Zeitung/Zeitschrift, Radio, Fernsehen	<i>Zeitung/Zeitschrift, Fernsehen, Internet</i>
Kommunikation	<i>Brief, persönliche Nachricht</i>	<i>Brief, Telefon</i>	Handy, SMS, E-Mail, Fax
Zusammenleben	Mehr-Generationen-Familie	<i>Kleinfamilie, die viele soziale Aufgaben auslagert</i>	<i>Kleinfamilie, verschiedene Formen von Partnerschaft</i>

Berufsbilder in der digitalen Welt

M1 Wandel zur Wissensarbeit


Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Veränderte Arbeit? Erläutern Sie ausgehend vom Text den Trend zu einer „Informatisierung der Facharbeit“ und beschreiben Sie deren Folgen für Beschäftigte.

Facharbeit wird zunehmend geprägt und verändert durch die modernen Informations- und Kommunikations-Technologien (JuK). Dabei gewinnt die situationsabhängige Beschaffung und problemorientierte Anwendung sowie der Austausch von Wissen an Bedeutung. Für die Beschäftigten resultiert daraus die Notwendigkeit permanenter Weiterbildung und des Erwerbs überfachlicher Kompetenzen, v.a. auch im Umgang mit JuK.

A2 Veränderte Arbeitskraft? Recherchieren und beschreiben Sie das Zukunftsprojekt „Industrie 4.0“ und nehmen Sie Stellung zu der Frage, ob künftig überhaupt noch (menschliche) Arbeitskraft benötigt wird. Diskutieren Sie diese Frage anschließend in der Klasse.

Industrie 4.0 ist ein Projekt der Bundesregierung, mit dem die Vernetzung und Digitalisierung der Produktionsabläufe in der Industrie gefördert werden soll. Intelligente Computersysteme steuern dabei effizient den gesamten Produktionsablauf von der Bestellung bis zur Auslieferung. Dadurch werden viele Tätigkeiten, die bisher Menschen ausübten, durch Maschinen ersetzt und Arbeitsplätze fallen weg. Trotzdem werden auch zukünftig noch Arbeiter benötigt, jedoch mit anderen und in der Regel höheren Qualifikationen.

A3 Vielfältige Arbeitsmöglichkeiten! Softwareentwickler, IT-Vertriebsbeauftragte, Online-Redakteurin und viele weitere – die Liste von Berufen im Bereich IT ist lang. Recherchieren Sie zu einem Beruf Ihrer Wahl und stellen Sie diesen in Ihrer Klasse vor. → 

Tätigkeit	Hinweise: Das Internetangebot der Arbeitsagentur stellt unter www.berufenet.arbeitsagentur.de eine umfassende Übersicht über Berufe im Bereich IT mit allen notwendigen Informationen bereit. Eine didaktische Alternative zum Vorstellen der Berufe in der Klasse ist z.B. das Erstellen einer Stellenausschreibung für den jeweiligen Beruf, durch die die Voraussetzungen und benötigten Kompetenzen stärker in den Blick geraten.
Voraussetzungen	
aktuelle Situation	

M1 Netzwerkingenieur bei der Arbeit

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

Armut in Deutschland

A1 „Absolut arm“ oder „relativ arm“? Erläutern Sie beide Begriffe. Welcher Armutsbegriff wird in Deutschland verwendet?

a) Absolute Armut: Arm ist, wer um das tägliche Überleben kämpfen muss.

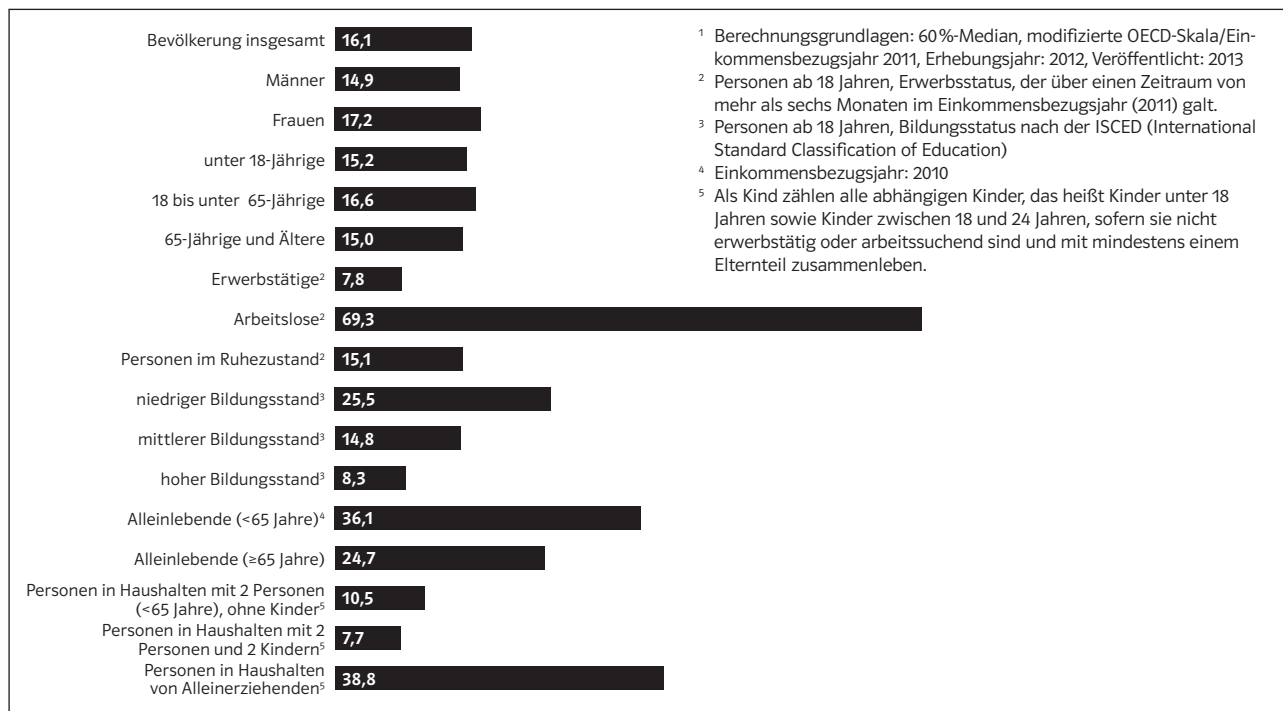
b) Relative Armut: Arm ist, wer weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat.

A2 Wer gilt als arm in Deutschland? Das persönliche Durchschnittseinkommen in Deutschland lag 2013 bei rund 34.000 € im Jahr. Ab welcher Einkommensgrenze gilt man als arm?

Als arm gilt in Deutschland, wer weniger als 50% des Durchschnittseinkommens im Jahr zur Verfügung hat (2013: 16.000 Euro).

A3 Welche gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland sind besonders armutsgefährdet? Untersuchen Sie das Schaubild. Welche Gründe vermuten Sie?

M1 Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten in Prozent, 2011¹



Quelle: Statistisches Bundesamt

Besonders armutsgefährdet sind: Alleinerziehende, Arbeitslose, Personen mit geringer schulischer und beruflicher Qualifikation, Alleinlebende.


Mögliche Gründe sind: Arbeitslosigkeit (bes. Langzeitarbeitslosigkeit), Niedriglöhne („working poor“), steigende Zahl der Einpersonenhaushalte und Alleinerziehenden ohne ausreichendes Einkommen, Lücken im System der sozialen Sicherung (z.B. ungenügende familienpolitische Unterstützung von Kindern und Jugendlichen), Strukturwandel in den „neuen“ Bundesländern.

A4 Was kann der Staat tun, um die betroffenen Problemgruppen zu unterstützen? Formulieren Sie eine besonders wichtige Aufgabe.

Eine besonders wichtige Aufgabe besteht darin, das gesunde Aufwachsen und die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen zu fördern, damit Armut sich nicht „vererbt“.

A5 Was können die Bürger tun, um ihr Armutsrisiko zu verringern?

Jeder sollte dafür sorgen, ... dass er sich ausreichend für den Arbeitsmarkt qualifiziert.

A6 Wie lautet der Grundgesetzartikel, der die Bundesrepublik als Sozialstaat ausweist? Schlagen Sie im Grundgesetz nach und notieren Sie die Textpassage in der Mitte der Grafik. → 



A7 Wie finanziert der Sozialstaat die Unterstützung der Bürger, die sich in Notlagen befinden? Erläutern Sie die Grafik.

Die finanziellen Sozialleistungen des Staates müssen von den Bürgern bzw. Unternehmen erst erwirtschaftet werden, bevor sie verteilt werden können. Aus den Steuern und Beitragszahlungen der einen werden die Sozialleistungen für die anderen.

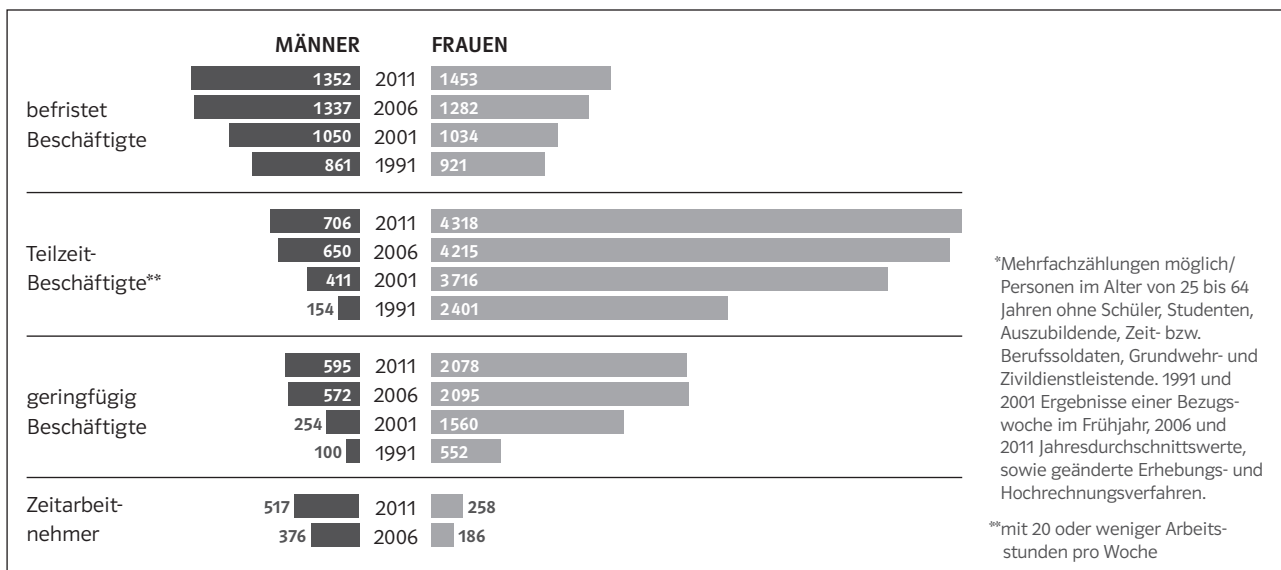
A8 Was verbirgt sich hinter den drei Sozialstaatsprinzipien? Erläutern Sie die Begriffe und nennen Sie je zwei soziale Leistungen.

Prinzipien	Beispiele
Versicherungsprinzip	Leistungen erhält, wer als Pflichtversicherter Beiträge einbezahlt hat. Diese Leistungen werden aus den Beiträgen finanziert. Dieses Prinzip gilt für die gesetzliche Sozialversicherung: z.B. für die Kranken- und Pflegeversicherung.
Versorgungsprinzip	Leistungen erhält, wer besondere Leistungen für die Gemeinschaft erbringt. Diese Leistungen werden aus Steuermitteln finanziert: z.B. Eltern- und Kindergeld.
Fürsorgeprinzip	Leistungen erhält, wer in einer Notlage steckt. Diese Leistungen werden ebenfalls aus Steuermitteln finanziert: z.B. Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Dabei gilt der Grundsatz der Subsidiarität.

Neue Beschäftigung – atypisch und prekär?

Neben dem klassischen Normalarbeitsverhältnis, verstanden als unbefristete und existenzsichernde Lohnarbeit, etablieren sich zunehmend atypische Arbeitsformen. Hierzu zählen u. a. Leiharbeit, befristete und geringfügig entlohnte Arbeitsverhältnisse. So stieg zwar die Beschäftigung in Deutschland bis Mitte 2013 auf ein Rekordniveau von fast 41,8 Mio., gleichzeitig blieb das insgesamt geleistete Arbeitsvolumen mit starken Schwankungen seit 1993 stabil. Oft sind diese Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnssektor angesiedelt – deshalb werden sie auch als prekär bezeichnet.

M1 Atypische Beschäftigung in absoluten Zahlen*, 1991 bis 2011



Quelle: Statistisches Bundesamt www.destatis.de

A1 (Un-)übersichtliche Arbeitswelt?! Erläutern Sie kurz die folgende Auswahl verschiedener Formen atypischer Beschäftigung.

Leiharbeit: auch Zeitarbeit genannt. Der Arbeitgeber (die „Leiharbeitsfirma“) überlässt einen Arbeitnehmer (den „Leiharbeitnehmer“) einem Dritten (dem „Entleiher“) gegen ein Entgelt zur Arbeitsleistung. Ab 2015 gilt der Mindestlohn von 8,50€ (West) und 7,80€ (Ost) pro Stunde.

Teilzeitarbeit: Ein Arbeitnehmer arbeitet regelmäßig kürzer als ein vergleichbarer Vollzeitmitarbeiter (Vergleichskriterium ist Wochenarbeitszeit).

Minijob: Beschäftigung unter 50 Arbeitstagen im Jahr oder Entlohnung unter 450€ im Monat gilt als Minijob. Pauschalabgabe von 30% des Monatsgehalts an Steuern/Sozialabgaben vom Arbeitgeber.

A2 20 Jahre Bewegung auf dem Arbeitsmarkt! Interpretieren Sie die Statistik und berechnen Sie die prozentuale Zunahme der jeweiligen Beschäftigungsformen. →

A3 Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Diskutieren Sie aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebersicht Vor- und Nachteile von atypischer Beschäftigung. →

Mindestlöhne – was ist gerecht?

Seit Jahrzehnten wird die Einführung gesetzlicher und flächendeckender Mindestlöhne (ML) für alle Branchen in der Bundesrepublik diskutiert. Während die Verfechter der gesetzlichen ML in ihnen ein Mittel zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit erkennen, lehnen die Gegner sie mit dem Hinweis auf die Tarifautonomie ab. Über die Wirkung von ML herrscht in der Wissenschaft Uneinigkeit. In den meisten EU-Staaten sind ML seit Jahren etabliert.

A1 Mindestlohn soll kommen! CDU/CSU und SPD haben die Einführung eines gesetzlichen ML beschlossen. Informieren Sie sich über Einzelheiten.

Einführung: 01.01.2015; Höhe bundesweit 8,50 € pro Stunde. Tarifpartner können bis 2017 Abschlüsse vereinbaren, die darunterliegen. Spätestens 2017: 8,50 € verpflichtende Untergrenze. Kommission der Tarifpartner (Arbeitgeber/Gewerkschaften) legt ML fest. Wissenschaftlicher Sachverstand wird hinzugezogen. Ausnahmen vom ML: derzeit (Juni 2014) in der Diskussion.

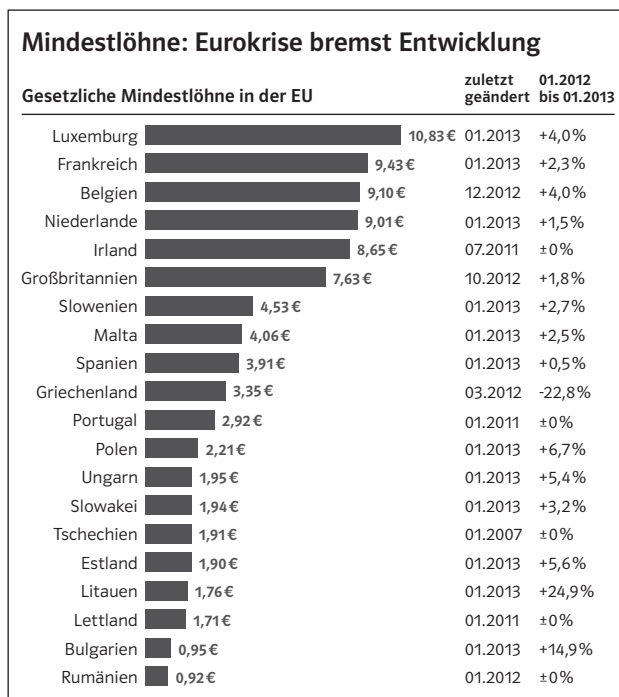
A2 Umstrittener Mindestlohn! Finden Sie je drei Argumente.

pro Mindestlohn	kontra Mindestlohn
<ul style="list-style-type: none"> → staatliche Einsparungen: Wegfall von Lohnzusatzzahlungen (Aufstocker) in Höhe von bis zu 11 Mrd. € → Konjunkturprogramm: gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt, Folge: höhere Produktion → Wettbewerbsgerechtigkeit: genereller ML; kein Wettbewerb über Lohndumping 	<ul style="list-style-type: none"> → erschwelter Einstieg in Arbeit: Geringqualifizierte erwirtschaften nicht 8,50 € pro Stunde; lohnt sich nicht → Verlust von Arbeitsplätzen: Arbeit Geringqualifizierter ist bei 8,50 € nicht mehr bezahlbar; Rationalisierungsdruck ersetzt teure menschliche Arbeit durch Maschinen → Preissteigerungen: Unternehmen wälzen steigende Lohnkosten auf Preise ab; Inflation durch Lohn-Preis-Spirale

A3 Europa als Vorbild?! Entwickeln Sie mithilfe der beiden Statistiken eine Stellungnahme für oder gegen den ML.

Befürworter des ML verweisen auf GB; Gegner führen das franz. Bsp. an. ML wirken in Abhängigkeit zur Struktur-schwäche oder -stärke, der Möglichkeit zum Ersatz bzw. Verlagerung von Arbeit oder der unternehmerischen Wettbewerbsintensität in Regionen verschieden. Arbeitslosigkeit hat ebenso wie wirtschaftliche Prosperität unterschiedliche Gründe. Hier ist auch auf die Eurokrise und die entsprechende Lohnentwicklung in den Krisenländern hinzuweisen. Auffallend ist die unterschiedliche Höhe der ML, die in Beziehung zur jeweiligen nationalen Wirtschaftskraft zu setzen ist (moderater Charakter des geplanten dt. ML von 8,50 €).

M1 Gesetzliche Mindestlöhne in der EU



Quelle: WSI Mindestlohndatenbank 2013

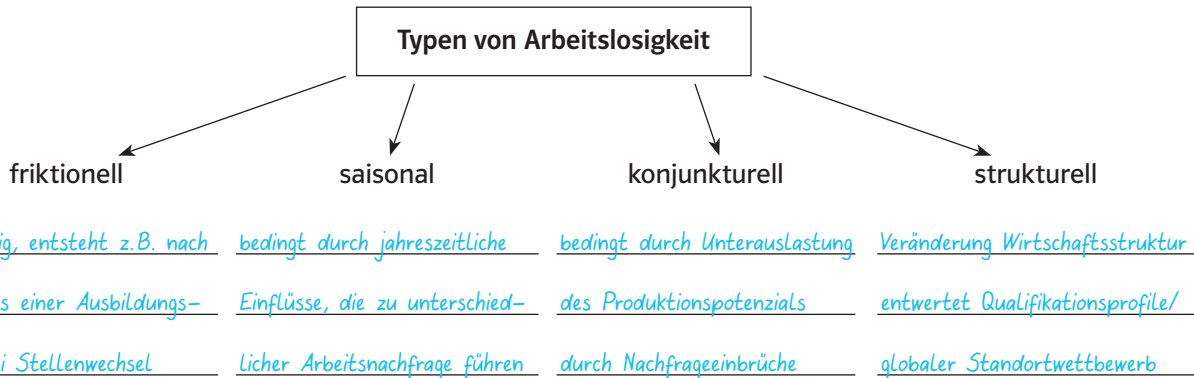
Spanien	Portugal	Griechenland	Frankreich	Niederlande	Belgien	Großbritannien	Irland	Polen	Deutschland
25,8%	15,4%	27,8%	10,8%	7,0%	8,4%	7,2%	12,1%	10,1%	5,1%

M2 Arbeitslosigkeit im Dezember 2013 in einigen europäischen Staaten

Arbeitslosigkeit und ihre Folgen

Seit den 1980er-Jahren besteht in Deutschland das Phänomen der Langzeit- und Massenarbeitslosigkeit. Obwohl sich die finanzielle Situation der meisten Langzeitarbeitslosen durch die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre verschlechtert hat, herrschen weiterhin Vorurteile gegen Arbeitslose in der Gesellschaft. Arbeitslosigkeit gilt als wesentlicher Grund für das individuelle Armutsrisiko. Daneben hat Arbeitslosigkeit weitreichende soziale und psychische Folgen für Betroffene, deren nahes Umfeld sowie für die gesamte Gesellschaft.

A1 Ursachensuche! Erläutern Sie die verschiedenen Typen von Arbeitslosigkeit.



A2 Leben in Saus und Braus mit Hartz IV? Problematisieren Sie dieses gesellschaftliche Vorurteil anhand des ALG II-Regelsatzes für einen alleinstehenden Arbeitslosen (391 €, Stand Juni 2014). Vergleichen Sie Ihr eigenes Konsumverhalten/die Haushaltsausgaben in Ihrer Familie mit den ALG II-Regelsätzen.

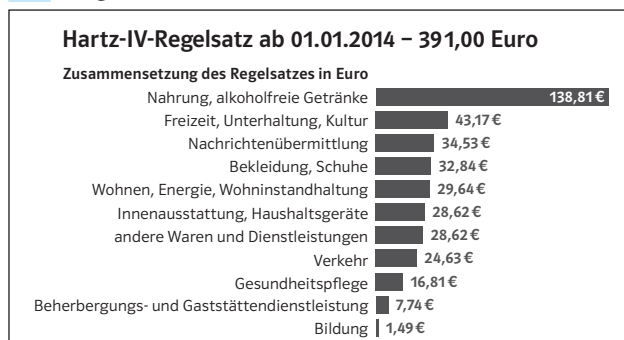
Die Grundsicherung durch das ALG II soll jedem Bezieher ein würdevolles Leben ermöglichen. Wegen der Höhe der Regelsätze wird bezweifelt, dass das ALG II diesem Anspruch gerecht wird. Kritiker bezeichnen das ALG II als „Armutsmaschine“.

Im Vergleich zu den eigenen familiären Konsumausgaben können die geringen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe für Hartz-IV-Empfänger und deren Familien thematisiert werden. Dadurch erhöht sich der Druck, jegliche angebotene Arbeit anzunehmen, was wiederum einen Bogen schlägt zur Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren.

A3 Arbeitslosigkeit kostet! Analysieren Sie die gesellschaftlichen und individuellen Kosten von Arbeitslosigkeit.

Individuelle Kosten: Einkommenseinbuße, dreimal höheres Armutsrisiko als übrige Gesellschaft, Überschuldungsgefahr, Gefahr der Altersarmut, Gefahr der sozialen Isolation, zunehmende Antriebslosigkeit, sinkendes Selbstbewusstsein, statistisch höheres Krankheitsrisiko, ansteigende Suchtgefahr, statistisch geringere Lebenserwartung

M1 Regelsatz ALG II ab Januar 2014



Quelle: Initiative ALG II Selbsthilfe e.V.

Gesellschaftliche Kosten: Transferzahlungen für ALG I/ALG II und sonstige Sozialleistungen (v.a. im Gesundheitssystem), entgangene Einnahmen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, Verlust der Kaufkraft des Einzelnen und damit Reduzierung der Binnennachfrage, Anstieg der Kriminalitätsrate und politisches Desinteresse wird mit Verarmung in Verbindung gebracht

Sozialstaat der Zukunft

A1 Sozial oder individuell? Stellen Sie drei Merkmale von Sozialversicherungen und Individualversicherungen einander gegenüber.

Sozialversicherung	Individualversicherung
→ Solidaritätsprinzip	→ Gewinnmaximierungsprinzip
→ Pflichtversicherung	→ freiwillige Versicherung
→ Finanzierung über Beiträge in Abhängigkeit vom Bruttogehalt	→ Finanzierung über individuelle Prämien
→ Schutz der Person im Bedarfsfall	→ Schutz der Person bzw. Sache im Bedarfsfall

A2 Steigende Kosten – sinkende Einnahmen? Erläutern Sie die gegenwärtige Krise, in die das deutsche Sozialversicherungssystem geraten ist.

Die gegenwärtige Krise des Sozialstaats hat ihre Ursachen in wirtschaftlichen Problemen durch schwankendes Wirtschaftswachstum, demografische Entwicklungen, die Staatsverschuldung und besonders durch die Kosten von Arbeitslosigkeit. Der Kürzung von sozialen Leistungen steht ein wachsender Bedarf an sozialer Unterstützung gegenüber.

A3 Was tun? Machen Sie Vorschläge für Maßnahmen, die der Staat ergreifen kann, um die Sozialausgaben zu begrenzen und den Sozialstaat aus der Krise zu führen. Ein Beispiel ist vorgegeben.

Vorschlag:

→ mehr Eigenvorsorge jedes Einzelnen (z.B. private Pflegezusatzversicherung)

Vorschlag:

→ sozialstaatliche Leistungen stärker aus Steuern finanzieren



Vorschlag:

Alle Berufstätigen müssten in die Sozialversicherung einzahlen (Bürgerversicherung).

Vorschlag:

→ Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit (wie mehr Qualifizierungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose)

A4 Aussicht auf Erfolg? Welchen Ihrer Vorschläge halten Sie für besonders Erfolg versprechend? Begründen Sie in Stichworten.


individuelle Schülerlösung

Unsichere Zukunft – droht Altersarmut?


Zunehmend wird vor einer Welle an drohender Altersarmut gewarnt. Als altersarm gelten nach einer gängigen Definition diejenigen Personen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind. 2011 waren dies 436 000 der über 65-Jährigen. Sie erhielten im Durchschnitt 698 Euro im Monat staatliche Unterstützung. 2012 arbeiteten 760 000 Menschen im Rentenalter als Minijobber, 120 000 davon waren 75 und älter. Wie bei der medizinischen Versorgung soll in Zukunft auch im Alter die soziale Schere auseinandergehen.

M1 Der schöne Lebensabend

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Ungleiche Alte? Informieren Sie sich über Gründe und Lebensumstände von Menschen, die in Altersarmut leben. Vergleichen Sie mit dem von Wehler (M1) beschriebenen Lebensabend privilegierter Senioren. Orientieren Sie sich bei der Lösung an der Beispieltabelle. → 

Vergleichskriterien	privilegierte Alte	alte Menschen in Armut
Bildungshintergrund		
beruflicher Hintergrund		
Finanzquellen im Alter		
Freizeitverhalten		
Gesundheitszustand		

A2 Altersvorsorge! Woher kommt das Geld? Erläutern Sie das Drei-Säulen-Modell der Altersvorsorge. → 

A3 Zweiklassenmedizin? Recherchieren Sie Alternativen zum heutigen Krankenversicherungssystem. → 

Immer älter ohne Kinder

Der demografische Wandel belastet die sozialen Sicherungssysteme, denn in einer alternden Gesellschaft mit immer weniger Geburten verschiebt sich die Balance zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern zuungunsten der Beschäftigten. Mittlerweile beziehen bereits 20 Millionen Rentner in Deutschland staatliche Transferleistungen. Und die „Baby-Boomer-Generation“, der in den 1960er-Jahren Geborenen, strebt mit großen Schritten dem Ruhestand entgegen. Kann Zuwanderung die zunehmenden Probleme des Sozialstaats lösen?

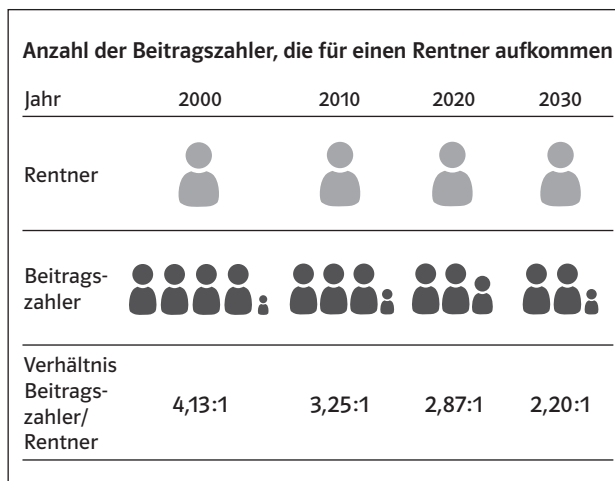
A1 Steigende Belastung! Interpretieren Sie die Grafik zum Generationenvertrag.

Das Verhältnis der Rentner zu den Beitragszahlern verändert sich von Dekade zu Dekade zuungunsten der Einzahler. Konsequenz: sinkende Rentenbezüge oder steigende Sozialabgaben sowie zunehmende Steuerzuschüsse zu den Renten.

Mögliche Lösungen:

Erhöhung der Einzahler durch Erhöhung der Erwerbstätigkeit, Abbau der Arbeitslosigkeit oder Erhöhung der Einwanderung.

M1 Immer weniger starke Schultern



Quelle: Rürup-Bericht

A2 Immer weniger und immer älter! Erläutern Sie stichpunktartig die wesentlichen Gründe für den demografischen Wandel in Deutschland.

rückgängige Geburtenzahlen	steigende Lebenserwartung
→ Leichter Zugang zu Verhütungsmitteln	→ bessere medizinische Versorgung
→ Lebensplanung ohne Kinder	→ bessere Ernährungssituation
→ Fehlen eines geeigneten Partners	→ bessere Hygienesituation
→ höhere Lebenshaltungskosten durch Kinder	→ staatliche Stabilität (Frieden/geringe Kriminalität)
→ schwierige Vereinbarkeit Beruf/Familie	→ Lebenszufriedenheit durch hohen Wohlstand

A3 Zuwanderung als Problemlösung? Diskutieren Sie, inwieweit eine verstärkte Zuwanderung den demografischen Wandel in Deutschland abschwächen könnte.

→ Qualifizierte Zuwanderer stützen als Beitragszahler die Sozialversicherungssysteme.

→ Um Wirkungen des demografischen Wandels zu neutralisieren, bedarf es unrealistisch vieler Migranten.

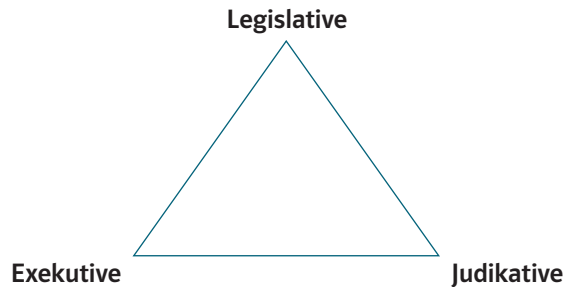
→ Zuwanderer übernehmen meist schon in zweiter Generation Geburtenraten der Mehrheitsgesellschaft.

→ Für qualifizierte Zuwanderer ist Deutschland oft nicht die erste Wahl als mögliches Zielland. Gründe hierfür liegen in hohen bürokratischen Hürden des Staates und verbreiteten Akzeptanzproblemen bei einheimischer Bevölkerung.

→ Integration von Zuwanderern bindet viele öffentliche Ressourcen (Geld/Personal).


Machtkontrolle durch Gewaltenteilung


Gewaltenteilung gilt als Kernelement moderner Demokratien. Seit der Aufklärung werden die politischen Gewalten grob in Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (Regierung/Verwaltung) sowie Judikative (Rechtsprechung) unterschieden. Unter Gewaltenteilung versteht man die Ausräumung und gegenseitige Kontrolle der politischen Gewalten („checks and balance“), die auf unterschiedliche Verfassungsorgane verteilt werden. In modernen Demokratien bestehen allerdings gegenseitige Einflussnahmen und Überschneidungen zwischen den Gewalten – deshalb wird anstatt von Gewaltenteilung von Gewaltenverschränkung gesprochen.





M1 Drei Arten von politischen Gewalten

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 „Alles wäre verloren ...“ Erläutern Sie die Bedeutung der Gewaltenteilung nach Montesquieu. → 

A2 Geteilte Gewalten auf zwei Ebenen. Ordnen Sie die entsprechenden Verfassungsorgane auf Bundes- und Landesebene den jeweiligen politischen Gewalten und Ebenen zu. → 

A3 Politische Macht – mehrfach geteilt! Informieren Sie sich über die verschiedenen Formen der Gewaltenteilung (GW) in modernen Demokratien und erklären Sie folgende Begriffe in eigenen Worten. → 
Horizontale GW, Vertikale GW, Temporale GW, Konstitutionelle GW, Dezisive GW

A4 Gewaltenverschränkung: Notwendigkeit oder verpfuschte Gewaltenteilung? Setzen Sie sich kritisch mit dem Begriff der verschränkten Gewaltenteilung auseinander. → 

Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts

Regieren mit Gerichten?

Die Judikative ist in der Bundesrepublik eine echte „Dritte“ Gewalt. Sie kontrolliert die Politik und versteht sich als „Hüter der Verfassung“. Urteile des **Bundesverfassungsgerichts** können von Regierung und Parlament nicht ignoriert werden. Und weil es Politik in modernen Demokratien größtenteils mit der Arbeit an Gesetzen zu tun hat, spielt das Bundesverfassungsgericht auch für die Gesetzgebung eine wichtige Rolle. Allerdings dürfen die Richter keine politischen Entscheidungen treffen. Sie sollen aber prüfen, ob eine politische Entscheidung mit der Verfassung im Einklang steht.

A1 Wer lenkt? Interpretieren Sie die Karikatur und beziehen Sie die Kernaussage auf das Beispiel der Hartz-IV-Gesetzgebung.

a) Beschreiben Sie, was zu sehen und was zu lesen ist.

Die Karikatur zeigt Parteipolitiker am großen Steuerrad der Politik. Sie schauen missmutig. Das Rad wird nicht von ihnen betätigt, es wird „von oben“ gedreht. Dort thront über den Wolken der eigentliche Steuermann – hier in Gestalt eines Richters in Robe. Er sitzt auf einer Wolke, die „Karlsruhe“ heißt.

M1 Fremdgesteuert?

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

b) Arbeiten Sie die Kernaussage der Karikatur heraus.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe macht die Politik – nicht die Politiker in Berlin.

c) Notieren Sie zwei Fragen, die sich aus der Kernaussage der Karikatur für Sie ergeben.

Ist der Einfluss der Richter auf die Politik wirklich so stark?

Warum fühlen sich die Politiker so machtlos?

(Evtl. ergänzend): Was war Los im Fall Hartz IV?

d) Beziehen Sie die Kernaussage der Karikatur auf das Beispiel der Hartz-IV-Reform und nehmen Sie dazu Stellung (siehe M2).

Durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde eine Neuregelung der Hartz-IV-Gesetzgebung notwendig.

M2 Fallbeispiel Hartz-IV-Reform

Was geschah?

Februar 2010

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts entschied, dass die Hartz-IV-Regelleistungen für Erwachsene und Kinder nicht den verfassungsrechtlichen Grundsätzen genügen. Er verpflichtete den Gesetzgeber, die Bestimmungen zu überarbeiten und bis zum 1. Januar 2011 eine neue Fassung in Kraft zu setzen.

Das Gericht kritisierte nicht die Höhe der Sätze, sondern die Art, wie sie zustande kamen. Es warf den Fachreferenten der Regierung vor, sie seien bei den Sätzen für die Erwachsenen von ihrem Statistikmodell ohne sachliche Rechtfertigung an mehreren Stellen abgewichen. Bei den Kindern hätten sie erst gar nicht versucht, den spezifischen Bedarf zu ermitteln und die Auszahlungssumme geradezu willkürlich festgelegt. Dadurch blieben z. B. notwendige Ausgaben für Bildung (wie Schulbücher und Taschenrechner) und Freizeit (wie sportliche oder musische Förderung) unberücksichtigt. Dies müsse durch eine Reform des Gesetzes nachgeholt werden.

Bis Dezember 2010

Das Arbeitsministerium berechnete den Regelsatz neu und kam auf eine Erhöhung um fünf Euro für Erwachsene (364 Euro im Monat). Für Kinder und Jugendliche sollten nicht die Sätze erhöht, sondern ein Bildungspaket verabschiedet werden. Der Bundestag stimmte ab und beschloss die Neuregelung.

Dezember 2010

Der Bundesrat stoppte die Hartz-IV-Reform. Die Neuregelung fand nicht die erforderliche Zustimmung der Länderkammer. Dort verfügte die Regierungskoalition nicht über die Mehrheit der Stimmen. Daraufhin rief die Bundesregierung den Vermittlungsausschuss an, der im Anschluss an die Bundesratssitzung eine Arbeitsgruppe beauftragte, Kompromissmöglichkeiten zu erkunden.

35 Januar 2011

Der eingesetzte Vermittlungsausschuss kam nach zähen Verhandlungen zu keinem gemeinsamen Ergebnis. Schließlich versuchte die schwarz-gelbe Koalition, ihren nachgebesserten Entwurf der Hartz-IV-Reform erneut im Bundesrat einzubringen. Vor allem das von einer schwarz-gelb-grünen Regierung geführte Saarland, aber auch das von einer Großen Koalition regierte Sachsen-Anhalt galten als mögliche Kandidaten für eine Zustimmung.

45 Februar 2011

Der Bundesrat lehnte eine Abstimmung über die von der Regierungsseite dominierten Vorschläge des Vermittlungsausschusses ab. Die Sache war festgefahren. Damit stand eigentlich ein neues Vermittlungsverfahren an. Nun versuchten einige Ministerpräsidenten unter Führung des rheinlandpfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD), die Verhandlungen selbst in die Hand zu nehmen. Das ist ungewöhnlich und im Gang der Gesetzgebung so eigentlich nicht vorgesehen.

55 März 2011

Der Streit um die Neuregelung war beendet. Die Bundesregierung einigte sich mit den SPD-Länderchefs auf einen Kompromiss: Die Hartz-IV-Empfänger bekamen rückwirkend zum 1. Januar 2011 fünf Euro mehr im Monat, ab 2012 weitere drei Euro – außerdem die Anpassung an die Preissteigerung. Hinzu kommt ein sogenanntes Bildungspaket für 2,5 Millionen Kinder von Geringverdienern. Nun konnte die Gesetzesvorlage den üblichen Weg durch die Gremien fortsetzen: Nach der Zustimmung des Vermittlungsausschusses passierte sie die Abstimmungen in Bundestag und Bundesrat.

Autorentext (Thomas Schwörer)

Die Auslegung von Grundrechten

M1 Die Grundrechte im Grundgesetz

Grundrechte sind persönliche Rechte. Sie schützen jeden Bürger der Bundesrepublik Deutschland gegen Ansprüche und Übergriffe des Staates. Sie sind im Grundgesetz festgehalten und können eingeklagt werden – bis hin zum Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts:

„Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.“

[...] Dieses Grundrecht [...] muss eingelöst werden, bedarf aber der Konkretisierung und stetigen Aktualisierung durch den Gesetzgeber, der die zu erbringenden Leistungen an dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten hat. Der Umfang des verfassungsrechtlichen Leistungsanspruchs kann im Hinblick auf die Arten des Bedarfs und die dafür erforderlichen Mittel nicht unmittelbar aus der Verfassung abgeleitet werden. Die Konkretisierung obliegt dem Gesetzgeber, dem hierbei ein Gestaltungsspielraum zukommt.“

Regelleistungen nach SGB II („Hartz IV-Gesetz“) nicht verfassungsgemäß.
 Zit. nach: BVerfG, 1 BvL 1/09 v. 09.02.2010, Absatz-Nr. (1-220),
http://www.bverfg.de/entscheidungen/1s20100209_1bv1000109.html (Zugriff 23.03.2011). Copyright © 2011 BVerfG.

A1 Gibt es ein Grundrecht auf ein „menschenwürdiges Existenzminimum“ im Grundgesetz? Schlagen Sie nach und notieren Sie die beiden Textpassagen, aus denen das Gericht (M1) den Anspruch auf ein „menschenwürdiges Existenzminimum“ ableitet:

Aus den Artikeln 1 und 20 GG leitet das oberste Gericht den Anspruch auf ein „menschenwürdiges Existenzminimum“ ab:

Art. 1 Abs. 1 GG: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Art. 20 Abs. 1 GG: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

A2 Was ist ein „menschenwürdiges Existenzminimum“? Geben Sie in eigenen Worten wieder, was das Bundesverfassungsgericht (M1) darunter versteht. Ergänzen Sie ein Beispiel, das Ihrer Meinung nach den Sinn trifft.

Ein „menschenwürdiges Existenzminimum“ – damit meint das Gericht nicht nur die Mittel zum Überleben. Jeder in Deutschland soll seinen Lebensunterhalt bestreiten und am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben wenigstens in geringem Maße teilnehmen können.

A3 Wie soll die Höhe des Existenzminimums berechnet werden? Erläutern Sie anhand von M1, wie der Gesetzgeber vorgehen soll, wenn er die Höhe der monatlichen Sozialleistungen festlegt.

Die Höhe des „menschenwürdigen Existenzminimums“ soll sich am jeweiligen Entwicklungsstand und den Lebensbedingungen in der Gesellschaft ausrichten. Ein Betrag kann nicht im Grundgesetz genannt, sondern muss immer wieder neu vom Gesetzgeber ermittelt werden.

M2 Fallbeispiel Hartz-IV-Reform

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A4 Was kritisierte das Bundesverfassungsgericht an der Hartz-IV-Reform?

a) Lesen Sie das Interview mit dem Sozialrichter Jürgen Borchert (M2).
Worin bestand der Fehler der Politiker, als sie die Hartz-IV-Sätze neu festgelegt haben? Und worin bestand er nicht?

*Das Bundesverfassungsgericht kritisiert an der Hartz-IV-Reform die Art und Weise, wie die Politiker den Bedarf festgelegt haben
– nicht die Höhe der jetzigen Sätze.*

b) Informieren Sie sich: Hat sich die Situation von Familien mit Hartz-IV-Leistungen inzwischen verbessert?

individuelle Schülerlösung

M3 Elementare Bürgerrechte

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

„Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt ...“

Art. 2 GG

A5 Es gibt verschiedene Arten von Grundrechten. Inhaltlich können Grundrechte unterschieden werden in Freiheitsrechte, Abwehr- und Unverletzlichkeitsrechte sowie Gleichheits- und Teilhaberechte.

a) Beschreiben Sie, was man unter diesen Rechten versteht.

Freiheitsrechte: → Freiheitsrechte geben den Menschen Freiheiten in der Gestaltung ihres Lebens.

Unverletzlichkeitsrechte: → Unverletzlichkeitsrechte schützen ihr Leben und Eigentum vor willkürlichen Zugriffen.

Gleichheitsrechte: → Gleichheitsrechte sorgen dafür, dass niemand von staatlicher Seite bevorzugt oder benachteiligt werden darf.

b) Welcher der drei Kategorien würden Sie das neue Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum zurechnen? Begründen Sie.

Das neue (abgeleitete) Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum ist ein Gleichheits-, eigentlich ein richtiges Teilhaberecht. Es gesteht jedem über die rein formale Gleichbehandlung hinaus ein materielles Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu.

Der Bundesrat im Prozess der Gesetzgebung

Der Bundesrat: Mitspieler oder Gegenspieler?

Ohne die „Länderchefs“ läuft im politischen Entscheidungsprozess zwischen Bund und Ländern kaum etwas. Besonders großen Einfluss erlangen die Länder auf die Bundespolitik durch den **Bundesrat**.

Durch diese Länderkammer wirken sie bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit – und seit 1992 sogar in Angelegenheiten der Europäischen Union. Sie tun dies mit je unterschiedlicher Stimmzahl; die Stimmzahl eines Bundeslandes richtet sich nach seiner Einwohnerzahl. Und sie tun dies mit unterschiedlichem Gewicht – je nachdem, welche Sache mit einem Gesetz geregelt werden soll.

Zustimmungsgesetze kommen nur zustande, wenn der Bundesrat mit der Mehrheit seiner Stimmen zustimmt.

Einspruchsgesetze kommen auch zustande, wenn der Bundesrat nicht einverstanden ist. Der Einspruch kann vom Bundestag durch eine nochmalige Abstimmung zurückgewiesen werden.

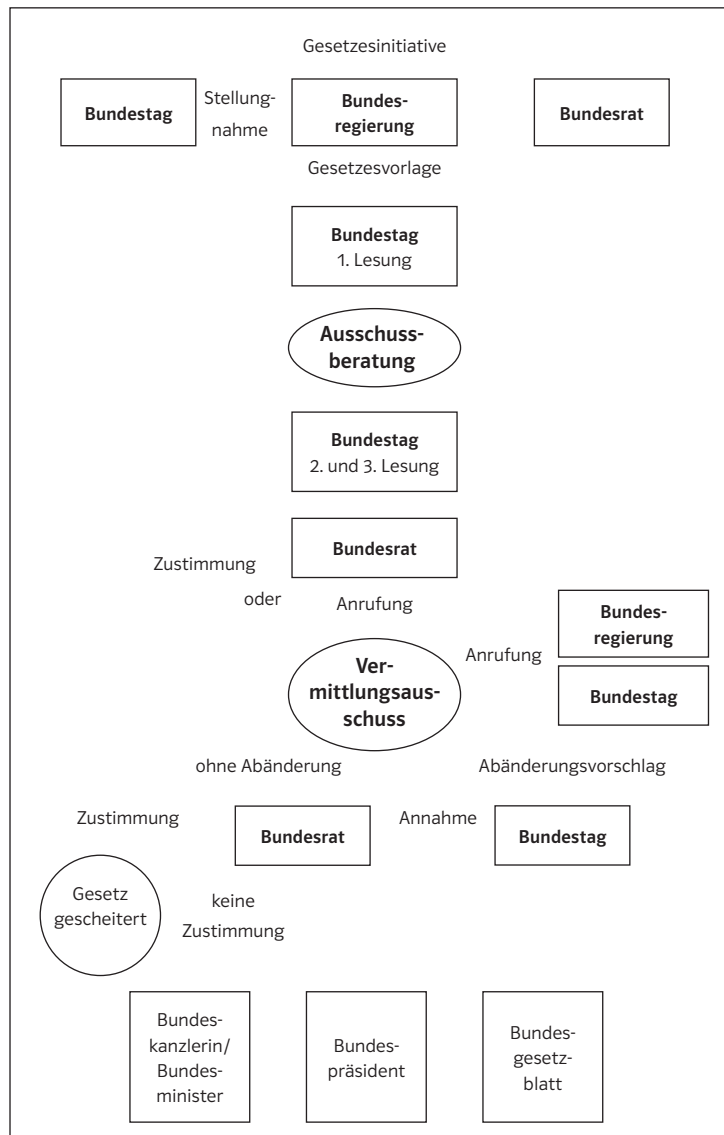
A1 Streit um eine missglückte Reform?

Zeigen Sie am Fallbeispiel der Hartz-IV-Reform den Prozess der Gesetzgebung bei einem Zustimmungsgesetz auf, indem Sie beschriftete Pfeile in die Skizze einfügen. Nutzen Sie dafür eine Chronik der Ereignisse und auch Ihr Schulbuch.

A2 Unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat? Erklären Sie, wie es dazu kommen kann.

Unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat kommen zustande, wenn die Mehrheitsverhältnisse in den Länderparlamenten nicht mehrheitlich der Bundestagsmehrheit entsprechen; wenn also mehr Bundesländer von Parteien regiert werden, die nicht die Bundesregierung stellen. Dann kann die Bundesregierung nicht davon ausgehen, dass ihre Gesetzesvorschläge unverändert den Bundesrat passieren.

M1 Entstehung eines zustimmungspflichtigen Bundesgesetzes



Bundeskanzlerin und Bundesregierung

Die begrenzte Macht der Exekutive

Deutschland hat ein parlamentarisches Regierungssystem mit einem schwachen Präsidenten und einer starken Kanzlerin. Im Zentrum dieses Systems steht das Zusammenspiel von Opposition und Regierungspartei. Es wird geführt von einer nach der Verfassung starken Regierungschefin, der Bundeskanzlerin. Mit der Wahl der Bundeskanzlerin durch das Parlament beginnt gleichzeitig die Bildung der Bundesregierung. Die Kanzlerin stellt sich ihr Kabinett zusammen und gestaltet – gemeinsam mit ihren Bundesministern – die Politik des Landes nach ihren Richtlinien.

Die Bundeskanzlerin verfügt über folgende Machtmittel:

- Sie legt den Zuschnitt der Bundesregierung in Ministerien und die Aufgabengebiete der Minister fest.
- Sie wählt die Bundesminister aus.
- Sie verfügt über die Richtlinienkompetenz.
- Sie verfügt gemeinsam mit dem Finanzminister über ein Vetorecht gegen Beschlüsse des Parlaments, die die im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben erhöhen oder Einnahmen vermindern sollen.
- Im Verteidigungsfall geht die Befehls- und Kommandogewalt über die Bundeswehr auf die Kanzlerin über.

A1 Wie arbeiten Kanzlerin und Kabinett in der Bundesregierung zusammen?

a) Erläutern Sie den Begriff „Richtlinienkompetenz“.

Die „Richtlinienkompetenz“ verleiht der Kanzlerin ihre herausgehobene Stellung in der Bundesregierung. Sie bestimmt die Ziele und Richtlinien der Politik.

b) Charakterisieren Sie die drei unterschiedlichen Regierungsstile im Hinblick auf die Zusammenarbeit.

Kanzlerprinzip: *Die Bundeskanzlerin bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür Verantwortung.*

Ressortprinzip: *Innerhalb der Richtlinien leitet jeder Minister sein Ressort selbstständig und in eigener Verantwortung.*

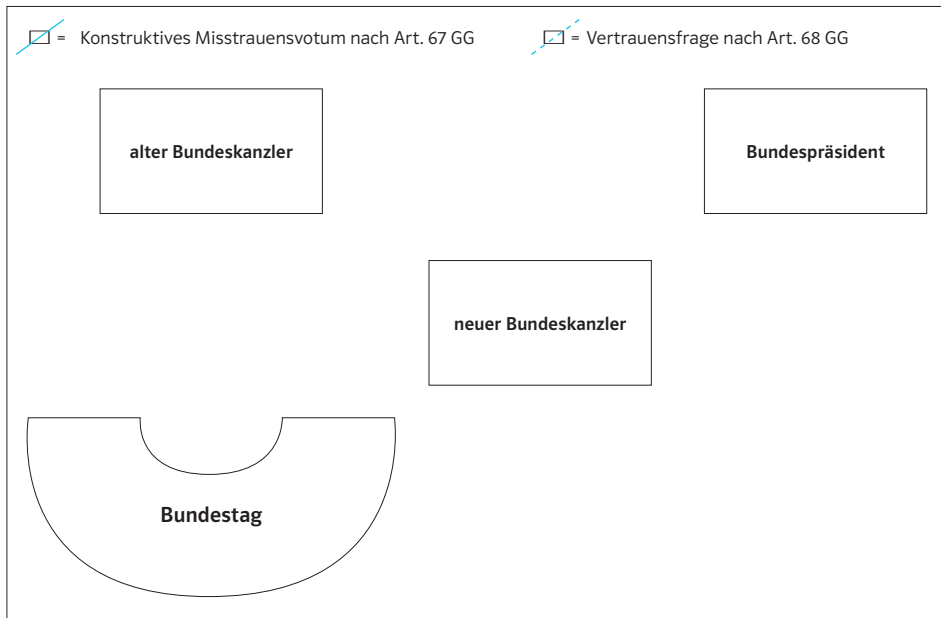
Kollegialprinzip: *Alle wichtigen Entscheidungen werden vom Kabinett kollegial gefällt. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet das Mehrheitsprinzip.*

c) Was macht die Bundeskanzlerin zur „starken Frau“ im politischen System der Bundesrepublik? Schätzen Sie ihre Stellung ein – auch im Vergleich zum Bundespräsidenten.

Während die Bundeskanzlerin über umfassende Machtmittel verfügt (es sollte auf die obige Auflistung abgehoben werden), hat der Bundespräsident v.a. staatlich repräsentative Funktionen.

A2 Wie funktioniert ein Kanzlersturz? Das Grundgesetz stärkt die Position der Kanzlerin gegenüber dem Parlament, was insbesondere die Regeln für einen Kanzlerwechsel zeigen: Ein Kanzlersturz kann nur durch Wahl eines neuen Kanzlers erfolgen, der mit absoluter Mehrheit vom Parlament gewählt werden muss („konstruktives Misstrauensvotum“).

Geraten Bundesregierung und Bundestag in einen schweren Konflikt, sieht das Grundgesetz zwei Lösungswege vor. Skizzieren Sie beide Wege mit verschiedenen Pfeilen, die Sie beschriften.



M1 Wege des Grundgesetzes

A3 Wie sieht die politische Wirklichkeit aus? Zweimal kam es in der Geschichte der Bundesrepublik bisher zu einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen den amtierenden Kanzler, fünfmal stellten Kanzler die Vertrauensfrage. Was geschah? Recherchieren Sie arbeitsteilig (z. B. unter www.bundestag.de), notieren Sie sich Stichworte, tragen Sie die Abläufe in Ihrer Skizze ein und berichten Sie.

Konstruktives Misstrauensvotum: 1972 wurde erstmals ein konstruktives Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt versucht. Der Opposition von CDU/CSU fehlten aber zwei Stimmen zur Neuwahl ihres eigenen Kanzlerkandidaten. 1982 sprach die Opposition gegen Kanzler Helmut Schmidt ein konstruktives Misstrauensvotum aus. Seine Regierung wurde gestürzt, Helmut Kohl zum Kanzler gewählt.

Vertrauensfrage: Willy Brandt stellte 1972 die Vertrauensfrage. Sein Ziel war es, diese Abstimmung zu verlieren und Neuwahlen herbeizuführen, um dadurch die „Ostpolitik“ zu legitimieren. Zur Bestätigung seiner umstrittenen Politik stellte Bundeskanzler Helmut Schmidt im Februar 1982 die Vertrauensfrage, die er gewann.

1982 wollte Bundeskanzler Helmut Kohl durch eine verlorene Vertrauensfrage Neuwahlen initiieren. Damit sollte seine Kanzlerschaft bestätigt werden, die er über das erfolgreiche konstruktive Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt erlangt hatte.

Zur Absicherung des Beschlusses, erstmals die Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes einzusetzen, ließ sich Kanzler Gerhard Schröder das Vertrauen des Parlamentes aussprechen.

Zur Herbeiführung von Neuwahlen ließ sich Kanzler Schröder 2005 das Vertrauen entziehen.

Der Bundespräsident

An der Spitze der Exekutive in Deutschland stehen die Bundeskanzlerin als Regierungschefin und der Bundespräsident als Staatsoberhaupt. In anderen Ländern – z. B. mit einer Präsidialdemokratie wie in den USA – ist der Präsident zugleich Regierungschef und Staatsoberhaupt. Anders in Deutschland. Nach den Erfahrungen der Weimarer Republik stattete das Grundgesetz den Bundespräsidenten mit erheblich geringerer politischer Macht aus, als sie der Reichspräsident hatte. Im Unterschied zum Reichspräsidenten der Weimarer Republik wird der Bundespräsident nicht vom Volk gewählt, sondern von der Bundesversammlung. Diese besteht aus den Bundestagsabgeordneten und einer gleichen Anzahl von Vertretern der Landtage. Im Wesentlichen ist der Bundespräsident der oberste Repräsentant und eine Art „Staatsnotar“ der Bundesrepublik, der die Gesetze ausfertigt.

A1 Der Bundespräsident wird nicht vom Volk gewählt, sondern von der Bundesversammlung. Erklären Sie die politischen Absichten, die hinter dieser Regelung stecken:

- im Blick auf die Machtverteilung zwischen Bund und Ländern: Die Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählt, besteht aus den Bundestagsabgeordneten und einer gleichen Anzahl Vertreter der Landtage. Das unterstreicht die Machtverteilung zwischen Bund und Ländern, also den Föderalismus.
- im Blick auf plebiszitäre Bestrebungen: Zugleich ist der Wahlmodus des Bundespräsidenten eine Absage an plebiszitäre Überlegungen – aus der historisch begründeten Angst vor Demagogen.

A2 Der Handlungsspielraum des Bundespräsidenten ist gering, aber er hat vielfältige Aufgaben im Zusammenspiel der politischen Kräfte. Vervollständigen Sie den Lückentext.

Der Bundespräsident

- vertritt als Staatsoberhaupt die Bundesrepublik im Inneren und nach außen.
- schlägt dem Bundestag einen Kandidaten zur Wahl des Bundeskanzlers vor.
- unterzeichnet Gesetze und Verträge, bevor sie in Kraft treten können.
- kann auf Vorschlag des Bundeskanzlers den Bundestag auflösen.

A3 Mehr Macht für den „schwachen Mann“ an der Spitze? Begründen Sie Ihre Meinung. Gehen Sie dabei auch auf die Konstellation in einer Präsidialdemokratie ein.

Im Präzidentialismus wie in den USA ist der Präsident zugleich Regierungschef und Staatsoberhaupt. An der Spitze der Exekutive in Deutschland stehen hingegen zwei Personen: die Bundeskanzlerin als Regierungschefin und der Bundespräsident als (repräsentierendes) Staatsoberhaupt. Im parlamentarischen Regierungssystem, das im Grundgesetz festgelegt ist, ergibt sich die Machtverteilung aus der Zusammensetzung des gewählten Parlaments selbst, dessen Mitglieder entsprechend der Mehrheitsverhältnisse die Regierung bilden. In Deutschland gibt es für dieses System v.a. historische Gründe.

Föderalismus – schwerfällig oder innovativ?

A1 Wer macht was? Bund, Länder und Kommunen haben unterschiedliche Aufgaben. Informieren Sie sich über die Kompetenzverteilung. Machen Sie Ihr Kreuz an der richtigen Stelle.

Fallbeispiele	Bund	Land	Kommune
1. Die Polizei benötigt neue Motorräder.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Neue Personalausweise sollen ausgestellt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
3. Ein neuer Kindergarten soll gebaut werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
4. Die Bundeswehr benötigt neue Lazarettflugzeuge.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Der Mindestlohn soll für alle Branchen eingeführt werden.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. Ein Unternehmen benötigt eine Baugenehmigung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
7. Zwischen Kassel und Halle wird eine Autobahn gebaut.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8. Die Deutsch-Dänische Universität entsteht in Schleswig.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9. Eine neue Strafvollzugsanstalt wird in Dresden gebaut.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

A2 Woher stammt das Geld? Informieren Sie sich über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen und ordnen Sie ihnen die folgenden Steuerarten zu: *Mineralölsteuer, Hundesteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Biersteuer, Tabaksteuer, Umsatzsteuer, Stromsteuer, Lohn- und Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Hundesteuer – manche Steuern kommen anteilig Bund, Ländern und Kommunen zugute.*

Ebene	Steuerarten
Bundesebene	<i>Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Umsatzsteuer, Körperschaftssteuer, Lohn- und Einkommenssteuer, Stromsteuer</i>
Landesebene	<i>Kraftfahrzeugsteuer, Biersteuer, Umsatzsteuer, Körperschaftssteuer, Lohn- und Einkommenssteuer</i>
Kommunale Ebene	<i>Hundesteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Hundesteuer, Lohn- und Einkommenssteuer</i>

A3 Umstrittener Föderalismus! Erstellen Sie eine Pro-/Kontra-Tabelle mit den wesentlichen Argumenten zur Föderalismusdiskussion.

pro Föderalismus	kontra Föderalismus
<ul style="list-style-type: none"> → Wettbewerb zwischen Ländern/Kommunen führt zu Innovationen → Machtkontrolle durch Gewaltenteilung → Transparenz politischer Entscheidungen durch Bürgernähe/ Bürgerbeteiligung → Förderung lokaler und regionaler Interessen → politische, wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt durch Polyzentrismus → Reserve an politischem Führungspersonal 	<ul style="list-style-type: none"> → unterschiedliche Regelungen der Bundesländer führen zu Problemen, z.B. Schulwechsel → Schwerfälligkeit der Entscheidungsfindung → komplexes System der Gesetzgebung ist für Bürger undurchsichtig → Förderung von Lokalegoismen → 16 Landesregierungen, -parlamente und -verwaltungen sind teurer als ein Zentralstaat → unterschiedliche Lebensverhältnisse

Wahlen zum Deutschen Bundestag

Grundwissen Wahlen

A1 Unterscheiden Sie zwischen aktivem und passivem Wahlrecht.

Das aktive Wahlrecht ist das Recht, wählen zu dürfen (bei Volljährigkeit).

Das passive Wahlrecht ist das Recht, wählbar zu sein, also sich bei einer Wahl als Kandidatin zu stellen.

A2 Nennen und erklären Sie kurz die fünf Wahlgrundsätze, nach denen in Deutschland gewählt wird.

Allgemein: Alle wahlberechtigten Bürger dürfen ohne Ausnahme wählen. Unmittelbar: Alle Entscheidungen fallen in direkter Wahl ohne Zwischeninstanz, wie Wahlmänner. Frei: Es gibt keine Wahlpflicht. Gleich: Jede Stimme zählt gleich viel.

Geheim: Die Wahl ist vor Beobachtern geschützt (Wahlumschläge, Wahlkabinen).

A3 Erläutern Sie in Grundzügen das Verhältnis- und das Mehrheitswahlssystem.

Verhältniswahl: Gewählt werden mit der Zweitstimme Parteilisten mit Kandidaten; die Sitzverteilung/Mandate der Parteilisten entspricht den Stimmenanteilen.

Mehrheitswahl: Es wird unterschieden zwischen relativer und absoluter Mehrheitswahl. Bei Letzterer braucht der Kandidat mindestens 50% der Stimmen. Bei relativer Mehrheitswahl reicht die meiste Anzahl an Stimmen. Die Hälfte der Abgeordneten des Deutschen Bundestages wird in den 299 Wahlkreisen über dieses relative Mehrheitswahlssystem mit der Erststimme gewählt.

A4 Stellen Sie Vor- und Nachteile der beiden Wahlsysteme einander gegenüber.

Mehrheitswahl	Verhältniswahl
<ul style="list-style-type: none"> + enger Bezug der Abgeordneten zu ihrem Wahlkreis + klare Mehrheiten 	<ul style="list-style-type: none"> + Sitzverteilung spiegelt das Meinungsspektrum der Wählerinnen + auch kleine und neue Parteien haben eine Chance
<ul style="list-style-type: none"> - kaum Chancen für neue und kleinere Parteien - Wahlergebnis repräsentiert nicht unbedingt den Wählerwillen 	<ul style="list-style-type: none"> - Regierungsbildung wird schwieriger (Koalitionen notwendig) - Beziehung der Abgeordneten zu ihren Wählern ist unverbindlich locker

A5 Prüfen Sie an einem Rechenbeispiel, wie unterschiedlich sich die beiden Wahlsysteme auf die Sitzverteilung in einem Parlament auswirken können:

Wahlkreis	abgegebene Stimmen	entfallen auf Partei:				Wahlkreissieger
		A	B	C	D	
1	50	7	13	24	6	C
2	50	13	21	12	4	B
3	50	21	17	4	8	A
4	50	18	15	11	6	A
5	50	22	20	3	5	A
6	50	8	31	4	7	B
7	50	28	6	10	6	A
8	50	26	3	18	3	A
9	50	19	18	11	2	A
10	50	38	6	3	3	A

Partei	abgegebene Stimmen	Stimmenanteil in Prozent
A	200	40
B	150	30
C	100	20
D	50	10

Verhältnswahl: ermittelt werden die Anteile der abgegebenen Stimmen.

Relative Mehrheitswahl: ermittelt werden die Wahlkreissieger.

Ein Parlament mit zehn Sitzen soll gewählt werden. Die Parteien A, B, C und D stellen sich zur Wahl, insgesamt werden 500 Stimmen abgegeben. Schauen Sie sich das Wahlergebnis an und errechnen Sie die Sitzverteilung jeweils einmal nach dem Mehrheits- und nach dem Verhältnswahlrecht. Was fällt auf?

Sitzverteilung nach dem relativen Mehrheitsrecht im Modell: $A = 7, B = 2, C = 1, D = 0$

Sitzverteilung nach dem Verhältnswahlrecht im Modell: $A = 40\%$ bzw. 4, $B = 30\%$ bzw. 3, $C = 20\%$ bzw. 2,

$D = 10\%$ bzw. 1.

Es fällt auf, dass je nach Wahlrecht eine deutlich andere Sitzverteilung erfolgt. Das relative Mehrheitswahlrecht betont die Mehrheit, das Verhältnswahlrecht repräsentiert die Minderheiten stärker.

A6 Der Deutsche Bundestag wird nach den Regeln der personalisierten Verhältnswahl zusammengesetzt – allerdings mit einigen Besonderheiten. Erläutern Sie diese personalisierte Verhältnswahl.

Die personalisierte Verhältnswahl ist ein kombiniertes Verfahren aus relativer Mehrheitswahl und Verhältnswahl. Jeder Wähler hat zwei Stimmen: Die erste für einen Wahlkreiskandidaten (relative Mehrheitswahl), die zweite für die Parteiliste (Verhältnswahl).

Die Zweitstimme entscheidet über die Zahl der gewonnenen Mandate. Jeder Kandidat, der ein Direktmandat in einem Wahlkreis gewinnt, ist ebenfalls gewählt. Die übrigen Mandate erhalten Listenkandidaten. Die Fünfprozentklausel schließt jene Parteien aus, die bundesweit nicht mindestens 5% der Zweitstimmen oder drei Direktmandate erhalten haben.

Parteien und ihre Programme


A1 Parteien als „Sprachrohr des Volkes“? Nennen Sie vier wichtige Aufgaben von Parteien in der Demokratie.

→ Beteiligung an Wahlen

→ politische Einflussnahme in Parlamenten

→ Übernahme politischer Ämter von Parteipolitikerinnen

→ Öffentlichkeitsarbeit

A2 Parteien als Programm-Macher? Ermitteln Sie die Vorstellungen der Parteien zum Thema (berufliche) Bildung oder zu einem anderen Thema, das Sie interessiert. Im Internet – z. B. auf den Seiten der Bundeszentrale für politische Bildung – findet man Hilfestellungen, um Partei- und /oder Wahlprogramme zu vergleichen. → 

	Thema:
Union:	Partei- und/oder Wahlprogramme im Vergleich: Gruppenarbeit je nach Interesse und aktueller
SPD:	politischer Lage.
Bündnis 90/Die Grünen:	
Die Linke:	

A3 Parteien als Chance, politisch mitzumischen?

a) Zählen Sie auf, welche Möglichkeiten die Mitgliedschaft in einer Partei bietet.

→ für die Ziele der Partei eintreten

→ auf die Programmgestaltung Einfluss nehmen

→ selbst für politische Ämter kandidieren

→ Ämter übernehmen

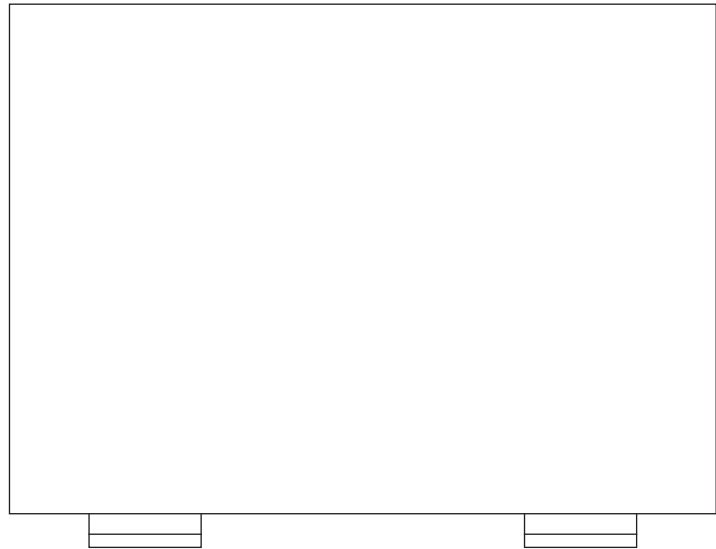
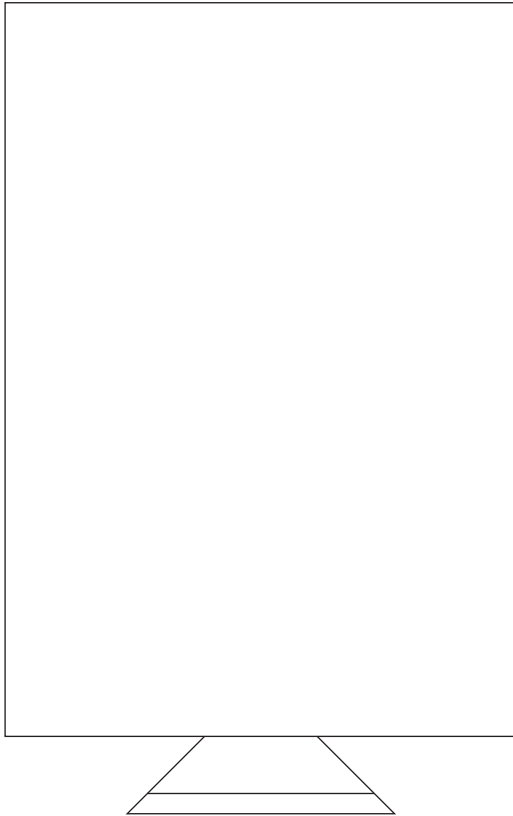
b) Können Sie sich vorstellen, Mitglied in einer Partei zu werden? Begründen Sie.

individuelle Schülerlösung

c) Hätten Sie Ideen für die Gründung einer neuen Partei? Notieren Sie einige hier und diskutieren Sie sie in Ihrer Klasse.

individuelle Schülerlösung

Wahlkampf – alles wahr?



A4 Parteien im Wahlkampf

a) Wozu dienen Wahlkämpfe? Nennen Sie zwei wichtige Funktionen.

→ die eigenen Parteimitglieder motivieren und zusammenhalten

→ unentschlossene Wählerinnen zur Stimmabgabe gewinnen

b) Mit welchen Aussagen aus ihren aktuellen Partei- bzw. Wahlprogrammen würden Sie den Parteien raten, in den Wahlkampf zu ziehen? Entwerfen Sie entsprechende Slogans und/oder gestalten Sie ganze Wahlplakate.

c) Wie würden Sie selbst für Ihre neue Partei werben? Entwerfen Sie zu zweit Ihre Wahlkampfstrategie und zwei passende Plakate.

b) und c) Wahlkampflogos und -plakate gestalten:

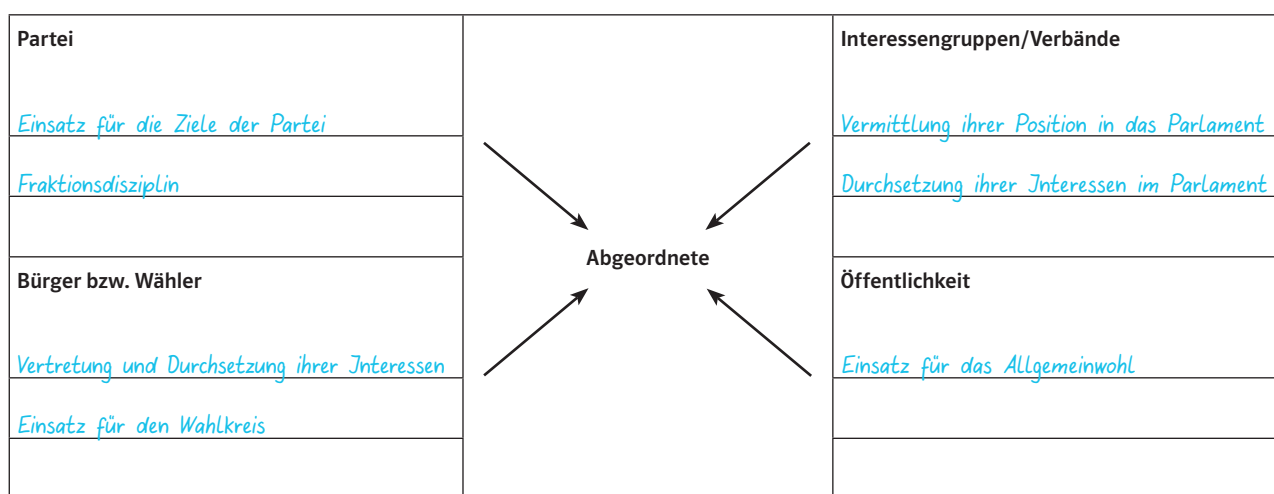
Intendiert sind konzeptionelle und kreative Arbeitsergebnisse der Schülerinnen und Schüler auf der Grundlage eigener Recherchen (Aufg. 2) und eigener Überlegungen (Aufg. 3).

Abgeordnete unter Druck

Die Vertreter des Volkes

Alle vier Jahre werden die Wähler aufgerufen, den Deutschen Bundestag neu zusammenzusetzen. Die gewählten **Abgeordneten** vertreten das Volk, sie sind Gesetzgeber und sie wählen den Bundeskanzler. Weil Regierung und Opposition in modernen Demokratien von Parteien gestellt werden, prägt der Parteienwettbewerb ihre Arbeit und die Entscheidungsprozesse im Parlament. Als Vertreter des Volkes sind sie ihren Wählern und ihrem Gewissen verpflichtet, als Mandatsträger ihrer Partei, zugleich aber auch der Parteilinie. Abstimmungsverfahren im Bundestag sind nicht alltäglich, der Arbeitsalltag eines Abgeordneten spielt sich vielmehr in einem der mehr als 20 Ausschüsse des Parlaments ab.

A1 Unter Erwartungsdruck? Welchen Erwartungen müssen Abgeordnete gerecht werden? Tragen Sie die wichtigsten hier ein:



A2 In Arbeitsteilung? Der Deutsche Bundestag ist ein „Arbeitsparlament“ – im Unterschied zu einem klassischen „Redeparlament“. Erklären Sie mithilfe dieser Begriffe, wie und wo sich der wichtigste Teil der Arbeit eines Abgeordneten abspielt.

→ Das Leben des Abgeordneten spielt sich in seiner Fraktion ab. Sie entscheidet darüber, in welchen Parlamentsausschuss er entsandt wird. Er hat sich dafür auf einem Fachgebiet qualifiziert.

→ In den Ausschüssen geschieht die hauptsächliche Abgeordnetentätigkeit. Hier werden die politischen Probleme diskutiert und gesetzliche Regelungen vorbereitet.

A3 Unter Fraktionszwang? In den Parteien des Deutschen Bundestags herrscht „Fraktionsdisziplin“. Erklären Sie, was das für einen Abgeordneten bedeutet.

→ Er ist als Abgeordneter Teil einer (Partei/Parlaments-)Fraktion, die daran interessiert ist, geschlossen aufzutreten und abzustimmen.

→ Die Fraktion verlangt in der Regel (Ausnahme: Freigabe der Abstimmung aus Gewissensgründen), dass der/die Abgeordnete der Fraktionslinie folgt.

Umfrage: Abgeordnete fühlen sich machtlos

Sie sind als Volksvertreter in Bundestag, Landtage oder Stadtparlamente gewählt, um das Land mitzugestalten und Entscheidungen zu treffen. Doch Umfragen zufolge fühlen sich die meisten Abgeordneten machtlos und sehen vor allem die Bürger als Motor für gesellschaftliche Veränderungen. „Wir können nicht wirklich viel bewegen“, hört man immer wieder.

A4 Wirklich machtlos?

a) Nehmen Sie Stellung zu den Umfrageergebnissen (s.o.).

Welche Gründe vermuten Sie hinter dem Gefühl der Machtlosigkeit?

Der Abgeordnete fühlt sich machtlos, weil

→ er der Fraktionsdisziplin unterworfen ist,

→ er keine eigenen Entscheidungen fällen kann,

→ die politischen Themen durch die Öffentlichkeit und den

Bürger bestimmt werden.

Der Abgeordnete ist nicht machtlos, weil

→ er relativ frei über sein Mandat verfügen kann,

→ er über Gesetze entscheiden und damit die gesellschaftliche

Wirklichkeit mitgestalten kann.

In dem Gefühl der Machtlosigkeit kommen die Spannungen zwischen repräsentativen und direkten Elementen der Demokratie sowie zwischen dem freien und dem imperativen Mandat zum Ausdruck. Aufgabe des Abgeordneten ist es, seine Wähler zu repräsentieren und ihre Interessen zu vertreten, die Partei zu repräsentieren und letztlich seinem Gewissen zu folgen.

b) Interpretieren Sie die Karikatur mithilfe Ihrer Arbeitsergebnisse.

M1 Interessenvertretung im Parlament

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

Beschreibung: Ein im Plenum redender Abgeordneter trägt den Namen Meyer-Volkswagen. Er wird gefragt, ob der Abgeordnete Bayer-Siemens eine Zwischenfrage stellen kann.

Kernaussage der Karikatur: Die Abgeordneten werden als Vertreter bestimmter Interessen, in diesem Fall von Industrieinteressen, dargestellt.

Bewertung: (individuelle Schülerlösung) Abgeordnete müssen aufpassen, dass sie von ihren Wählern nicht als reine Lobbyisten wahrgenommen werden.

Massenmedien – unentbehrlich für die Demokratie?

Die heutigen Massenmedien arbeiten im politischen Prozess zwischen dem Staat auf der einen und seinen Bürgern auf der anderen Seite. Sie vermitteln zwischen beiden. Politische Entscheidungen werden „von oben nach unten“ verständlich gemacht, politische Interessen und Meinungen „von unten nach oben“ mitgeteilt und diskutiert.

Für eine Demokratie ist dieser Kommunikationsfluss von großer Bedeutung. Funktioniert er nicht, fühlen sich die Bürger vor Ort von den Politikern in ihren Ämtern nicht mehr gut vertreten und verweigern ihnen schließlich die Zustimmung zu ihren Entscheidungen.

Laut Grundgesetz (Art. 5) sollen die Medien zu Meinungsbildung und Meinungsvielfalt in der Gesellschaft beitragen. Für diese wichtige Aufgabe können sie sich auf das Recht der Pressefreiheit berufen und vollkommen frei berichten, worüber und wie sie es wollen.

A1 Wir leben mit Medien

a) Wie viele Minuten nutzen Sie täglich die folgenden Medien? Führen Sie ein bis zwei Wochen lang Buch darüber. Notieren Sie Ihre Ergebnisse hier.

- Zeitungen: individuelle Schülerlösung
- Internet: _____
- Hörfunk: _____
- Fernsehen: _____

Diese Medien nutze ich auch für politische Information.

Dieses Medium halte ich für besonders glaubwürdig.

Nutzen Sie farbige Markierungen.

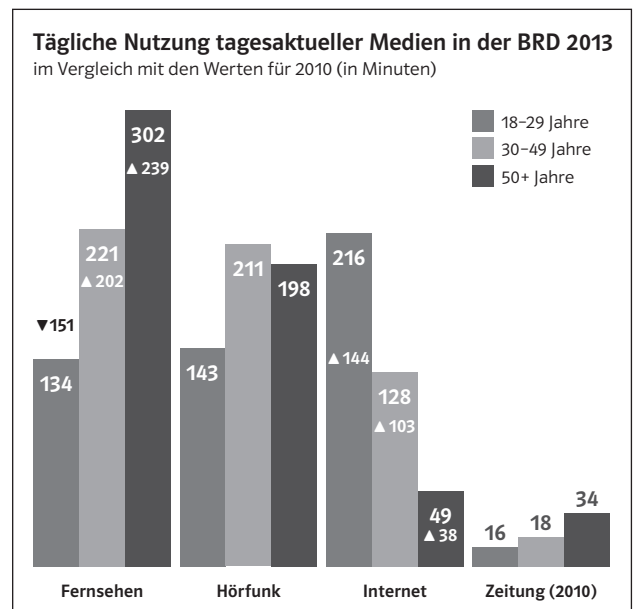
b) Vergleichen Sie Ihre Angaben mit denen der Grafik. Liegen Sie im Durchschnitt?

individuelle Schülerlösung

c) Versuchen Sie, sich Ihr Leben ohne Medien vorzustellen, und beschreiben Sie einen möglichen Tagesablauf.

individuelle Schülerlösung

M1 Mediennutzung



Quelle: ARD/ZDF Langzeitstudie Massenkommunikation 2010, ARD/ZDF-Onlinestudie 2013, ma2013/I

A2 Medien stehen unter Konkurrenzdruck . . .**a) Wer oder was hat erfolgreich Ihr Interesse geweckt?**

Notieren Sie hier – während Sie Ihr Medientagebuch führen –, auf welche Nachrichten oder Bilder Sie besonders aufmerksam wurden. Stellen Sie das Ergebnis Ihrer Klasse vor.

a) und b) individuelle Schülerlösung

b) Von welchem Nutzen sind diese Informationen und Bilder für Sie? Diskutieren Sie diese Frage an einigen Beispielen.

A3 . . . auch Politiker stehen unter Konkurrenzdruck.

Beschreiben Sie, welche Gefahren bestehen, wenn sich Medien und Politiker zu eng zusammentun:

• für die Medien selbst:

Sie werden nicht mehr als unabhängig wahrgenommen;

sie verlieren Vertrauen;

sie büßen ihre Rolle als kritische Instanz ein.

• für die Mediennutzer:

Sie können sich nicht mehr auf die kritische Funktion der Medien verlassen;

sie können nicht mehr auf die Unabhängigkeit der Medien vertrauen.

• für die Politiker:

Sie liefern sich den medialen Spielregeln aus;

sie machen sich abhängig von ihrer medialen Wirkung;

sie vermischen Medien und Politik.

Bürgerinitiativen


In einer repräsentativen Demokratie werden unmittelbare politische Entscheidungen durch gewählte Abgeordnete in Parlamenten getroffen. Dennoch gibt es auch hier Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, neben der Ausübung ihres Wahlrechts direkt mitzubestimmen. Ausgangspunkt dafür sind häufig Bürgerinitiativen (BI) als lockere und zeitlich begrenzte Zusammenschlüsse – meist ausgehend von einem konkreten Anlass – zur Erreichung oder Verhinderung bestimmter Ziele, Maßnahmen, Entwicklungen. Dazu üben sie Druck auf die politischen Entscheidungsträger aus, tragen ihr Anliegen in die Öffentlichkeit und versuchen diese zu mobilisieren oder führen gerichtliche Prozesse.

A1 Bürgerinitiativen – einflussreich? Fassen Sie die mit der Gründung einer BI einhergehenden Möglichkeiten und Grenzen einer politischen Einflussnahme zusammen.


Eine BI bietet die Möglichkeit, auf wahrgenommene Missstände oder politisch zu bearbeitende Probleme hinzuweisen und kann so ein Korrektiv der repräsentativen Demokratie sein; andererseits kann sie nur aufmerksam machen, nicht entscheiden: Das bleibt nach wie vor den Parlamenten vorbehalten. Auch bilden sich häufig (wie auch in den beiden Beispielen unten) Gegeninitiativen, die der Vorstellung einer einheitlichen „Bürgermeinung“ zuwiderlaufen.

M1 Demonstration gegen „Stuttgart 21“

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A2 Bürgerinitiativen – ein Begriff, viele Gesichter. Das Bild (M1) verweist auf eine BI, die bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte: das „Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21“. Informieren Sie sich im Internet über die Ziele, die Mittel und die öffentliche Resonanz der BI. Recherchieren Sie weitere Bürgerinitiativen bundesweit oder in Ihrer Heimatregion. Stellen Sie Vergleiche an und diskutieren Sie die jeweiligen Anliegen in der Klasse. → 

*individuelle
Schülerlösung*

A3 Bürgerinitiativen – wichtig oder gefährlich? Sammeln Sie ausgehend von den Beispielen (Rechercheergebnis aus Aufgabe 2) verschiedene Argumente zu den Chancen und Risiken von BI. Diskutieren Sie in Ihrer Klasse, unter welchen Bedingungen Sie sich einer BI anschließen würden. → 

Volksbegehren und Volksentscheid

In einigen Landesverfassungen gibt es das bereits. Am Anfang steht eine Unterschriftensammlung, das Volksbegehren. Ist sie erfolgreich, wird abgestimmt. So ist in Bayern durch Volksentscheid ein konsequenter Nichtraucherschutz eingeführt worden. In Hamburg wurde eine Schulreform durch Volksabstimmung gekippt. In Baden-Württemberg sieht die Verfassung eine Volksabstimmung in Streitfällen wie „Stuttgart 21“ vor – allerdings unter hohen rechtlichen Hürden. Parteiübergreifend wird eine Verfassungsänderung für eine erleichterte Bürgerbeteiligung angeregt (Stand 8/2014).

Die Landesregierung war deshalb zunächst zu einem Schlichtungsverfahren zwischen Gegnern und Befürwortern bereit, das 1,5 Mio. Bürger im Fernsehen anschauten. Aber die Gegensätze zwischen den Standpunkten blieben unüberbrückbar. Schließlich kam es nach einem Regierungswechsel und dem Zustandekommen notwendiger Mehrheiten am 27.11.2011 zu einer Volksabstimmung über eine Gesetzvorlage der Regierung zu „S21“.

A1 Bessere Politik durch mehr Beteiligung der Bürger?

a) Hat der Volksentscheid die Wogen im Fall „Stuttgart 21“ geglättet? Informieren Sie sich.

Die Volkabstimmung hatte eine hohe Beteiligung. Die Mehrheit stimmte gegen den Ausstieg des Landes aus der Finanzierung von „S21“ und somit für das Projekt. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich also direkt-demokratisch entschieden. Das Projekt gewinnt damit mehr Legitimation und den Gegnern von „S21“ wird zumindest die Akzeptanz der Entscheidung erleichtert. Insofern ein Erfolg für alle Beteiligten.

b) Wer stimmte ab? Alle Bürger von Baden-Württemberg oder nur die Stuttgarter? Begründen Sie Ihre Entscheidung.

Volksbegehren und Volksentscheid sind (bisher) Elemente der Länderverfassungen und beziehen sich jeweils auf das gesamte Bundesland. Ließe man nur die Bürger vor Ort abstimmen, wäre es schwierig, Entscheidungen durchzusetzen, bei denen für das Allgemeinwohl Einzelinteressen zurückstehen müssten.

c) Lösen Volksbegehren und Volksentscheide eher Probleme oder schaffen sie neue? Wägen Sie ab mithilfe eines Beispiels.

Die Lösung eines politischen Problems zieht meist weitere nach sich (Politikzyklus). Wichtig ist, dass durch direkte Formen der Beteiligung die Bürger auch in einer repräsentativen Demokratie das Gefühl haben, politische Entscheidungen selbst verbindlich mitzutragen. Gerade wenn durch neue Regelungen neue Probleme entstehen (wie bei der Hamburger Schulreform oder dem bayerischen Rauchverbot) lassen sich „beteiligte“ Bürger besser einbinden und dazu motivieren, weiter mitzuarbeiten und mitzudenken.

d) Auf welchen politischen Ebenen sollten Volksbegehren und Volksentscheide eingeführt werden? Nur auf Gemeinde- und Länderebene oder auch im Bund? Begründen Sie.

Wenn verstärkt Elemente der direkten Demokratie eingeführt werden sollen, dann müsste diskutiert werden, ob dies für alle politischen Ebenen gelten soll. Einerseits würde dadurch die Akzeptanz dieses Mittels wahrscheinlich steigen, weil es nicht als „Spielwiese“ diffamiert werden könnte. Andererseits müssten wahrscheinlich die möglichen Themen und Gegenstände von Volksbegehren und Volksentscheid je nach politischer Ebene differenziert werden.

A2 Bessere Politik durch bessere Repräsentation der Bürgerschaft? Interpretieren Sie die Karikatur.

a) Beschreiben Sie, was zu sehen und was zu lesen ist.

→ Zwei Personen (wahrscheinlich Bürger) betrachten die neue Inschrift am Reichstagsgebäude: „Dem deutschen Wutbürger“ (statt: „Dem deutschen Volke“).

→ Eine Person sagt: „Wir dachten, ein bisschen mehr direkte Demokratie sollte schon sein.“

b) Arbeiten Sie die Kernaussage der Karikatur heraus.

→ Statt mehr direkte Demokratie zu praktizieren, ändern die Politiker nur eine Inschrift – eine symbolische Handlung ohne Auswirkungen. Die „Repräsentanten der Bürger“ im Reichstag wollen nicht mehr direkte Politik.

c) Notieren Sie zwei Fragen, die sich aus der Kernaussage für Sie ergeben.

→ Wie kann man die Politiker bewegen, mehr direkte Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger einzuführen?

→ Wie viel direkte Demokratie ist überhaupt sinnvoll in komplexen modernen Gesellschaften?

M1 Repräsentative Demokratie

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A3 Chancen und Risiken von mehr bürgerschaftlicher Beteiligung. Politische Rechte bieten Chancen; sie können aber auch missbraucht werden. Nennen Sie Chancen und Möglichkeiten des Missbrauchs, wenn die Bevölkerung mehr Mitwirkungsrechte hat.

Chancen	Risiken
→ Die Akzeptanz politischer Entscheidungen wird erhöht.	→ Das Volk ist verführbar (Gefahr des Populismus).
→ Die Menschen werden an Problemlösungen beteiligt.	→ Die politischen Probleme sind zu komplex für Ja/Nein-Entscheidungen.
→ Die Bürgerschaft informiert sich besser.	→ Aktive Minderheiten können Sonderinteressen durchsetzen.
→ Die Bürgerschaft identifiziert sich wieder mit der Politik.	→ Volksentscheide täuschen darüber hinweg, dass Politik Kompromissbereitschaft erfordert.

Gewerkschaften im Wandel

Gewerkschaften in Europa sind zumeist aus der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts hervorgegangen. Sie kämpften für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten und mehr Mitbestimmung im Betrieb.

Der Wandel der Arbeitswelt stellte sie vor neue Herausforderungen. Unter dem Druck der Globalisierung gerieten sie in die Defensive. Sie hielten sich bei Tarifverhandlungen jahrzehntelang zurück, um Arbeitsplätze nicht durch steigende Lohnkosten zu gefährden. Auch in der Wirtschaftskrise war man, um Entlassungen zu verhindern, zu tariflichen Zugeständnissen bereit.

A1 Wohin geht die Entwicklung und warum?

a) Notieren Sie drei auffällige Trends aus der Tabelle.

→ In Skandinavien steigt der hohe Organisationsgrad der

Beschäftigten weiter an.

→ In den klassisch liberalen Volkswirtschaften wie den USA

und Großbritannien sinkt der Organisationsgrad.

→ In Deutschland sinken die Mitgliederzahlen deutlich nach

einer stabilen Phase bis 1980.

b) In Skandinavien verwalten die Gewerkschaften die Arbeitslosenkassen. Erläutern Sie, wie sich dies in den Mitgliedszahlen niederschlägt?

Es besteht für die Beschäftigten ein starker Anreiz zur Gewerkschaftsmitgliedschaft.

c) In den aufgeführten Ländern haben Tarifverträge sehr unterschiedliche Bedeutung. Stellen Sie begründete Überlegungen an, wie das Verhältnis zwischen gewerkschaftlichem Organisationsgrad und tariflicher Bindung ist.

In vielen europäischen Ländern besteht eine enge Korrelation zwischen gewerkschaftlichem Organisationsgrad und tariflicher Bindung.

Als Grund kann man vermuten, dass in den meisten „alten“ europäischen Ländern der branchenbezogene Flächentarifvertrag das wichtigste Element der nationalen Tarifvertragssysteme ist und eine Tarifbindung (nur) für Gewerkschaftsmitglieder besteht. Die tarifliche Bindung wird höher liegen als die gewerkschaftliche, wenn die Möglichkeit besteht, Tarifverträge auch auf nicht verbandsgebundene Unternehmen auszuweiten.

d) Welche Gründe vermuten Sie für die Entwicklung in Deutschland?

Die Sozialpartnerschaft hat in Deutschland immer eine große Rolle gespielt. Unter dem Druck von Globalisierung, Rationalisierung und Sozialstaatskrise verzichteten die Gewerkschaften auf harte Verteilungskämpfe. Traditionelle sozialreformerische Strategien passten nicht mehr in die moderne Arbeitswelt mit dem stark wachsenden Dienstleistungssektor. Insgesamt besteht in Deutschland der Trend, dass die Großorganisationen (wie auch Parteien und Kirchen) Mitglieder verlieren.

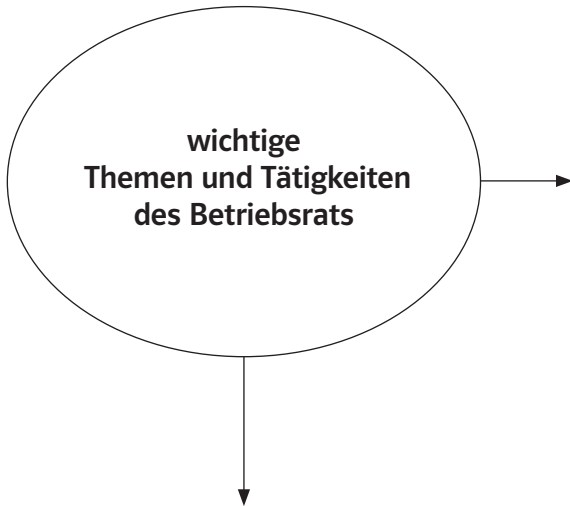
M1 Gewerkschaftlicher Organisationsgrad westlicher Länder

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

Betriebsrat – Interessenvertretung der Beschäftigten

A1 Wozu gibt es Betriebsräte?

a) Recherchieren Sie nach Themen und Tätigkeiten des Betriebsrates. Fertigen Sie einen möglichst vollständigen Überblick an.



Ein Betriebsrat vertritt die Interessen der Beschäftigten und verfügt über umfangreiche Mitbestimmungs-, Initiativ- und Schutzrechte. Zu den erzwingbaren Mitbestimmungsrechten nach dem BetrVG (§ 87) gehören z.B.:

- Fragen der betrieblichen Lohngestaltung,
- Fragen der betrieblichen Ordnung und des Verhaltens von Arbeitnehmern im Betrieb,
- Regelung der Arbeitszeiten, Überstunden, Pausen, Urlaubsplanung und die Einführung von Kurzarbeit,
- Regelungen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten.

Die Erkundung der Jugendlichen wird evtl. allgemeine Aufgaben des Betriebsrats nach dem BetrVG (§ 80) ergeben wie:

- Aufnahme von Anregungen der Arbeitnehmer,
- Integration/bessere Kommunikation mit Ausländern oder Schwerbehinderten, älteren bzw. jungen Arbeitnehmern oder anderen Schutzbedürftigen im Betrieb,
- Durchführung der Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung.

b) Beschreiben Sie die Bedeutung des Betriebsrates aus Ihrer persönlichen Sicht. Mit welchen Problemen würden Sie selbst sich an diese Vertretung wenden?

individuelle Schülerlösung

Politikverdrossenheit

Mit dem Schlagwort „Politikverdrossenheit“ wird die Kluft zwischen der Bevölkerung und dem politischen System und ihren Akteuren zum Ausdruck gebracht, die sich unter anderem in geringer Wahlbeteiligung, sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien und einem von Vorurteilen geprägten Politikerimage zeigt: In aktuellen Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zu Merkmalen, die einen Politiker auszeichnen, erhielten die Aussagen „Sagt vor allem, was andere hören wollen“ (63 %) und „Ist vor allem auf den eigenen Vorteil bedacht“ (58 %) die höchsten Zustimmungswerte und bestätigen damit scheinbar das geflügelte Wort, dass „die Politik den Charakter verderbe“ (Eugen Sierke). Andererseits können der Aussage, dass es nichts bringe, sich politisch zu engagieren, „nur“ weniger als die Hälfte der Befragten zustimmen.

A1 Politikverdrossenheit: Ausdrucksformen.

Vervollständigen Sie die Aussagen der Personen in der Karikatur. Besprechen Sie miteinander, wie sich Politikverdrossenheit im Alltag zeigt.

- Politiker!?! Könn' Se vergessen! Die machen Versprechungen und halten diese nicht, diskutieren nur und handeln nicht. Sie verfolgen nur ihre eigenen Interessen und nicht die des Volkes.
- Das Volk!?! Hör'n Sie mir auf mit dem Volk!! Das hat hohe Ansprüche und meckert nur, statt sich zu engagieren, hat falsche Vorstellungen und keine Ahnung von den komplexen Problemen in einer globalisierten Welt.

M1 Zwei Sichtweisen


Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A2 Politikverdrossenheit: Ursachen und Handlungsmöglichkeiten. Benennen

Sie Ursachen von Politikverdrossenheit und überlegen Sie, wie sich die Distanz zwischen Bevölkerung und etablierter Politik verringern könnte.

mögliche Ursachen	Handlungsmöglichkeiten
→ hohe Komplexität politischer Probleme	→ Parteien sollten sich öffnen und Bürger(initiativen) stärker einbinden
→ Enttäuschung und Vertrauensverlust durch Skandale u. a.	→ politische Entscheidungen nicht als alternativlos kennzeichnen und so Diskussionen verhindern
→ fehlendes Wissen über und Verständnis von Politik	→ Bürger müssen sich besser informieren

A3 Politikverdrossene Jugend oder jugendverdrossene Politik? Besonders „die

Jugend“ wird in den Medien immer wieder als politikverdrossen dargestellt. Bereiten Sie ein Streitgespräch zu der Frage vor, ob die Jugend politikverdrossen oder die Politik „jugendverdrossen“ ist. Führen Sie das Streitgespräch in Ihrer Klasse durch. → 

Individuelle Schülerlösung. Thematisiert werden sollte, ob nicht auch Interesse und Engagement jenseits traditioneller und etablierter Strukturen politisch sind und die Diagnose statt Politik- eher Parteienverdrossenheit heißen muss. Auch der Stellenwert von Themen in der Politik, die v. a. Jugendliche betreffen, müsste geklärt werden.

Wehrhafte Demokratie

M1 Straftatenaufkommen im Bereich politisch motivierter Kriminalität (PMK)

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Formen von politischem Extremismus. Beschreiben Sie anhand der Informationen des Innenministeriums (M1) die Träger, die Formen und das Ausmaß politisch motivierter Kriminalität. Diskutieren Sie die Möglichkeiten und Grenzen, anhand einer solchen Statistik über „Extremismus“ zu sprechen.

Unterschieden wird Kriminalität, die von „links“, „rechts“ und von „Ausländern“ ausgeht. Im Jahr 2013 stiegen Straftaten von „links“ stark an (v.a. Sachbeschädigung), während Straftaten von „rechts“ leicht zurückgingen, aber auf hohem Niveau verbleiben (dabei hoher Anteil Propagandadelikte). Die Statistik ermöglicht einen Einblick in Ausmaß und Entwicklung politisch motivierter Straftaten, unterscheidet jedoch sehr pauschal, abstrahiert damit auch von unterschiedlichen Motiven und Folgen und blendet „extreme“ Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“ aus.

M2 Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A2 Ursachen für politischen Extremismus. Arbeiten Sie die Ursachen für (rechts-)extreme Einstellungen heraus, die die Autoren (M2) ansprechen. Beurteilen Sie, ob Extremismus die (fehlgeleitete) Einstellung einer kleinen Minderheit ist.

Im Text angedeutete Ursachen sind sozioökonomische Strukturprobleme, die mit Perspektivlosigkeit einhergehen, sowie fehlender Kontakt zu und damit fehlende Erfahrungen mit Migrantinnen. Rechtsextremismus ist ein verbreitetes Phänomen, das bis in die Mitte der Gesellschaft reicht und (auch) strukturelle Ursachen hat.

A3 Abwehr von politischem Extremismus. Erläutern Sie den Begriff „Wehrhafte Demokratie“ und benennen Sie mögliche Maßnahmen, die zur Abwehr von politischem Extremismus zur Verfügung stehen. Worin besteht das Dilemma?

Der Begriff „Wehrhafte Demokratie“ bezeichnet das politische System der BRD, das durch bestimmte Maßnahmen wie bspw. das Verbot von Parteien oder anderen Vereinigungen und das Verwirken von Grundrechten verfassungswidrige Bestrebungen bekämpfen und so die freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen kann. Das Dilemma besteht darin, dass der Schutz der Demokratie die Verletzung ihrer Grundlagen – die Freiheit, z.B. bestimmte Äußerungen zu treffen oder bestimmte politische Ziele zu verfolgen – rechtfertigen soll.

M3 Parteienverbot?

Aus rechtlichen Gründen befinden sich Text- und Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A4 NPD-Verbot? Fassen Sie die Positionen, die in dem Kommentar bzw. der Karikatur zum Ausdruck kommen, in jeweils einer These zusammen.

→ Ein Verbot der NPD ist ein Bekenntnis zur Demokratie und unabhängig von Wahlergebnissen gerechtfertigt, weil sie die Privilegien der Verfassung genießt, die sie bekämpft.

→ Die Demokratie in Deutschland ist gefestigt und kann die NPD, die keine bedeutende politische Größe darstellt, aushalten.

A5 Pro und kontra NPD-Verbot. Stellen Sie Argumente, die für und gegen ein Verbot der NPD sprechen, gegenüber und diskutieren Sie anschließend in der Klasse.

pro NPD-Verbot	kontra NPD-Verbot
→ programmatische Positionen der NPD sind mit dem GG unvereinbar, Verbot wäre Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit etc.	→ Demokratie muss auch demokratiefeindliche Positionen aushalten können
→ NPD bekäme keine finanziellen Mittel mehr durch den Staat (den sie bekämpft)	→ man bekämpft nur Symptome (die Partei), nicht die Ursachen für deren Erfolg
→ Rechtsextremen würde die Organisationsplattform entzogen	→ legale Partei lässt sich leichter überwachen bzw. kontrollieren

Nachhaltig wirtschaften


M1 Carotmob

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

Ursprünglich stammt die Idee der „Karottenbewegung“ aus den USA. Der Jungunternehmer Brent Schulkin zettelte den ersten Carotmob in San Francisco an. Inzwischen gibt es die Aktion in vielen Ländern.

A1 Was ist das Besondere an der Carotmob-Idee? Erläutern Sie, worin sich dieses Kaufverhalten z. B. vom wöchentlichen Einkauf im Bio-Laden unterscheidet.

Der Käufer besteht darauf, dass ein Teil seines Geldes vom Unternehmer/Händler/Produzent nachhaltig investiert wird.

A2 Was ist ein europäisches Öko-Audit-Zertifikat? Recherchieren Sie im Internet und halten Sie Ihre Ergebnisse auf einem Stichwortzettel fest. → 

Zur Verbesserung des innerbetrieblichen Umweltschutzes hat die EU ein einheitliches Öko-Audit-Verfahren geschaffen, an dem sich jede Organisation freiwillig beteiligen und ein Zertifikat erwerben kann. Damit lässt sich dann z.B. Werbung machen.

A3 Passen beide Aktivitäten für mehr innerbetrieblichen Umweltschutz zusammen? Vergleichen Sie die Grundideen, die Akteure und Erfolgchancen.

	Aktion Carotmob	Öko-Audit-Verfahren
Was ist die Grundidee?	Unternehmen sollen durch höhere Gewinne umweltfreundliche Investitionen tätigen.	Unternehmen und andere Organisationen sollen mit ihren innerbetrieblichen Umweltschutzmaßnahmen werben können.
Wer sind die Akteure?	Nachfrager und Anbieter: Die Konsumenten „organisieren“ ihren Einkauf und verpflichten die Anbieter zu nachhaltigem Umgang mit ihrem Gewinn.	Staaten und die EU vergeben das Umweltsiegel, jeder Betrieb/jede Organisation kann sich darum bewerben.
Wie schätzen Sie die Erfolgchancen ein?	Eine solche Aktion kann nicht den Klimawandel aufhalten, aber einen Denkanstoß geben, dass Kauf- und Unternehmensentscheidungen auch eine ethische Dimension haben.	Für jene, die mit dem Zertifikat werben dürfen, zahlt sich das als Wettbewerbsvorteil aus. Mgw. entsteht ein „Domino-Effekt“, wenn auch andere umweltfreundlicher produzieren.

Weniger Auto fahren

Umweltzonen

Die Entwicklung im Überblick

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kommt es jährlich weltweit zu mindestens 370 000 vorzeitigen Todesfällen, die auf eine **hohe Feinstaubbelastung** zurückzuführen sind.

Seit 1999 schreibt eine **EU-Luftqualitätsrichtlinie** die Senkung der Feinstaubbelastung in Europa vor.

Seit 2008 ermöglicht eine deutsche **Feinstaubverordnung** Städten und Kommunen, zur Einhaltung der Luftgrenzwerte in Ballungsräumen **Umweltzonen** einzurichten.

Alle Kraftfahrzeuge werden bestimmten **Schadstoffgruppen** zugeordnet (1-4). Für verschiedene Feinstaubgruppen werden verschiedenfarbige Plaketten vergeben.

Diese **Umweltplakette** muss gut sichtbar hinter der Windschutzscheibe befestigt werden.

Die Städte erarbeiten einen Stufenplan zur **Verhängung von Fahrverboten**:

Bei steigender Feinstaubbelastung kann auf der ersten Stufe ein Fahrverbot für Fahrzeuge der Schadstoffgruppe 1 (keine Plakette) verhängt werden, auf der zweiten Stufe ein Fahrverbot auch für Fahrzeuge der Schadstoffgruppe 2 (rote Plakette) und schließlich auf der dritten Stufe auch für Fahrzeuge der Schadstoffgruppe 3 (gelbe Plakette). Fahren dürfen dann nur noch Fahrzeuge der Schadstoffgruppe 4 mit grüner Plakette.

Viele deutsche Städte wie **Berlin, Leipzig, Köln, Stuttgart, Mannheim** haben inzwischen Umweltzonen eingerichtet.

A1 Was ist eine Umweltplakette? Warum und wozu wurde sie eingeführt? Welche gibt es? Was regelt sie?

Lesen Sie den oben stehenden Text und nehmen Sie im Anschluss Stellung zu der Regelung.

Die Umweltplakette wurde eingeführt, weil die Feinstaubbelastung besonders in Ballungs-

räumen und Großstädten seit Jahren steigt und zu erheblichen Gesundheitsrisiken führt.

Die EU-Luftqualitätsrichtlinie sowie die deutsche Feinstaubverordnung bilden die Grund-

lage für die Einrichtung sogenannter Umweltzonen, in denen entsprechend steigender

Luftbelastung und nach Stufen differenziert Fahrverbote verhängt werden können.

M1 Umweltplakette

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

Heftige Diskussionen

Die Einrichtung von Umweltzonen in deutschen Städten ist in der Öffentlichkeit stark umstritten. Hier eine Auswahl von Argumenten der Fürsprecher und Gegner:

- a) Die Europäische Kommission argumentiert, die aktuelle Feinstaubbelastung erhöhe die Sterblichkeitsrate in Europa.
- b) Der Verein deutscher Ingenieure hat zusammen mit der Gesellschaft deutscher Chemiker ausgerechnet, dass die Senkung der Feinstaubbelastung um $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$ die statistische Lebenserwartung in Deutschland um 7–10 Monate erhöhen würde.
- c) Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung verweist darauf, dass der Autoverkehr nach wie vor der Hauptverursacher für die Belastung mit Stickstoffdioxid und Feinstaub in den städtischen Ballungsgebieten ist.
- d) Einzelhändlerinnen in den Innenstädten beklagen Umsatzrückgänge, besonders in grenznahen Regionen.
- e) Autofahrer fühlen sich zur Kasse gebeten (die Plakette ist gebührenpflichtig) und in ihrem Aktionsradius eingeschränkt.
- f) Umweltschützerinnen fürchten, dass Autofahrern mit grüner Plakette (mehr als 90%) nun das Signal vermittelt wird, ihr Verhalten sei umweltfreundlich. Die meisten Umweltzonen wären gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar und passierbar.
- g) Autobesitzer kritisieren, es werde Druck ausgeübt, Altfahrzeuge durch neue zu ersetzen, was der Automobilindustrie neue Aufträge bringt und dem Bund Mehrwertsteuereinnahmen sichert.
- h) Bewohnerinnen einer Umweltzone fühlen sich zur Nachrüstung ihres Autos oder zur Neuanschaffung gezwungen. Können sie dies nicht bezahlen, müssen sie ihr Auto stilllegen und fühlen sich „enteignet“.

A2 Warum wird der Staat aktiv? Ordnen Sie die Argumente im Streit um die Umweltzonen in der folgenden Tabelle.

Argumente, die die Interessen von einzelnen Bürgern und Gruppen stützen:	Argumente, die die Interessen der Allgemeinheit stützen:
d), e), g), h)	a), b), c), f)

Der Staat wird aktiv, weil nichts geschehen würde, wenn man es bei Appellen an die Autofahrer belassen würde. Es ist seine Aufgabe, das Gemeinwohl über die selbstbezogenen Interessen einzelner Bürger oder Gruppen zu stellen.

A3 In welchen deutschen Städten gibt es Umweltzonen? Verschaffen Sie sich einen Überblick über den aktuellen Stand. Wie sieht es in Ihrer eigenen Umgebung aus? Eine Liste und eine Karte mit bereits eingerichteten und mit geplanten Umweltzonen finden Sie auf der Seite des Bundesumweltministeriums im Internet.

individuelle Schülerlösung

Essen mit Verantwortung

M1 Tiere essen oder was?

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Global denken – lokal handeln! Weniger Fleisch essen, um weniger Treibhausgase zu erzeugen? Was halten Sie von diesem Vorschlag? Führen Sie den „fleischlosen Donnerstag“ in Ihrer Klasse ein und notieren Sie regelmäßig Ihre Erfahrungen mit diesem Selbstversuch.

650 000 Liter Wasser und rund eine Tonne CO₂ spart ein Vegetarier jährlich ein.

Die eigene Ernährung ist ein heikles Thema. Da lässt man sich nicht gern etwas vorschreiben. Die Devise „Ist doch meine Sache, was ich esse“ ist zwar argumentativ leicht zu entkräften, eine Verhaltensänderung ist trotzdem schwer zu erreichen. Vielleicht kann man mit einem gemeinsamen Projekt wie dem „fleischlosen Donnerstag“ einen Anfang machen und zeigen, dass private Konsumentscheidungen auch eine ethische Dimension haben.

A2 Was können wir noch tun? Nennen Sie drei Möglichkeiten, sich umweltbewusster zu verhalten. Wie schwer würden Ihnen diese Umstellungen fallen?

individuelle Schülerlösung

Möglichkeit	Würde mir leicht fallen	Würde mich Überwindung kosten	Herausforderung für mich
Mit dem Fahrrad zur Schule fahren			

Energie(w)ende!?

Im März 2011 wurde in Deutschland der Atomausstieg bis 2022 gesetzlich beschlossen. Gleichzeitig sollen bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 % im Vergleich zu 1990 reduziert werden. Um diese „Energiewende“ zu erreichen, muss der Verbrauch fossiler Energien (z. B. Kohle) gesenkt und der Anteil erneuerbarer Energien (z. B. Sonnenenergie, Wind- und Wasserkraft) erhöht werden. Dafür sind hohe Investitionen in neue Techniken und den Ausbau bspw. des Stromnetzes nötig.

M1 Abbau fossiler Brennstoffe

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Energie(w)ende!? Nennen Sie mögliche Gründe für den Beschluss zur Energiewende. Informieren Sie sich gegebenenfalls auch im Internet.

→ Sicherheit: nicht kalkulierbare Sicherheitsmängel in Atomanlagen – mehrfacher Reaktor-GAU in Japan (Fukushima 2011)

→ schwindende Energieressourcen: zur Neige gehende Ölreserven


→ Klimaschutz: Erderwärmung durch hohen CO_2 -Ausstoß von Kohlekraftwerken und Steigerung der Energieeffizienz

→ Wirtschaft: Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch die Entwicklung von umweltfreundlichen Hochtechnologien

A2 In Stein gemeißelt? Interpretieren Sie die Karikatur und finden Sie mögliche Gründe für die dargestellte Entwicklung.

Die Karikatur von 2014 zeigt einen Kohleabbau-Bagger, der die scheinbar in „Stein gemeißelte“ Energiewende zermalmt. Der Karikaturist, Klaus Stüttmann, bringt damit zum Ausdruck, dass der Energieträger Kohle scheinbar übermächtig und, trotz massiver politischer Unterstützung/Subventionierung erneuerbarer Energien durch die Politik, die Chancen auf eine klimafreundliche Energieversorgung zerstört. Die Gründe hierfür liegen v.a. in der vergleichsweise preiswerten Förderung von Kohle sowie neuen, effizienteren Kohlekraftwerken. Zudem muss der Wegfall von Atomstrom kompensiert werden. Stromerzeuger greifen hier auf die gewinnträchtigste Energieform zurück.

A3 Wie ist die aktuelle Entwicklung der sogenannten Energiewende?

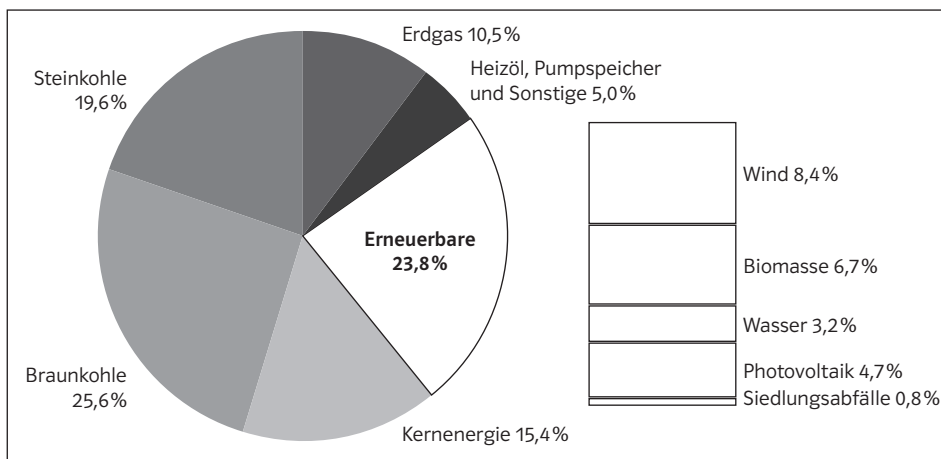
Recherchieren Sie in Tageszeitungen und/oder dem Internet und präsentieren Sie Ihre Ergebnisse in einem Vortrag. → 

Hochtechnologie statt Kohle

M1 Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

M2 Bruttostromerzeugung 2013 in Deutschland



Quelle: BDEW. AG Energiebilanzen Stand 02/2014

A1 Die gegenwärtige Bedeutung erneuerbarer Energien. Beschreiben Sie den derzeitigen „Strommix“ in Deutschland und beurteilen Sie den Stand der Umsetzung der „Energiewende“ in Bezug auf die Stromversorgung.

Fast 1/4 des Stroms stammt aus erneuerbaren Energien. Damit sind noch erhebliche Anstrengungen nötig, um die Ziele zu erreichen. (Bis 2050 sollen es 80% sein!) Fossile Energie bildet nach wie vor den Hauptanteil.

A2 Die zukünftige Bedeutung erneuerbarer Energien. Arbeiten Sie aus den Aussagen der Bundesregierung die mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien einhergehenden Chancen heraus. Diskutieren Sie – in Anbetracht der hohen Investitionen und der dadurch steigenden Strompreise – die Frage, ob der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter forciert werden soll.

Die Chancen bestehen in der *Unabhängigkeit von Energieimporten, Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, Reduzierung der Treibhausgasemissionen.*

A3 Die Funktionsweise erneuerbarer Energien. Wind- und Solarenergie, Wasserkraft und Biomasse – es gibt viele Möglichkeiten, Energie aus unbegrenzt vorhandenen Ressourcen zu gewinnen. Recherchieren Sie die technische Funktionsweise einer dieser Möglichkeiten und stellen Sie diese in einem Kurzreferat vor. →

*individuelle
Schülerlösung*

„Energiehunger“

Während in Deutschland an der „Energiewende“ gearbeitet wird, steigt der Energieverbrauch weltweit unaufhörlich weiter. Dieser „Energiehunger“ der meisten Staaten und ihrer Bevölkerungen wird nach wie vor durch – nur begrenzt vorhandene – fossile Brennstoffe gestillt und konterkariert damit nicht nur Klimaziele, sondern führt auch zu erhöhter Konkurrenz um die Sicherung von Rohstoffen. Daraus resultieren Konflikte und umstrittene Maßnahmen zur Erschließung neuer Rohstoffquellen.

A1 Ursachen und Folgen im Überblick. Nennen Sie die Ursachen und Folgen des weltweit steigenden Energieverbrauchs.

Ursachen	Folgen
→ Bevölkerungswachstum	→ Bemühungen zur Erschließung neuer Energiequellen
→ Industrialisierung und Erhöhung des Lebensstandards in den Entwicklungs- und Schwellenländern	→ steigende Umweltbelastung durch fossile Energien
	→ steigende Energiepreise durch erhöhte Nachfrage

A2 Verantwortlichkeiten: das Beispiel China. Recherchieren und vergleichen Sie den aktuellen Energiebedarf Chinas mit dem der 28 EU-Staaten. Diskutieren Sie ausgehend von diesen Zahlen in der Klasse, ob Chinas „Energiehunger“ für den Klimawandel verantwortlich ist.

Der Energiebedarf Chinas ist gegenüber dem der EU (Stand 2014) insgesamt leicht höher. Berücksichtigt man jedoch die unterschiedlichen Bevölkerungszahlen, ist der Energiebedarf eines Chinesen deutlich geringer als der eines Europäers. Beachtlich ist die Veränderung: Während der Energiebedarf in Europa nur leicht stieg, verdoppelte er sich in China in den letzten zehn Jahren. Das ist ein deutliches Zeichen für einen Aufhol- bzw. Angleichungsprozess.

A3 Auswege: das Beispiel Fracking. Recherchieren und erläutern Sie die Funktionsweise des „Fracking“ und interpretieren Sie vor diesem Hintergrund die Karikatur. Beurteilen Sie ausgehend von der Position des Karikaturisten, ob Fracking eine geeignete Methode ist, den steigenden Energiebedarf zu decken.

Fracking ist ein Verfahren zur Förderung von in Stein gebundenem Gas, bei dem mit giftigen Chemikalien versetztes Wasser in den Boden gepumpt und dadurch das Gestein aufgebrochen wird. Der Karikaturist setzt sich kritisch mit diesem Verfahren auseinander, indem er den vermeintlichen Vorteil größerer Importunabhängigkeit den negativen ökologischen Folgen gegenüberstellt.

M1 Erdgas-Fördermethode Fracking

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

Klimawandel weltweit

M1 Klimawandel – Szenarien (Zusammenfassung des Berichts des Weltklimarats, 2014)

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Klimawandel – was sind die Folgen? Diskutieren Sie in Ihrer Klasse die Auswirkungen des Klimawandels, die der Weltklimarat (M1) in seinem aktuellen Bericht aufführt. Wer ist auf welche Weise von diesen betroffen?

Alle Weltregionen sind vom Klimawandel in unterschiedlicher Weise betroffen: die nördlichen Regionen weniger, die südlichen (bereits heißen und armen) Regionen stärker (v.a. durch Naturkatastrophen und Ernährungssicherheit).

A2 Klimawandel – was muss getan werden? Benennen Sie mögliche Gegenmaßnahmen und erläutern Sie, weshalb diese so zögerlich – gemessen an den möglichen Folgen – in Angriff genommen werden.

Durch Maßnahmen wie z.B. den Umstieg auf erneuerbare Energien, Erhöhung der Energieeffizienz bei Kraftwerken und Gebäuden sowie die Entwicklung effizienterer Verkehrsmittel könnte der CO₂-Ausstoß reduziert werden. Weltweite Vereinbarungen sind dabei schwierig, weil Auswirkungen v.a. dort spürbar werden, wo sie nicht verursacht werden und weil viele Schwellenländer ihr Recht auf ökonomische Entwicklung in Gefahr sehen.

A3 Klimawandel – was kann ich tun? Informieren Sie sich unter www.footprintdeutschland.de über das Konzept des „Ökologischen Fußabdrucks“. Wie kann der eigene Fußabdruck durch ein verändertes Handeln in den verschiedenen Bereichen verkleinert werden?

Ernährung	Wohnen	Mobilität	Konsumgüter
<i>z.B. Verzicht auf Tiernahrung und Kauf regionaler Produkte</i>	<i>z.B. Kauf energieeffizienter Haushaltsgeräte, Installation besserer Wärmedämmung</i>	<i>z.B. Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel bzw. Fahrrad</i>	<i>z.B. Kauf nachhaltig produzierter Produkte</i>

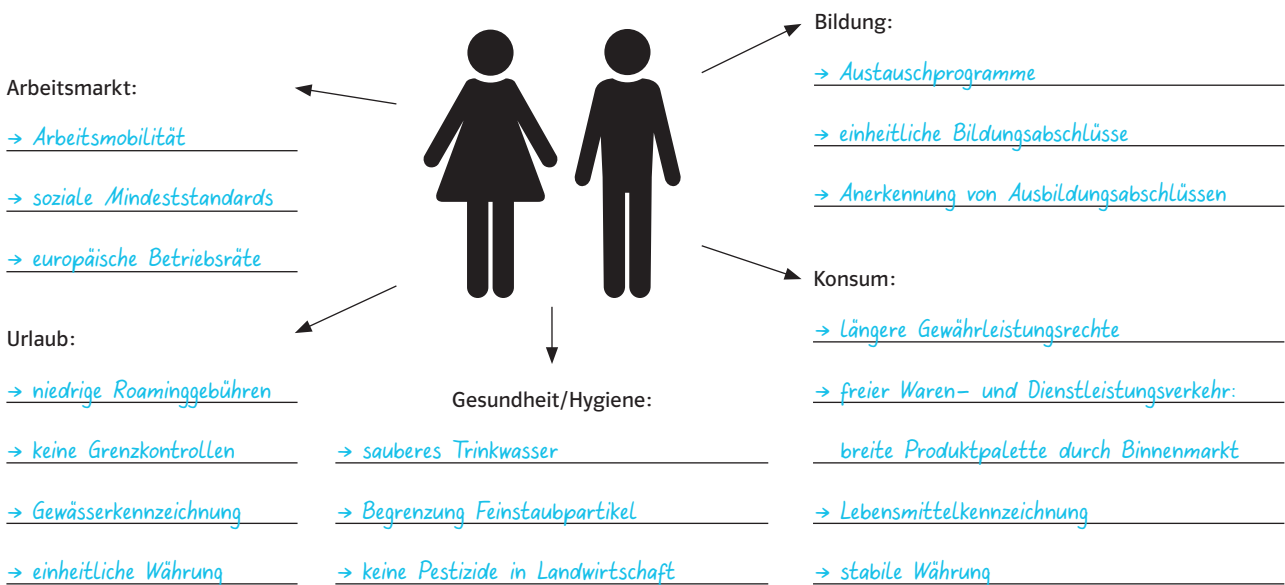
Erfolgsprojekt Europäische Union

Obwohl die EU 2012 den Friedensnobelpreis „für über sechs Jahrzehnte Beitrag zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa“ erhielt, finden eurokritische Strömungen in Europa breiten Zulauf. Europäische Errungenschaften wie Stabilität, Frieden, Wohlstand, Freizügigkeit, Umwelt- und Verbraucherschutz werden in den mittlerweile 28 EU-Staaten von der Euro-Krise und der Kritik an eine vermeintlich bürgerferne EU-Struktur mit einer überbordenden Bürokratie überlagert. Gleichzeitig herrschen unter den EU-Bürgern oft Unkenntnisse über Funktionsweise und Vorteile der EU.

A1 Prinzipien der EU. Die Zusammenarbeit der Staaten in der EU basiert auf folgenden Prinzipien: Supranationalität, Solidarität, Rechtstreue, degressive Proportionalität, Subsidiarität, Bereitschaft zum Kompromiss. Ordnen Sie die Prinzipien den passenden Erläuterungen zu.

- Subsidiarität: Auf europäischer Ebene wird nur das geregelt, was dort besser zu bewirken ist.
- Supranationalität: Nationale Souveränität wird abgetreten und von Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene gemeinsam ausgeübt.
- Rechtstreue: Das System der EU funktioniert nur, wenn sich alle Mitgliedstaaten an gemeinsame Regeln halten. Streitigkeiten entscheidet der Europäische Gerichtshof.
- Bereitschaft zum Kompromiss: Unterschiedlichkeit der Mitgliedstaaten in Größe, Tradition, Wirtschaftsstruktur, politischer Ausrichtung und Kultur zwingt alle immer wieder zum Aufeinanderzugehen.
- Solidarität: Unterschiede in der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Stärke der Mitgliedstaaten verpflichten zur gegenseitigen Unterstützung.
- Degressive Proportionalität: In den europäischen Institutionen erhalten die kleinen Staaten in Relation zu den bevölkerungsreichen Staaten mehr Gewicht.

A2 Europa ist weit weg? Europa ist für die Bürger da! Ergänzen Sie in Stichpunkten beispielhaft konkrete Vorteile europäischer Regelungen.



A3 Die EU – Zielscheibe der Kritik! Erstellen Sie im Auftrag der Europäischen Kommission ein Werbeplakat für die EU. Die Überschrift könnte lauten: „EU – 60 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand“. →

individuelle Schülerlösung

Staats- und Unionsbürgerschaft

Europäischer Reisepass

Einen Reisepass vergeben Staaten als Ausweisdokument für Reisen der Bürgerinnen und Bürger ins Ausland. Innerhalb der Europäischen Union herrscht Reisefreiheit. Alle Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen die Unionsbürgerschaft. Sie ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft, ersetzt sie aber nicht.

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Neue Rechte wahrnehmen in Europa

a) Welche Rechte erwirbt eine Europäerin durch die Unionsbürgerschaft? Ergänzen Sie den Text.

- Freizügigkeit:

Wir haben das Recht, uns in allen Mitgliedstaaten der EU _____

frei zu bewegen und aufzuhalten, überall zu studieren und zu arbeiten.

- Wahlrecht am Wohnort:

Bei Europa- und Gemeindewahlen können wir wählen, auch wenn wir

in einem anderen als unserem Mitgliedstaat leben.

- Petitions- und Beschwerderecht beim Europäischen Parlament:

Wir haben ein Petitions- und Beschwerderecht beim Europäischen Parlament, wenn wir Missstände _____

in der Tätigkeit von EU-Institutionen feststellen.

- Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH):

Vor dem Europäischen Gerichtshof kann klagen, wer _____

sich durch die EU in seinen Grundrechten eingeschränkt sieht.

b) Was ist unter den „vier Freiheiten“ der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu verstehen? Nennen und erklären Sie sie.

1. *Freier Handel: Waren und Dienstleistungen können überall in der EU frei gehandelt werden.*

Freie Wahl des Arbeitsplatzes: Arbeitnehmer können in den meisten Berufen überall in den EU-Mitgliedsländern arbeiten.

2. _____

Freie Unternehmensgründungen: Unternehmen dürfen sich in allen EU-Mitgliedsländern niederlassen und Geschäfte machen.

3. *Freier Kapitalverkehr: Geld kann ungehindert von einem Mitgliedsland in ein anderes gebracht werden. In den Euro-Ländern ist*

der freie Kapitalverkehr durch die einheitliche Währung vollständig verwirklicht.

4. _____


A2 Neue Erfahrungen sammeln in Europa

a) Wo waren Sie schon in Europa? Wo würden Sie gern einmal hin? Zeichnen Sie mit unterschiedlichen Farben die Punkte in der Karte ein. Beschriften Sie die Punkte.

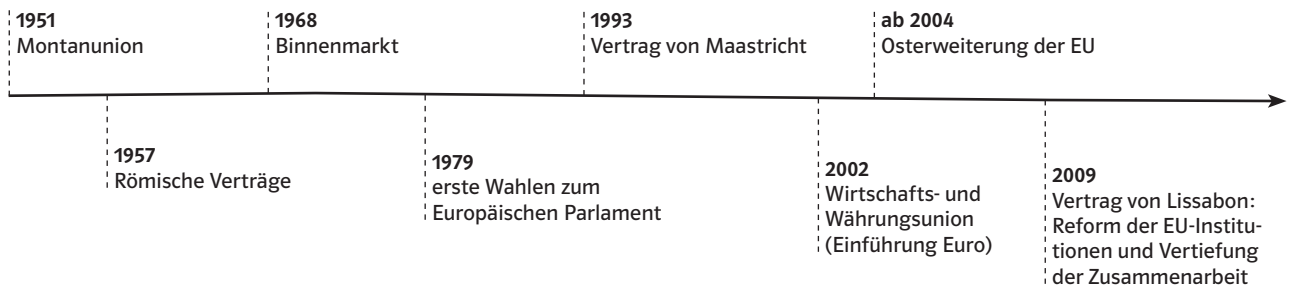
individuelle Schülerlösung



Klett-Archiv (KOMA AMOK ®), Stuttgart

b) Für Jugendliche gibt es viele Möglichkeiten, mehr von Europa kennenzulernen. Recherchieren Sie im Internet arbeitsteilig zu den verschiedenen Jugendprogrammen der EU. → 

Die Entwicklungsgeschichte der EU



A1 Wie entwickelte sich die Europäische Union? Informieren Sie sich über die Ereignisse auf dem Zeitstrahl. Gliedern Sie die Zeitleiste in fünf Etappen und geben Sie jeder Etappe eine Überschrift.

mögliche Gliederung:

I 1951–1957: von der Gründung der EU bis zu den Römischen Verträgen

II 1957–1979: Zusammenwachsen über wirtschaftliche Zusammenarbeit

III 1979–1993: von der EG zur EU

IV 1993–2002: der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion

V 1997–2013: vom Europa der 15 bis zum Europa der 28

A2 Wie entwickelte sich Deutschland in diesem Zeitraum? Ergänzen Sie an der Zeitleiste zwei wichtige Ereignisse der deutschen Geschichte.

I 1949–1961: von der Gründung der beiden deutschen Staaten, über die Einbindungen in die beiden Blöcke des Kalten Krieges

(NATO – Warschauer Pakt) bis zum Mauerbau

II 1989/90: Fall der Mauer – deutsch/deutsche Vereinigung

A3 Gestörte Entwicklung? Beschreiben Sie, wie sich der Ost-West-Konflikt nach dem Zweiten Weltkrieg auf beide Entwicklungsverläufe auswirkte.

Durch die weltpolitische Konfrontation nach dem Zweiten Weltkrieg können der Osten Deutschlands und Europas erst ein halbes

Jahrhundert später in den Prozess der Europäisierung eintreten.

A4 Wie sieht die aktuelle Entwicklung aus? Setzen Sie die Zeitleiste fort.

2012: EU wird Friedensnobelpreisträger

2013: Beitritt Kroatien zur EU

2010: sich zuspitzende Eurokrise; Euro-Länder und Internationaler Währungsfonds sagen dem hoch verschuldeten Griechenland ein erstes Hilfspaket von 110 Milliarden Euro zu; Einrichtung des ersten Euro-Rettungsfonds für Krisenstaaten

Die Außengrenze der EU

M1 Die Außengrenze der EU



Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

Szenarien entwickeln

Die Ausgangssituation:

Seit die Lage in Nordafrika im Frühjahr 2011 eskalierte, versuchen Tausende Flüchtlinge, die rettenden Küsten von Spanien und Italien zu erreichen. Das Aufanglager auf der Insel Lampedusa ist völlig überfüllt und wurde geschlossen. Die Regierung in Rom hat den Notstand ausgerufen und die EU zum Eingreifen aufgefordert.

Setzen Sie sich in kleinen Gruppen zusammen und bearbeiten Sie das Problem gemeinsam.

- Erläutern Sie, ob es Sache der EU ist, den Flüchtlingen aus Nordafrika und den überforderten Aufnahmeregionen in der gegenwärtigen Notlage zu helfen. → 
- Wie könnte Europa die Flüchtlingsthematik in Zukunft grundsätzlich angehen? Entwickeln Sie drei verschiedene Szenarien mithilfe der Szenariotechnik. → 
- Interpretieren Sie, welches Szenario der Karikaturist befürchtet.

M2 „Boatpeople“

Der Karikaturist befürchtet, dass in Europa wenig Freude aufkommt über Tausende von afrikanischen Flüchtlingen, auch wenn Revolution und demokratischer Aufbruch in den Ländern der arabischen Welt eigentlich zu begrüßen sind.

Bürgerrechte + Reisefreiheit = Jubel bei den Europäern. So wird es wohl nicht kommen.

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

Das Institutionengefüge der EU

Nach dem Vertrag von Lissabon

Wo fallen die gemeinsamen Entscheidungen? Markieren Sie mit einem roten Stift die an der Gesetzgebung beteiligten Organe.

M1 Politisches System der EU

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

Es kommt bei dieser Aufgabe nicht auf Differenzierung der komplexen Materie an, sondern auf eine sichere Grundorientierung. Die Europäische Kommission bringt Gesetzesvorhaben (als Vorschläge) auf den Weg, das Europäische Parlament und der Ministerrat bzw. der Rat der EU entscheiden darüber.

Der Lissabon-Vertrag

M1 Europa rückt zusammen

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 „Die Einigung Europas ist wie ...“

a) Erläutern Sie den Vergleich, den der Schriftsteller Paul Lacroix (M1) angestellt hat.

Der Vergleich von Lacroix aus dem 19. Jahrhundert soll darauf hinweisen, dass die Interessenvielfalt in Europa groß ist und der Ausgleich dieser Interessen für eine Einigung Europas umso anspruchsvoller ist.

b) Zählen Sie alle europäischen Länder auf, die zur EU zusammengewachsen sind. Markieren Sie diejenigen, die der Euro-Zone angehören.

EU-Mitgliedsländer (Euro-Zone markiert) – Stand 2014

1958: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande;

1973: Dänemark, Irland, Großbritannien; 1981: Griechenland;

1986: Portugal, Spanien; 1995: Österreich, Schweden, Finnland;

2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern;

2007: Bulgarien, Rumänien; 2013: Kroatien

A2 Der Reformprozess im Vorher/Nachher-Vergleich. Finden Sie den Unterschied? Versuchen Sie herauszufinden, worin sich die neue Regelung (M1) von der jeweils alten unterscheidet.

Überlegen Sie anschließend gemeinsam: Warum wurde die neue Regelung eingeführt? Welche Absicht steckt darin?

Bereich/Institution/Sache	Vorher?	Nachher?
1. Europäischer Rat	Der Europäische Rat war kein Organ der EU, „nur“ Zusammenkunft der Staatschefs.	<i>Organ der EU</i>
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	Der „Hohe Repräsentant“ der GASP hatte keinen festen Platz im Institutionengefüge.	<i>Der neue „Außenminister“ hat den Vorsitz im Außenrat und ist Vize-Präsident der Kommission.</i>
3. EU-Grundrechte-Charta	Eine verbindliche Rechtssammlung gab es nicht, nur Einzelstücke.	<i>Alle Rechte sind in einer Charta zusammengestellt und rechtsverbindlich.</i>
4. Abstimmungsverfahren	Entscheidungen im Ministerrat mussten einstimmig getroffen werden.	<i>Es gilt die sogenannte doppelte Mehrheit.</i>
5. Rechte des Europäischen Parlaments	Das EP war hinter dem Rat zurückgesetzt in Gesetzgebungsbefugnissen.	<i>Das EP ist immer gleichberechtigte zweite Kammer in der ordentlichen Gesetzgebung (auch in Haushaltsfragen).</i>
6. Rolle der nationalen Parlamente	Regelmäßige Kontakte waren eher informell.	<i>Nationale Parlamente werden über Gesetzesvorhaben informiert und können die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips einfordern.</i>
7. Anzahl der EU-Kommissare	Jedes Land stellte einen Kommissar.	<i>Zwei Drittel der Länder stellen im Wechsel einen Kommissar.</i>
8. Bürgerbegehren	Ein solches Verfahren gab es nicht auf EU-Ebene.	<i>Mit Unterschriften von 1 Mio. EU-Bürgern kann die Kommission zur Einleitung eines Gesetzesvorhabens aufgefordert werden.</i>

Ziel des Reformprozesses ist die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit.

Das Europäische Parlament

M1 Wahl EU-Parlament 2014

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Gesetzgebungskompetenz? Benennen Sie die Mitwirkungsmöglichkeiten des EU-Parlaments (EP) bei der EU-Gesetzgebung.

Das EP beschließt gleichberechtigt mit dem Ministerrat die Gesetze zur Innen- und Rechtspolitik, zur Gemeinsamen Agrarpolitik und zum Haushalt.

A2 Grenzen des Europäischen Parlaments? Beschreiben Sie, wie sich das EP von einem nationalen Parlament unterscheidet.

Es entscheidet nicht über Steuer- und Finanzfragen und nicht über die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Außerdem hat es kein Recht zur Gesetzesinitiative.

A3 Wahl des Europäischen Parlaments. Erklären Sie die Wahl zum EP.

Das EP wird seit 1979 alle fünf Jahre direkt von den EU-Bürgern gewählt (aktives und passives Wahlrecht). Es hat 766 Mitglieder (Stand 2014); die Mitgliederzahl pro Land hängt von der jeweiligen Einwohnerzahl ab.

A4 Ist Europa uninteressant? Analysieren und diskutieren Sie die Wahlbeteiligung zur Europawahl 2014 (M1).

Die europaweite Wahlbeteiligung zum EP 2014 war mit 43,1% sehr gering, weniger als die Hälfte aller Wahlberechtigten stimmte ab. Auffällig ist, dass v.a. die osteuropäischen Länder eine niedrige Wahlbeteiligung aufweisen (0%-40%). Ebenso Portugal, Großbritannien und die Niederlande (20-40%). Luxemburg und Belgien (90%) sowie Malta (74,8%) und Italien (60%) weisen eine vergleichsweise hohe Beteiligung auf.

Die Ursachen für diese Ergebnisse können ganz unterschiedlich sein. Genannt werden können z.B.: allgemeine Politik- bzw. Parteienverdrossenheit in Europa; Unzufriedenheit mit der EU (Finanzkrise) und seinen scheinbar „bürokratischen“ Institutionen; Desinteresse an der EU; verstärkter Nationalismus in einzelnen Ländern (Wahlboykott).

EU-Erweiterung

Was macht den gemeinsamen Kern der EU aus? Dies ist eine schwierige, aber für das Binnen- wie Außenverhältnis der EU zu Beitrittskandidaten auch wichtige Frage. Was verbindet den Sizilianer mit dem Finnen oder den Portugiesen mit dem Rumänen? Nachdem die Suche nach einer gemeinsamen europäischen Identität nicht von Erfolg gekrönt war, rücken das verbindende Bekenntnis aller Mitgliedsländer zu einer gemeinsamen Werteorientierung und die Anerkennung verschiedener nationaler Identitäten in den Vordergrund.

M1 Vertrag von Lissabon (gültig seit 2009)

Artikel 2 benennt die gemeinsamen **Werte**, auf die sich die EU beruft:

Art. 2: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Artikel 3 formuliert den **Auftrag der EU**:

Art. 3 (1): „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“

Art. 3 (2): „Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen, in dem [...] der freie Personenverkehr gewährleistet ist.“

Zit. nach: <https://dejure.org/gesetze/EU/> (Zugriff 06.05.2014).

A1 EU als Wertegemeinschaft! Stellen Sie an einigen Beispielen dar, inwieweit sich diese Werte und Ziele (M1) in der europäischen Integrationswirklichkeit niederschlagen.

→ „Pluralismus“: Amtssprachen, Europa der Regionen, Antidiskriminierungsrichtlinie, nationale Interessen

→ „ohne Binnengrenzen“: Freizügigkeit durch Schengener Abkommen, vier Freiheiten des Binnenmarkts

→ „Demokratie“: Wahl des EU-Parlaments, EU-Institutionen, zunehmende Rechte des EU-Parlaments

→ „Rechtsstaatlichkeit“: EuGH als oberste Rechtsinstanz, Verankerung der Menschenrechte

A2 Wie kommt man in die EU? Erläutern Sie, inwieweit sich die Werte der EU in den Aufnahmekriterien („Kopenhagener Kriterien“) für Beitrittskandidaten niederschlagen.

Artikel 2 und 3 des Vertrags von Lissabon spiegeln sich in den Aufnahmekriterien wider:

→ politisches Kriterium: Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Minderheitenschutz

→ wirtschaftliches Kriterium: Leistungsstarke Marktwirtschaft, die das „Wohlergehen“ der Völker sichert

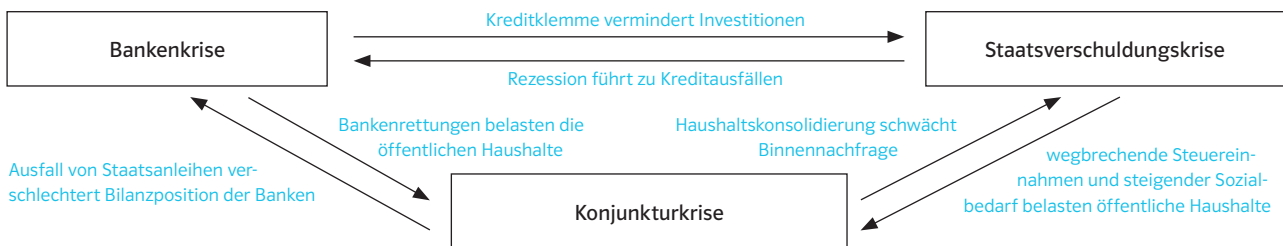
→ gemeinschaftliches Kriterium: Übereinstimmung mit Werten der EU und Übernahme des EU-Rechts

A3 Umstrittener Kandidat! Seit 1999 besitzt die Türkei den Status eines offiziellen Beitrittskandidaten der EU. Ein möglicher Beitritt der Türkei ist allerdings sehr umstritten. Notieren Sie die wesentlichen Pro- und Kontra-Argumente zum Beitritt der Türkei und beziehen Sie abschließend Stellung. → ✍

Die Euro-Krise

Seit 2009 gerieten Griechenland, Irland, Spanien, Portugal sowie Zypern in akute Liquiditätsprobleme. Die Situation in Slowenien und Italien wird ebenfalls als bedrohlich eingestuft. Vor allem die erstgenannten Staaten hatten große Probleme, sich auf den internationalen Finanzmärkten zu refinanzieren, und mussten durch die EU und die EZB gestützt werden. Die Ursachen für die Krise sind in den betroffenen Staaten sehr unterschiedlich. Die Folgen waren u. a. drastische Reformschritte in den Krisenländern, ein hektisches Krisenmanagement innerhalb der Eurozone und die Verabschiedung eines Europäischen Fiskalpaktes.

A1 Die „multiple Krise“! Die Euro-Krise verbindet unterschiedliche Krisenelemente. Erklären Sie diese Zusammenhänge am folgenden Schaubild in einem gemeinsamen Unterrichtsgespräch.



A2 Der griechische Patient. Zeigen Sie wesentliche Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise Griechenlands sowie wichtige Inhalte der Reformpakete auf.

Ursachen der griechischen Krise	Reformmaßnahmen (teilweise geplant)
→ expansive Haushalts- und Wirtschaftspolitik	→ bisher wurden sechs Sparpakete verabschiedet
→ ineffizienter, korrupter, aufgeblähter Staatsapparat bei geringen Staatseinnahmen	→ massive Steuererhöhung
→ überdurchschnittlicher Konsum und unterdurchschnittliche Investitionen	→ Kürzung von Gesundheits- und Militärausgaben
→ überdurchschnittliche Lohnerhöhungen	→ Streichung von 150.000 Stellen im öffentlichen Dienst und drastische Lohnkürzungen
→ Missachtung der Konvergenzkriterien	→ Kürzung/Streichung sozialpolitischer Transferzahlungen
	→ Privatisierung von Staatsunternehmen

A3 Europäisches Krisenmanagement! Erläutern Sie die Funktionsweise verschiedener Maßnahmen, die von den Eurostaaten/der EZB beschlossen wurden.

Schuldenschnitt („Haircut“): Reduzierung des öffentlichen Schuldenstandes durch teilweisen Schuldenerlass zugunsten des Schuldners – Griechenland wurden bis zu 70% der Schulden erlassen.


Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM): Europäische Finanzinstitution, die Krisenländern oder -banken Kreditlinien zur Verfügung stellt oder Staatsanleihen aufkauft.


EU-Fiskalpakt: Aufnahme einer Schuldengrenze in die nationalen Verfassungen, Obergrenzen für die Staatsverschuldung und Strafen/Eingriffe für jene Länder, die diese Grenzen missachten.


Staatsanleihenkauf durch EZB: „Outright Monetary Transactions“ (außergewöhnliche geldpolitische Operationen der Zentralbank). Die EZB kündigte 2012 an, Staatsanleihen eines Krisenlandes in unbegrenzter Höhe aufzukaufen.

EU-Freizügigkeit: Notwendigkeit oder Segen?

Seit 2014 dürfen alle EU-Bürger, auch aus Bulgarien und Rumänien, unbegrenzt in Deutschland arbeiten. Dies hatte unter dem umstrittenen CSU-Slogan „Wer betrügt, der fliegt!“ zu einer breiten Diskussion in der Öffentlichkeit geführt. Die Personenfreizügigkeit ist eine der vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes, neben dem freien Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels profitiert die deutsche Wirtschaft besonders von einer qualifizierten Zuwanderung.

A1 Frei(zügig)es Europa! Informieren Sie sich über Rechte, die zugewanderten EU-Bürgern eingeräumt werden. Unterscheiden Sie nach Arbeitnehmern/Selbstständigen, Arbeitssuchenden, Studierenden/Nichterwerbstätigen. → 

A2 Zuwanderung erregt die Gemüter. Ab 2014 gilt die volle Freizügigkeit auch für Rumänen und Bulgaren in Deutschland. Informieren Sie sich über die Argumente gegen die Freizügigkeit für Personen aus diesen Ländern. → 

A3 Freizügigkeit als Segen? Informieren Sie sich über die Praxis der EU-Freizügigkeit und entgegnen Sie mithilfe von M1–M3 der Kritik gegen die Freizügigkeit von EU-Bürgern aus Rumänien und Bulgarien. → 

M1 Qualifikation von Zuwanderern



Quelle: Bundesärztekammer

M2 Akademikeranteil unter den Zuwanderern nach Deutschland

1990–2000	1995–2005	1999–2009	2001–2011	2011 aus Bulg./Rum.	2011 Gesamtbevölkerung
16,1%	22,2%	27,5%	29,1%	24,5%	18,7%

Quelle: Geis 2012; FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2011

M3 Arbeitslosenanteil 2012

Deutschland gesamt	Ausländer in Deutschland	Bulgaren/Rumänen
7,4%	16,2%	9,3%

M4 Bezug von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“)

Deutschland gesamt	Ausländer in Deutschland	Bulgaren	Rumänen
7,5%	16,2%	14,8%	7,4%

Quelle: Geis 2012; FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2011

Globalisierung ist, wenn ...

M1 Ein politischer „Witz“ aus dem Internet

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Lesen Sie den Text (M1) und bewerten ihn:

<input type="checkbox"/> 😄	<input type="checkbox"/> 😊	<input type="checkbox"/> 😐	<input type="checkbox"/> 😞	<input type="checkbox"/> ☹️
----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------	-----------------------------

individuelle
Schülerlösung

A2 Bereiche der Globalisierung. Man unterscheidet die politische, wirtschaftliche, ökologische und die kulturelle Globalisierung. Erklären Sie diese Kategorien und recherchieren Sie Beispiele.

politische G.: Gründung der Vereinten Nationen mit dem Ziel, weltweite Menschenrechtsstandards und friedliche Beilegung von Konflikten durchzusetzen

wirtschaftliche G.: Ausweitung des Welthandels, verstärkte internationale Arbeitsteilung, zunehmende Verflechtungen der Volkswirtschaften

ökologische G.: Umweltbelastungen, Klimaschutzbemühungen, weltweite Ausbreitung von Krankheitserregern

kulturelle G.: Verbreitung von Wissen, Kunst, Musik und Filmen (besonders über TV und Internet), von Lebensstilen und Konsumgewohnheiten, zeitgleiche Nachrichtenübermittlung

A3 „Globalisierung ist, wenn ...“ Verfassen Sie einen ähnlichen Text zum Stichwort „Globalisierung“.

individuelle Schülerlösung

Globale Wirtschaft

M1 Weltreise einer Jeans

Gibt es einen Ort auf der Erde, der vom Rest der Welt noch unberührt ist? Gibt es einen Menschen, dessen Schicksal vom Rest der Welt unbeeinflusst ist? Früher gab es in der Welt viele Lebenswelten, die nichts miteinander zu tun hatten. Dann vermehrten sich die Berührungspunkte, und heute gibt es praktisch keine geschlossenen Räume

mehr auf der Welt. Diesen weltweiten Prozess der Annäherung und Verflechtung nennt man **Globalisierung**. Die wirtschaftliche Entwicklung treibt ihn entscheidend voran.

10 Große Warenströme bewegen sich rund um den Globus. Eine Jeans zum Beispiel bringt auf ihrem Weg von der Entstehung bis zum Verkauf eine wahre Weltreise hinter sich. So könnte das aussehen:

Kasachstan

Hier fängt alles an. Die Baumwolle wird in riesigen Monokulturen angebaut und oftmals noch von Hand geerntet.

Türkei

Der erste Schritt zur Herstellung des Stoffes: Hier wird in der Spinnerei aus Baumwolle Garn gesponnen.

Taiwan

Die Baumwolle wird mit chemischer Indigofarbe aus Deutschland eingefärbt.

Polen

Aus dem gefärbten Garn wird Jeansstoff gewebt.

Frankreich/Italien

Innenfutter, kleine Schildchen mit Wasch- und Bügelhinweisen sowie Knöpfe und Nieten werden gefertigt.

Philippinen

Aus dem Jeansstoff wird – nach Entwürfen und Schnitten aus Deutschland – die Jeans genäht, die Schildchen u.a. Kleinteile werden angenäht.

Griechenland

Die Jeans erhalten hier ihren letzten Schliff: Sie werden zusammen mit Bimssteinen gewaschen und bekommen so z. B. den „Stonewashed-Effekt“.

Deutschland

In die Jeans wird das Firmen-Label eingenäht. Die Jeans wird verkauft.



A1 Reisestationen. Zeichnen Sie die einzelnen Stationen der Reise in die Karte ein. Nehmen Sie dafür evtl. einen Atlas zu Hilfe.

A2 Entfernungen. Schätzen Sie die Entfernungen zwischen den einzelnen Produktionsschritten bis zur Fertigstellung und rechnen Sie die Kilometer zusammen.

Von Kasachstan in die Türkei: 4 800 km

Aus der Türkei nach Taiwan: 10 200 km

Von Taiwan nach Polen: 12 000 km

Von Polen nach Frankreich: 1 600 km

Aus der EU auf die Philippinen: 13 700 km

Von dort nach Griechenland: 11 700 km

Weiter nach Deutschland: 2 300 km

Summe: 56 300 km

Übrigens:

Ganz zu Ende ist die Reise der Jeans hier noch nicht. Wenn ihr Besitzer sie nicht mehr trägt, könnte sie in einer Altkleidersammlung landen, von dort in die Niederlande transportiert werden, dort sortiert und verpackt werden, um anschließend in einem afrikanischen Land zu Ende getragen zu werden. Wie viele Kilometer kämen dann ungefähr noch einmal hinzu?

Von Deutschland nach Holland: 700 km

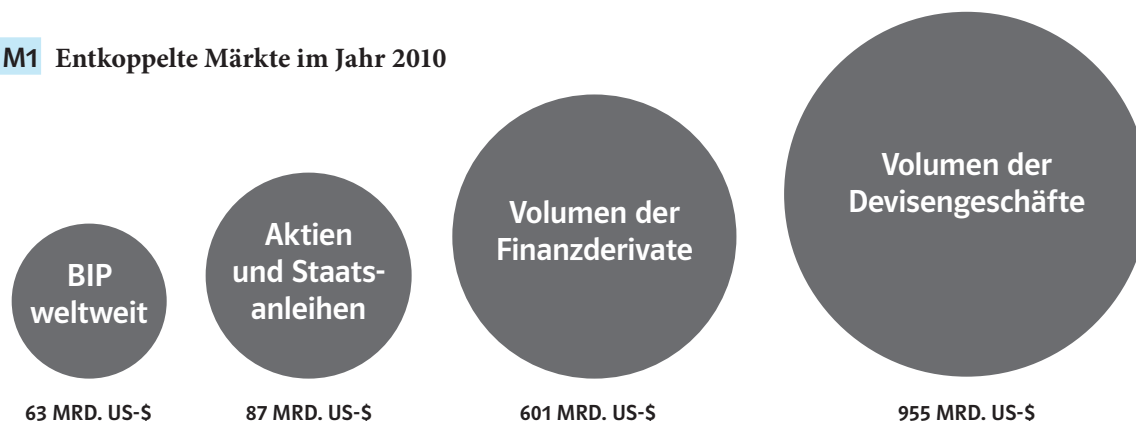
Von Holland nach Afrika: 7 000 km

Endsumme: 64 000 km

Internationale Kapitalmärkte – Kasinokapitalismus?

Asienkrise 1997, Dotcom-Blase 2000, Subprimekrise 2007, Euro-Krise 2010 – immer wieder platzen auf den Finanzmärkten Spekulationsblasen mit tief greifenden volkswirtschaftlichen Verwerfungen. Zwar profitieren Hedgefonds, Investmentfonds, Banken und liquide Anleger von enormen Renditen bei komplizierten Finanzprodukten, die Kosten der Crashes trug jedoch die Allgemeinheit. Mittlerweile haben sich die Kapitalmärkte von der Realwirtschaft abgekoppelt. Ihre einstige Aufgabe, die Wirtschaft mit Geld zu versorgen, spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. In der EU wird daher eine Finanztransaktionssteuer zur Bändigung des sogenannten Kasinokapitalismus diskutiert.

M1 Entkoppelte Märkte im Jahr 2010



A1 Anlagemöglichkeiten. Informieren Sie sich über folgende, in der Grafik aufgeführten, Begriffe:

BIP: Summe aller in einer Zeitperiode produzierten Sachgüter und Dienstleistungen

Aktien: Wertpapier als Anteil an einer Gesellschaft/Anteil am Grundkapital einer Gesellschaft

Staatsanleihen: verzinsliche Schuldverschreibungen der Öffentlichen Hand

Derivate: von einem Basisinvestment abgeleitetes, hochspeklatives Finanzinstrument; „Wette“ auf Kursschwankungen des Basisinvestments (z.B. Zertifikate, Optionen, Futures und Swaps)


Devisen: Forderungen (Guthaben oder Schecks) auf ausländische Währungen

A2 Realwirtschaft und Kapitalmarkt – unterschiedliche Geschwindigkeiten!

Recherchieren und erläutern Sie, wie es zur Entkoppelung von Finanzmärkten und Realwirtschaft kommen konnte.

Staatliche Liberalisierung der Finanzmärkte (Deregulierung, Abbau von staatlicher Reglementierung); Internationalisierung der Finanzmärkte und Anlagemöglichkeiten durch globale, digitalisierte, vernetzte Kommunikation in „Echtzeit“ („Spotmärkte“); hohe Rendite durch Ausnutzung kleinster Gewinnmargen (Arbitrage); Entwicklung neuer, spekulativer Finanzprodukte (Terminmärkte für Derivate, Leerverkäufe) und neuer Akteure (Hedgefonds, Investmentfonds, Private Equity Fonds) an Offshore-Plätzen. Folge: Marginalisierung der klassischen Finanzierung von Handel und Unternehmensinvestitionen.

A3 Finanztransaktionssteuer zur Entschleunigung des Turbokapitalismus!

Informieren Sie sich über die Finanztransaktionssteuer und diskutieren Sie das Pro und Kontra ihrer Einführung. → 



Global Player – Fluch oder Segen?

Transnationale Unternehmen, Global Player, multinationale Unternehmen – je nach Abgrenzungskriterien werden internationale, an unterschiedlichen Standorten agierende Unternehmen unterschiedlich bezeichnet. Indem sie Kostenvorteile ausnutzen, erschließen sie ausländische Märkte durch Direktinvestitionen und verlagern Arbeitsplätze, Geschäftsmodelle, Firmenstandorte im globalen Maßstab. Die Konsequenzen für den Nationalstaat und für die immobileren Arbeitnehmer stehen zugleich im Fokus der Globalisierungskritik.

A1 Auf und Ab von Ausländischen Direktinvestitionen (ADI)! Erläutern Sie ausgehend von M1 die Motive transnationaler Unternehmen für ADI.

Direktinvestitionen: Vermögensanlagen im Ausland mit dem Ziel, Kontrolle auf die Geschäftstätigkeit zu nehmen. Hauptmotive: Kostensenkungen (Produktionskosten, Mengeneffekte, Steuerkosten), Marktpräsenz (Kundennähe), Leichter Zugang zu Fremdkapital, Ausnutzung von Länderspezifischen Standortvorteilen (bei Beschaffung, Produktion, Marketing und/oder Forschung), Verteilung von unternehmerischen Chancen/Risiken. Schwellenländer werden für Global Player als „emerging markets“ immer wichtiger.

A2 Umstrittene Multis! Diskutieren Sie die Vor- und Nachteile grenzübergreifender Aktivitäten transnationaler Unternehmen.

Vorteile:

Schaffung von Arbeitsplätzen; Ausbildung von Fachkräften; Know-how-Transfer: Kapitalstock, Managementkompetenzen; Fortschrittsimpulse; Eingliederung in den Weltmarkt; Staat wird interessant für weitere Investoren: mögliche Neuinvestition, Bsp. Infrastruktur; Kaufkraft wird gesteigert, mehr Steuereinnahmen; Binnenmarkt wird bedient, Importsubstitution und Exportsteigerung; Wohlstandsmehrung, regionale politische Stabilisierung, Aufbau lokaler Zuliefererindustrie

Nachteile:

Missachtung sozialer/ökologischer Standards (Ausbeutung von Arbeitskräften, Umwelt, Ressourcen); Produktionsstrategien ohne Anbindung an nationalen Entwicklungsstand; wachsende Abhängigkeit von großen Unternehmen ohne Weltmarktanbindung; Abfluss der Gewinne ins Ausland; Ausbeutung staatlicher Infrastrukturmaßnahmen; Stärkung der regionalen Oberschicht; Verdrängung lokaler Unternehmen; Steuernachlässe verringern Staatseinnahmen, Förderung globaler Einheitskultur

M1 Wo Global Player investieren

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

Digital ist besser!? – Die Vernetzung der Welt

Der Siegeszug der Digitalisierung führte zu einer explosionsartigen Vernetzung rund um den Globus. So zählt die grenzüberschreitende digitale Kommunikation als wesentliches Signum des Globalisierungsprozesses. Mittlerweile gilt der Besitz von Computer und Mobiltelefon als Grundbedürfnis, um soziale, ökonomische und politische Teilhaberechte wahrzunehmen. Auch führte die Digitalisierung zu gewaltigen Wachstums- und Modernisierungsimpulsen auf den globalen Märkten. Gleichzeitig werden aber auch Schattenseiten diskutiert.

M1 Digitale Vernetzung weltweit

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Globalisierung als Kommunikationsrevolution! Erläutern Sie ausgehend von M1 die Bedeutung digitaler Kommunikation für den Globalisierungsprozess.

Digitale Kommunikation führt Menschen verschiedener Kontinente in Echtzeit zusammen; grenzenlose Kommunikation ohne relevante Bindung an Raum und Zeit befördert kulturelle Globalisierung; geringe Informations- und Transportkosten forcieren ökonomische Globalisierung durch Vernetzung verschiedener Produktionsstandorte: Entstehung globaler virtueller Unternehmensnetze; Globalisierung des tertiären Sektors (Informationssektor, virtuelle Kapitalmärkte); Entstehung neuer mächtiger Wirtschaftsgiganten.

A2 Erosion politischer Monopole! Informieren Sie sich über die Rolle von Facebook und Co. für politische Freiheitsbewegungen (z. B. „Arabischer Frühling“ 2011).


Schaffung einer staatlich schwer kontrollierbaren virtuellen Öffentlichkeit; Informierung, Aktivierung und Vernetzung von Aktivist:innen über weite Entfernung hinweg; Intensivierung virtueller Diskussions- und Austauschprozesse; Erregung globaler Aufmerksamkeit durch virtuelle Plattformen; Manipulation der globalen Öffentlichkeit durch digital „bearbeitete“ Informationsressourcen; Suggestion von Aktivität und Massengefolgschaft durch zumindest kurzfristige Informationshoheit.

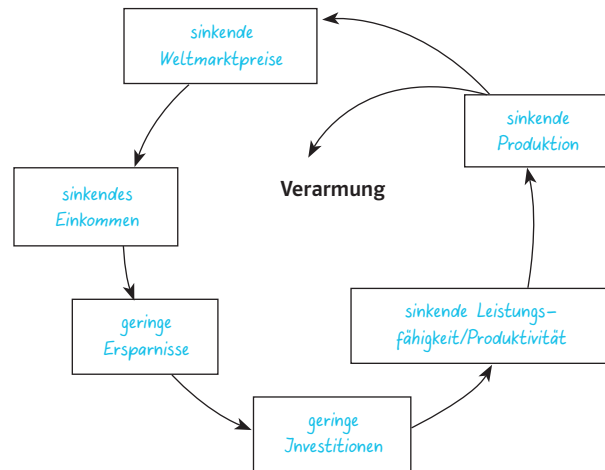
A3 Vernetzte Schattenseiten! Diskutieren Sie mögliche Gefahren für Mensch und Gesellschaft, die der digitalen Revolution innewohnen (können).

Abdriften in virtuelle Scheinrealitäten; gläserne Konsumenten ohne Privatsphäre; Cybermobbing (Sexting, Shitstorms etc.); permanente Verfügbarkeit („Life-Work-Balance“ in Schiefelage); globale Einheitskultur; neue Möglichkeiten der Spionage und Überwachung durch Geheimdienste (NSA, GCHQ) auf politischer und wirtschaftlicher Ebene; Internetkriminalität; Verletzung von Urheber- und Patentrechten; Cyber-War; Militärschläge durch Virenprogramme auf militärische Anlagen („Stuxnet“).

Fairer Handel – weltweit

A1 Armut – Folge der Globalisierung?

Wenn die Weltmarktpreise für Güter wie Baumwolle, Kaffee oder Bananen zurückgehen, geraten in den Erzeugerländern die Bauern und Arbeiter auf den Plantagen unter Druck. Zeichnen Sie einen Teufelskreis der Armut, der ihnen droht. → 



M1 TRANFAIR ist Entwicklungszusammenarbeit

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A2 Fairer Handel – eine Strategie zur Armutsbekämpfung?

a) Welche Fairtrade-Produkte kennen Sie? Welche haben Sie schon gekauft?

Im Internet finden sich inzwischen viele Hinweise auf die große Produktpalette von fair gehandelten Waren – z.B. unter www.fairtrade.at. Kaffee, Tee und Schokolade, viele weitere Lebensmittel, aber auch Textilien und Teppiche gehören zum Angebot.

b) Sind Sie bereit, für fair gehandelte Waren mehr als für konventionelle zu zahlen?

ja, weil *Das Argument „Kann ich mir nicht leisten“ sollte im UG kritisch hinterfragt werden: Können wir es uns tat-*

nein, weil *sächlich leisten, den Menschen in den Entwicklungsländern keine Existenzgrundlage zu lassen (Migration!)?*

c) Recherchieren Sie und stellen Sie in kleinen Gruppen ein konkretes Fairtrade-Projekt in der Klasse vor. Halten Sie den Fairtrade-Gedanken für geeignet, die weltweite Armut zu bekämpfen? Begründen Sie Ihre Meinung.

Der Erfolg zahlreicher Fairtrade-Projekte spricht dafür. Auch werden wachsende Umweltschäden und steigende Armut den „reichen Norden“ nach Konzepten für den „armen Süden“ suchen lassen müssen (nicht zuletzt, um die Flüchtlingsströme einzudämmen). Als Konzept für die Bekämpfung der Armut wirkt Fairtrade bereits an vielen Orten, aber Armut ist ein komplexes Phänomen, das sich nicht allein auf die terms of trade reduzieren lässt. Allerdings ist es angesichts starker Interessen für einen „freien“ Welthandel auch kaum vorstellbar, dass in absehbarer Zeit eine neue „faire“ Weltwirtschaftsordnung etabliert wird.

Wachsende Städte

Die Verstädterung der Welt

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es auf der Welt elf Städte mit mehr als einer Mio. Einwohnern. 1950 waren es 80, 1990 schon 276, 2000 fast 400, und 2015 werden es wahrscheinlich 550 sein.

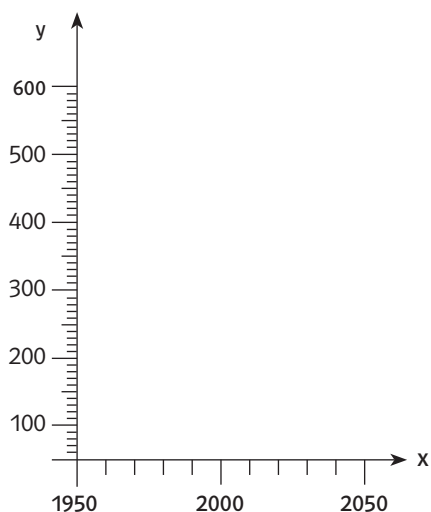
Die Weltbevölkerung stieg von 2,53 Mrd. Menschen im Jahr 1950 auf 6,83 Mrd. im Jahr 2009 und weiter auf schätzungsweise 9,15 Mrd. Menschen im Jahr 2050.

Der Anteil der Stadtbevölkerung betrug 1950 nur 28,8% der Weltbevölkerung, 2014 aber schon 50,0%, und er wird sich nach Schätzungen der UN/DESA bis 2050 auf knapp 69% erhöhen.

A1 Wie entwickelt sich die Verstädterung der Welt?

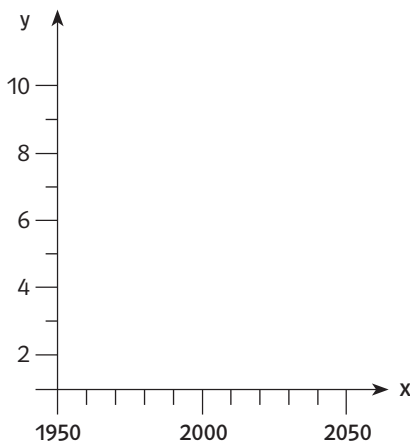
a) Setzen Sie die Zahlenangaben zu den Millionenstädten der Welt, zum Bevölkerungswachstum und zum Anteil der Stadtbevölkerung in Entwicklungskurven um.

Anzahl der Millionenstädte auf der Welt



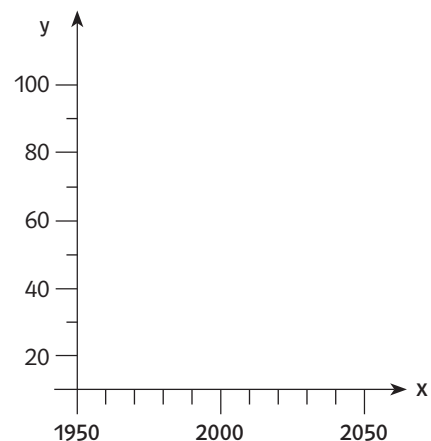
x = Zeitachse

Bevölkerungswachstum in Mrd. Menschen



x = Zeitachse

Anteil der Stadtbevölkerung in Prozent der Weltbevölkerung



x = Zeitachse

b) Beschreiben Sie anhand der Kurven den Prozess der Verstädterung der Welt.

Es erfolgt jeweils ein deutlicher Anstieg: Die Zahl der Millionenstädte
verfünffacht sich. Die Bevölkerung wächst. Der Anteil der Stadtbevölkerung
nimmt stark zu, bald leben 70% aller Menschen auf der Welt in
Städten.

M1 Das unaufhaltsame Wachstum der Städte

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

M2 Stadt- und Slumbevölkerung weltweit

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A2 Welche Probleme ergeben sich aus dem Prozess der Verstädterung?

a) Tragen Sie in die Karte (M2) auf jedem Kontinent eine Millionenstadt ein. Nehmen Sie dafür einen Atlas und den oben stehenden Text zu Hilfe.

b) Nennen Sie je drei Probleme, die sich aus der Entwicklung für die wachsenden Städte im Norden und im Süden der Welt ergeben könnten. Begründen Sie Ihre Vermutungen.

Im Süden: Verslumung: Die Städte können der zuziehenden Landbevölkerung keine ausreichenden Arbeitsplätze/-möglichkeiten bieten. Aus den krassen sozialen Unterschieden zwischen schlechten und „besseren“ Wohngebieten können soziale Spannungen entstehen.

Wasserarmut: Millionen Menschen auf engstem Raum mit Trinkwasser zu versorgen ist besonders in den Städten des Südens ein schwieriges logistisches und Ressourcenproblem.

Luftverschmutzung: Wenn sich auch in Riesenstädten der motorisierte Individualverkehr allgemein durchsetzt, steigen Luftverschmutzung und Lärmbelastung stark an.

Hunger bekämpfen

M1 Vom Acker in den Abfall

Aus einer Pressemitteilung des World Wide Fund for Nature (WWF)

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Vom Acker in den Abfall?

a) Nennen Sie je zwei Gründe für die Vernichtung von Lebensmitteln.

bei den Erzeugern in Entwicklungsländern	im Handel der Industrieländer	bei den Verbrauchern in Industrieländern
falsche oder fehlende Lagerung,	übertriebene Frische- und Haltbarkeits-	kein bewusster und sparsamer Umgang mit
schlechte Verarbeitungs- und Transport-	vorschriften (wie MHD), Vernichtung von	Lebensmitteln, planloses Einkaufen, Essen
ketten	Lebensmitteln zur Preisstützung	wird weggeworfen

b) Überlegen Sie sich Gegenmaßnahmen. Berücksichtigen Sie dabei auch die Forderungen des WWF-Experten Meißner (M1).

individuelle Schülerlösung

A2 Maßnahmen gegen den Hunger in der Welt. Eine Gesamtübersicht

Was wird benötigt?	Wie lässt sich das erreichen?
Global • Frieden und politische Stabilität • gezielte Investitionen • offener Zugang zu Weltmärkten	→ Konfliktverhütung, Arbeit internationaler Institutionen
	→ Entwicklungsplanung
	→ internationale Handelsabkommen
National • demokratische Strukturen • verbesserte Infrastruktur	→ Stärkung der Zivilgesellschaft (Wahlrecht, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, Frauen- und Kinderrechte etc.)
	→ staatliche Investitionen in Infrastruktur
	(Energie, Wasser, Bildung, Gesundheit, Telekommunikation)
Sektoral • Erzeugung und Vertrieb von landwirtschaftlichen Produkten • Ausschöpfen des vollen Ernteertrags • Erhöhung der Agrarproduktivität	→ Förderung des Ländlichen Raums
	→ intakte Transportwege und Lagermöglichkeiten
	→ ökologische Forschung, Sicherung der Biodiversität, Programme gegen Wüstenbildung und Versteppung
Haushalt • gesichertes Mindesteinkommen • ausreichend Grundnahrungsmittel • Stärkung der Frauen • Verbesserung der Gesundheit	→ Bildung von Kooperativen (Zusammenschlüsse der Produzenten)
	→ Mindestpreise (z.B. durch Fairtrade oder Handelsabkommen)
	→ Kleinkredite
	→ bezahlbare Nahrungsmittelpreise
	→ Selbstversorgungsmöglichkeiten
	→ Ausbildung von Frauen und Mädchen
	→ sauberes Wasser, sichere sanitäre Einrichtungen, Impfungen, Aufklärung

Flucht und Migration weltweit

Immer wieder kommt es im Mittelmeer zu Flüchtlingstragödien. Schlepperbanden schicken Flüchtlinge auf die lebensgefährliche Passage übers Mittelmeer nach Europa. Die italienische Insel Lampedusa steht stellvertretend für das Flüchtlingsselend. Der EU wird in diesem Zusammenhang häufig eine Abschottungspolitik vorgeworfen.

M1 Start und Ziel globaler Migration


Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Migration in Zahlen. Beschreiben Sie M1. Informieren Sie sich über die drei Staaten, aus denen die meisten Flüchtlinge stammten.

2012 waren Mittlerer Osten und Zentralafrika Hotspots der Migration. Aus diesen Regionen stammten die meisten Flüchtlinge, hier wurden die meisten Flüchtlinge aufgenommen. Deutschland kommt als einziger europäischer Staat in die Top Ten der Zielorte. Vorsicht: Statistik operiert mit absoluten Zahlen. Bei Relation einheimische Bevölkerung zu aufgenommenen Flüchtlingen würden auch andere Aufnahmestaaten aufgeführt. Afghanistan, Syrien, Somalia sind zerrüttete failed states.

A2 Gründe für die Flucht! Zeigen Sie die wesentlichen Push- und Pull-Faktoren.

Push-Faktoren in Herkunftsländern	Pull-Faktoren in Zielländern
→ Krieg, Zerstörung, Existenzängste	→ politische Stabilität
→ Hunger, Dürre, Überbevölkerung	→ relativer Wohlstand
→ Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit	→ Hoffnung auf Perspektive (Arbeit etc.)
→ politische Verfolgung, Diskriminierung	→ Anerkennung von Menschenrechten

A3 Festung Europa?! Informieren Sie sich über die EU-Politik zur Eindämmung von Migration in den EU-Raum. → 

individuelle Schülerlösung

Die Vereinten Nationen

M1 Ziele und Aufgaben

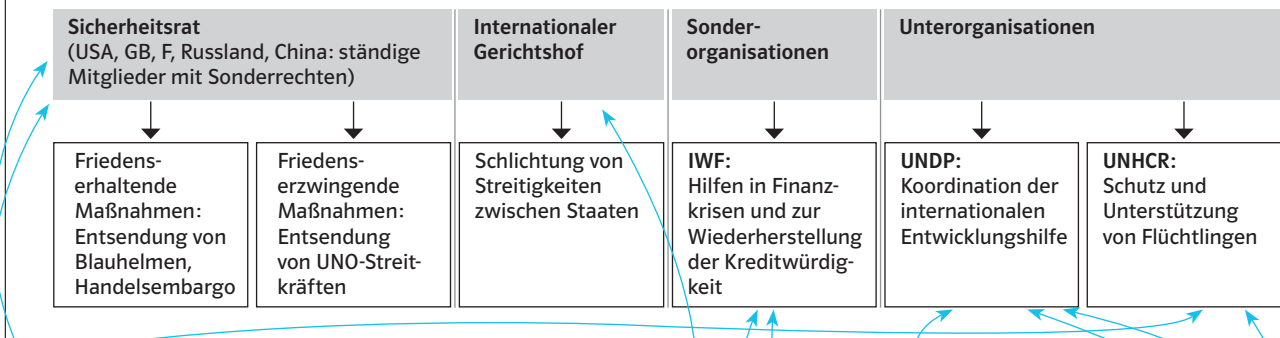
Die Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organization = UNO oder kurz: UN) ist ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von inzwischen 193 Staaten der Welt.

Die wichtigsten Aufgaben der UNO sind

- die Bewahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens,

- die Förderung internationaler Zusammenarbeit zur Lösung gemeinsamer Probleme,
- der Schutz des Selbstbestimmungsrechts der Völker
- und die weltweite Garantie der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Die Arbeit der Vereinten Nationen findet in verschiedenen Institutionen statt. Das Machtzentrum der UNO ist der Sicherheitsrat.



UNO-Blauhelme sichern demokratische Wahlen im Kongo

Zeltlager für pakistanische Flutopfer errichtet

Zivilisten in Libyen sollen geschützt werden

Kroatien klagt Serbien des Völkermordes an

Didier Drogba wird „Botschafter des guten Willens“

Weltweite Armut nimmt zu!

Bankrott Griechenlands abgewendet

Irland gerettet!

Bericht über die menschliche Entwicklung vorgelegt

„Tag des Flüchtlings“ ausgerufen

A1 Aufgaben und Ziele der UNO

a) Ordnen Sie die Schlagzeilen mithilfe von Pfeilen den jeweiligen UN-Organisationen zu.

b) Informieren Sie sich über eines der Beispiele genauer und berichten Sie über die Arbeit der zuständigen UN-Organisation. →

c) Schließen Sie aus den Beispielen: Welche Ziele verbindet die UNO mit den jeweiligen Aktivitäten?

Sicherheitsrat: → Sicherung des Selbstbestimmungsrechts der Völker

→ Schutz vor Terrorismus und Despoten (ist sehr umstritten)

Internationaler Gerichtshof: → Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Staaten

IWF: → Kreditvergabe für Mitgliedstaaten

→ Sicherung geordneter Wirtschafts- und Währungsbeziehungen

UNDP: → Überblick verschaffen über globale menschliche Entwicklung

→ Koordination der internationalen Entwicklungshilfe

→ Programmentwicklung/Sponsorensuche für Entwicklungsprojekte

UNHCR: → Schutz und Unterstützung für Flüchtlinge

Krieg führen für den Frieden?

Der UN-Sicherheitsrat kann die Mitgliedstaaten der UNO oder die NATO beauftragen, Streitkräfte in ein Land zu senden, wenn der Friede dort durch Krieg oder Terror bedroht ist.

Zu einer solchen Ausnahmesituation kam es im Frühjahr 2011. Der Sicherheitsrat erlaubte – erst zum zweiten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen – den Einsatz nahezu uneingeschränkter militärischer Gewalt gegen ein Mitgliedsland. Er verhängte eine Flugverbotszone über Libyen. Sie sollte dem „Schutz der Zivilbevölkerung dienen vor weiteren Angriffen der Luftstreitkräfte des Gaddafi-Regimes“, so lautete die Begründung in der Resolution Nr. 1973.

A2 Der Sicherheitsrat – Machtzentrum der Vereinten Nationen

a) Warum ist eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat von großer Bedeutung?

Der UN-Sicherheitsrat entscheidet über den Einsatz von militärischen Mitteln und Friedensmissionen zur Beilegung von Konflikten zwischen und innerhalb von Staaten.

b) Welcher Art war Deutschlands Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat 2010/2011?

Deutschland ist für zwei Jahre (2010 und 2011) als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat gewählt worden. Es kann nicht (wie die ständigen Mitglieder USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien) ein Veto gegen einzelne Beschlüsse einlegen.

c) Warum hatte Deutschland für den Sicherheitsrat kandidiert?

Deutschland hat Interesse daran, globale Probleme wie den Klimawandel, die Ressourcenknappheit, die Energiewende oder Entwicklungshilfe und Hungerkrisen gemeinsam zu bearbeiten. Besonders unterstützt es die Initiativen des Sicherheitsrates, nachhaltige Lösungen für Frieden und Sicherheit anzustreben.

d) Zu welchem Interessenkonflikt kam es im März 2011 im Sicherheitsrat?

Deutschland enthielt sich der Stimme bei der Entscheidung über die Flugverbotszone über Libyen und stand damit an der Seite Chinas und Russlands – also isoliert von der westlichen Welt. Deutschlands Vertreter bei den Vereinten Nationen begründete die Enthaltung mit der Gefahr, in einen ausgedehnten militärischen Konflikt hineingezogen zu werden, der viele (auch zivile) Opfer bringen würde. Die Deutschen versprachen, auf andere als militärische Weise Unterstützung zu leisten.

e) Welche politischen Fragen wirft der Einsatz von Militärstreitkräften im Auftrag der UNO auf?

→ Widerspricht der Einsatz von Gewalt nicht den Grundprinzipien und Zielen der UNO?

→ Wann ist der Einsatz von Gewalt überhaupt gerechtfertigt?

→ Kann man mit militärischer Gewalt Frieden erzwingen?

Internationaler Terrorismus

Nach Ende des Ost-West-Konflikts avancierte der islamistische Terrorismus zum wesentlichen Bedrohungsszenario für die internationale Sicherheit. Das von Failing States aus operierende Terrornetzwerk Al-Kaida unter Osama bin Laden veränderte durch verheerende Anschläge die Innen- und Außenpolitik der westlichen Welt. Der „Krieg gegen den Terror“ führte u. a. zu Militäreinsätzen der westlichen Verbündeten in Afghanistan.

M1 Verbreitung von Al-Kaida

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A1 Al-Kaida gilt seit Jahren als eine führende islamistische Terrorgruppe. Informieren Sie sich mithilfe der Grafik über das Terrornetzwerk.

Organisationsstruktur: Lose Verbindung regional autonom operierender Gruppen; ohne zentrale Steuerung; Zentrale im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet; Verbreitung vor allem in Failed States

Ziele: Stärkung des Islams, Errichtung eines islamischen Gottesstaats, Renaissance der Umma (Eintracht aller Gläubigen), Vertreibung der Ungläubigen aus als islamisch reklamierten Gebieten

Strategie: weltweiter Terrorismus; Feinde: USA, westliche Welt, vermeintlich korruptierte Regime in muslimischen Staaten/liberale Muslime (siehe Syrien); Erreichung medialer, breiter, globaler Aufmerksamkeit

A2 Neue Kriegsformen!? Der moderne Terrorismus folgt der Strategie der „asymmetrischen Kriegsführung“. Erklären Sie diesen Begriff.

Konflikt zwischen regulären Armeeeinheiten und autonom operierenden, leicht bewaffneten und nicht uniformierten Kämpfern. Deren Strategie besteht darin, durch gezielte, opferreiche und grenzüberschreitende Anschläge mediale Aufmerksamkeit zu erzielen. Der internationale Terrorismus asymmetriert Kräfte und Taktiken, Schauplätze und Schlachtfelder.

A3 Rückzugsgebiete „Failed States“. Erklären Sie den Begriff.

„Gescheiterter Staat“: Staatliches Gewaltmonopol liegt mehrheitlich bei Teilgruppen (Stämme, Terrororganisationen, Widerstandsgruppen). Failed States weisen weitgehenden Zusammenbruch staatlicher Infrastruktur auf. Legitime Machtausübung, Sicherheit und Wohlfahrt können nicht mehr garantiert werden. Terrornetzwerke/Organisierte Kriminalität.

NATO – Schutzschirm oder stumpfes Schwert?

Der erste NATO-Generalsekretär, Lord Ismay, hatte die Kernaufgaben der NATO in den 1950er-Jahren mit den Worten beschrieben: „NATO keeps the United States in, the Soviet Union out and the Germans down.“ Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wandte sich die NATO neuen Betätigungsfeldern zu, wie z. B. dem Antiterrorkampf, der Stabilisierung von Failing States oder dem Cyber-War. Durch die Aufnahme osteuropäischer Staaten wuchs die NATO auf mittlerweile 28 Mitglieder an. Diese Ausdehnung führt zunehmend zu einem gespannten Verhältnis mit der Atommacht Russland.

A1 Neue Aufgaben für Kalte Krieger!? Erläutern Sie die strategische Neuausrichtung der NATO nach Ende des Ost-West-Konflikts.

Kernaufgabe: Wahrung der Freiheit und Sicherheit der Mitgliedsstaaten mit politischen und militärischen Mitteln durch Abschreckung (nuklear/konventionell), Fähigkeit zum Krisenmanagement (Out-of-area-Einsätze) und Aufbau einer kooperativen Sicherheitsarchitektur. Mittel: Bereitstellung einer breiten Palette an militärischen Fähigkeiten zur Abwehr „neuer und alter“ Bedrohungen: Raketenabwehrsystem, Terrorismusbekämpfung, Verteidigung gegen ABC- sowie radiologische und Cyberangriffe, Schutz der Energieinfrastruktur. Stärkere Ausrichtung auf multilaterale Zusammenarbeit und „Vernetzte Sicherheit“, Aufnahme neuer Mitglieder, Intensivierung der Partnerschaft mit Russland



Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

M1 NATO und Russland – ein gestörtes Verhältnis?

A2 Schwieriges Verhältnis! Interpretieren Sie die Karikatur vor dem Hintergrund der Beziehungen zwischen Russland und der NATO.

Putin, klein, fahl und schwächlich gezeichnet, wird von einer vor Kraft (Größe) und Arroganz (Text, Gesichtsausdruck, Körperhaltung) strotzenden NATO in Osteuropa an den Rand gedrückt. Die NATO beschränke die russische „Bewegungsfreiheit“ (politisches Einflussgebiet). Hintergrund ist die sukzessive Aufnahme osteuropäischer Mitgliedsstaaten und die Diskussion weiterer Aufnahmen (Ukraine, Georgien). Die Rakete als Schlagbaum symbolisiert das Raketenabwehrschild, welches das russische Atomarsenal entwertet. Die strategische Partnerschaft zwischen Russland und der NATO (NATO-Russlandrat) besitze demnach nur den Charakter bloßer Lippenbekenntnisse. (Möglicher Bezug auf den NATO-Russland-Konflikt bezüglich der Ukraine.)

Bundeswehr – eine neue Armee?

Die Bundeswehr durchlief nach Ende des Ost-West-Konflikts einen immensen Umstrukturierungsprozess. Standortschließungen, Reduktion der Mannschaftsstärke und die Aussetzung der Wehrpflicht waren die administrativen Antworten auf die neue Aufgabenstruktur im Angesicht von zunehmenden Auslandseinsätzen. Die Ausrichtung der Bundeswehr basiert auf den Säulen einer multinationalen, multidimensionalen und multilateralen Strategie. Demnach unternimmt die Bundeswehr keine Alleingänge, handelt im Rahmen eines vernetzten Sicherheitskonzepts und agiert innerhalb von multilateralen Organisationen wie UNO, NATO oder EU.

A1 Veränderte Armee! Informieren Sie sich über wesentliche Punkte der aktuellen Bundeswehrreform.

Reduktion der Mannschaftsstärke auf 170 000 Mann; Aussetzung der Wehrpflicht; Schließung von 31 Standorten; Verkleinerung um 90 Einheiten, Reduktion der Dienstposten; Zusammenlegung der Führungskommandos an neuen Standorten; Veränderung und Anpassung der Ausrüstung an neue Herausforderungen (Auslandseinsätze); „Sharing“ und „Pooling“ innerhalb der NATO-Verbände

A2 Afghanistaneinsatz! Beziehen Sie vor dem Hintergrund der Karikatur kritisch Stellung zu den Zielen und Erfolgen des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr.

Die Karikatur kritisiert den paternalistischen Ansatz, das westliche Wertesystem auf andere Staaten und Völker mit militärischen Mitteln übertragen zu wollen. Das ursprüngliche Ziel des Afghanistaneinsatzes lag in der Antiterror-Bekämpfung (Al-Kaida, Taliban, Afghanistan als terroristischer Rückzugsraum, „Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt“) und wandelte sich zu einem „Peace- und State-Building-Einsatz“. Überhöhte Ziele wie Etablierung von Demokratie, Menschenrechten, einer Zivilgesellschaft, Aufbau einer modernen Infrastruktur und somit Befriedung des Failed States Afghanistan waren von beschränktem Erfolg gekrönt.

M1 Bundeswehr – Einsatz für die gute Sache?

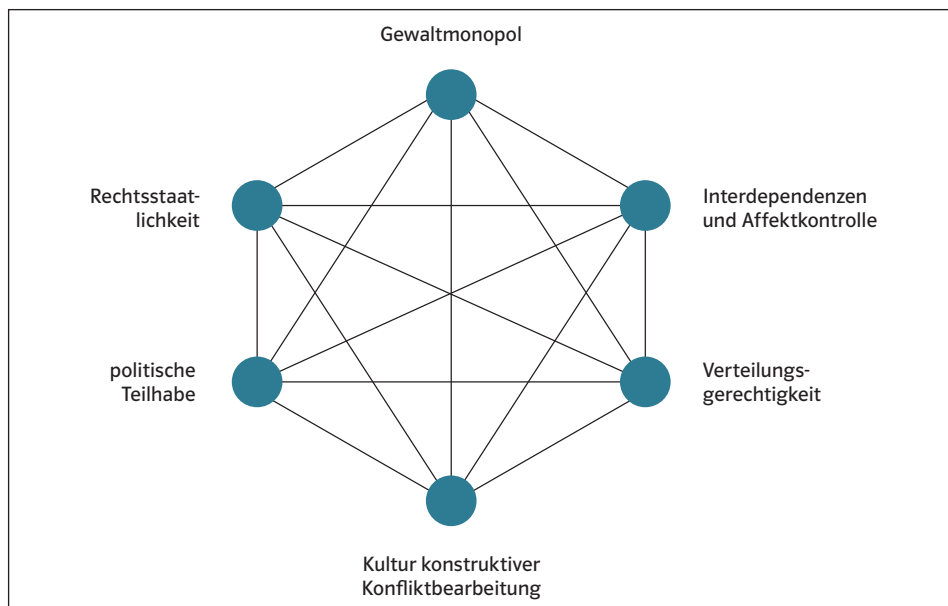
Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A3 Ende der Interventionen! Diskutieren Sie die These, die Ära der Auslandseinsätze nach altem Stil neige sich dem Ende entgegen.

Kritische Erfahrungen in Afghanistan haben in Deutschland zu einer Interventionsmüdigkeit geführt. Die Zurückhaltung Deutschlands beim Libyeneinsatz der NATO stellt dies unter Beweis. Auslandseinsätze in Failing States sind innenpolitisch unpopulär, kosten einen hohen Blutzoll und binden im Angesicht von Schuldenbremsen und klammen Kassen zu hohe finanzielle Ressourcen. Alternativen könnten in stark begrenzten Einsätzen (Mali) oder der verstärkten Nutzung von Drohnen liegen.

NGOs – Akteure der internationalen Politik

Unter NGOs („Non-Governmental Organisation“) werden zivilgesellschaftliche Organisationen verstanden, die von Bürgern mit einem gemeinsamen Interesse und auf ein gemeinsames Ziel hin gegründet wurden. NGOs können sowohl lokal, national oder international organisiert und tätig sein. Ihr Ziel ist es, Bürgeranliegen bei Regierungen vorzubringen und das politische Engagement der Bevölkerung in eine bestimmte Richtung zu lenken. NGOs stellen Sachverstand zur Verfügung, prangern Missstände an und beobachten internationale Übereinkünfte. NGOs widmen sich in der Regel bestimmten Einzelthemen.



M1 Zivilisatorisches Hexagon

A1 NGOs – ein Beitrag zur friedlichen Zivilgesellschaft!? Informieren Sie sich über die Bedeutung des „Zivilisatorischen Hexagons“. Diskutieren Sie die Rolle der NGOs im Zivilisatorischen Hexagon.

Tätigkeiten von NGOs sind Ausdruck einer lebendigen und pluralistischen Zivilgesellschaft, in der Bürger ihre Interessen wahrnehmen, Konflikte gewaltfrei im Diskurs ausgetragen werden, die Regierenden von den Bürgern kontrolliert werden und die Bürgergesellschaft an politischen Entscheidungen partizipieren kann. Vor allem folgende Ecken des Zivilisatorischen Hexagons nach Senghaas bieten den NGOs die Möglichkeit, eine friedvolle Zivilgesellschaft mit Leben zu füllen: „Politische Teilhabe“, „Konfliktkultur“, „Rechtsstaatlichkeit“ und „Interdependenzen“.

A2 NGOs – zwischen Utopie und Kontrolle! Diskutieren Sie Pro und Kontra des zunehmenden Einflusses von NGOs auf die internationale Politik.

Pro	Kontra
→ kontrollieren Regierungshandeln	→ richten sich nur auf ein Themenfeld aus
→ erzeugen Reformdruck auf Politik	→ beachten nicht Ausgleich von Zielkonflikten
→ aktivieren Bürgerinnen im politischen Sinne	→ skandalisieren mediengerecht die Politik
→ agieren unabhängig von Wahlterminen	→ besitzen ein inneres Demokratiedefizit
→ entwerfen politische Alternativen	→ stehen in Abhängigkeit von Spenderinnen

Menschenrechte – weltweit

1948 hatte die UN-Vollversammlung unter dem Eindruck der Schrecken des Zweiten Weltkrieges die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ beschlossen. Neben den klassischen Freiheits- und Schutzrechten finden sich dort auch Gleichheits- und Sozialrechte. In den letzten Jahrzehnten sind zu diesen Individualrechten noch sogenannte Kollektivrechte hinzugekommen – etwa das Recht auf eine eigene Entwicklung und auf eine intakte Umwelt.

Menschenrechte wandeln sich und müssen neuen Herausforderungen angepasst werden. Von ihrem Grundgedanken her („Alle Menschen sind gleich“) beanspruchen sie weltweit Gültigkeit.

A1 Drei Generationen von Menschenrechten

a) Tragen Sie in jede Spalte zwei bis drei passende Beispiele ein.

„erste Generation“: Freiheits- und Schutzrechte	„zweite Generation“: Gleichheits- und Sozialrechte	„dritte Generation“: Entwicklungsrechte
Schutz vor staatlichen Eingriffen in die persönliche Rechtssphäre, z. B. → <i>Recht auf Leben</i>	Fürsorge des Staates für seine Bürger, z. B. → <i>Recht auf Arbeit, Bildung und freie Berufswahl</i>	Wohlfahrtsziele der Staatengemeinschaft, z. B. → <i>Recht auf Frieden</i>
→ <i>Schutz vor Folter, Sklaverei und Demütigung</i>	→ <i>Recht auf angemessene medizinische Versorgung</i>	→ <i>Recht auf eine intakte Umwelt</i>
→ <i>Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit</i>	→ <i>Recht auf Nahrung, Kleidung, Wohnung</i>	→ <i>Recht auf eine eigene Entwicklung</i>

b) Überlegen Sie gemeinsam, welche Probleme sich bei der Verwirklichung der Menschenrechte der zweiten und dritten Generation ergeben.

Die Probleme bei der Verwirklichung sozialer und kollektiver Menschenrechte ergeben sich aus der Frage: Wer soll und kann sie garantieren angesichts von großer Armut in weiten Teilen der Welt, in einer zunehmenden Kluft zwischen armen und reichen Ländern, fehlenden (oder korrupten) staatlichen Strukturen in vielen Entwicklungsländern, Bevölkerungswachstum und Verstädterung.

A2 Bedingungen für Entwicklungshilfe? Lesen Sie den Interview-Auszug (M1) und formulieren Sie in Partnerarbeit auf einer DIN-A4-Seite die Bedingungen, an die Sie Entwicklungshilfe knüpfen würden.

M1 Entwicklungshilfe an Bedingungen knüpfen

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Textquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

China – die neue globale Führungsmacht?

China gilt heutzutage als führendes Schwellenland und als zukünftige globale Führungsmacht. Das Land hat sich zu einem bedeutenden Absatzmarkt und Produktionsstandort entwickelt. Im Kontrast zur ökonomischen Liberalisierung steht der politisch-repressive Führungsanspruch der Kommunistischen Partei.

A1 Chinesisches Wirtschaftsmärchen?! Erläutern Sie die wesentlichen Gründe für die enorme Dynamik der chinesischen Volkswirtschaft.

Ab 1979 unter Deng Xiaoping: „sozialistische Marktwirtschaft“, d.h. schrittweise Liberalisierung der Wirtschaft, um marktconforme Anreizsysteme zu etablieren. Z.B. durch Privatisierung in allen Wirtschaftssektoren und Öffnung für ausländische Direktinvestitionen. Schaffung von Wirtschaftszonen, Exportorientierung, niedrige Lohnkosten bei gleichzeitig guter Ausbildung des sehr großen Arbeitskräftepotenzials als internationaler Wettbewerbsvorteil, riesiger Binnenmarkt mit steigender Kaufkraft.

M1 China und USA im Vergleich

Aus rechtlichen Gründen befindet sich die Bildquelle ausschließlich auf dem Aufgabenblatt.

A2 Machtwechsel?! Vergleichen Sie mithilfe von M1 die USA und China miteinander. Diskutieren Sie die These, dass China die USA in naher Zukunft als Führungsmacht im globalen Maßstab ablösen wird.

Chinas Wirtschaft wächst von einem niedrigeren Niveau kommend schneller als die seit 2008 krisengeschüttelte US-Wirtschaft. Dennoch sind die USA zurzeit ein reicherer, politisch freier und der kulturell führende Staat. Dies zeigt sich bei der Internetnutzung ebenso wie beim BJP/Kopf. Chinas jetzige Probleme werden ebenso deutlich: hohe Umweltverschmutzung und eine restriktive Politik bei den Grundrechten. Die Dynamik der chinesischen Wirtschaft, die hohe Staatsverschuldung des US-Haushalts bei chinesischen Kapitalgebern lassen eine stärkere geopolitische Machtverschiebung zugunsten Chinas erwarten.